

Lutz Niethammer

unter Mitarbeit von Franz Brüggemeier

Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?*

Angesichts der vielfachen Bemühungen um die Geschichte der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren mag es erstaunlich erscheinen, daß eine so schlichte Frage, wie sie in unserem Titel gestellt ist, den Historiker in Verlegenheit bringt. Sind ihm Elendsreportagen¹ über ganze Länder zu wenig spezifisch und Untersuchungen über einzelne Wohnviertel² zu wenig allgemein, will er sich seine Frage nicht von der Wohnungswirtschaft mit dem Hinweis auf vereinzelte Modellsiedlungen³ oder von denen, die sich bei den Oberflächenerscheinungen nur kurz aufhalten und ihm sogleich die Unlösbarkeit der Arbeiterwohnungsfrage im Kapitalismus dartun wollen⁴, ausreden lassen, so steht er vor einem nahezu völligen Mangel an deskriptiver Literatur. Differenzierte Untersuchungen der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse fehlen und damit auch ein entscheidendes Bindeglied in jeder analytischen Argumentation, ob und gegebenenfalls wie die Arbeiter und ihre Familien sich als Klasse erfahren und verhalten konnten⁵. Dieses Bindeglied wird interessant, wenn der säkulare Trend sozialistischer Bewegungen im 20. Jahrhundert erklärt werden soll, nämlich die Transformation der im strikten Sinne »Arbeiter«-Bewegung in weitere politische Handlungsverbände, seien sie nun als Volkspartei, Volksfront oder als »die

* Die Beschäftigung mit der Arbeiterwohnungsfrage in England und Deutschland wurde mir 1972/1973 durch einen einjährigen Aufenthalt als Research Fellow am St. Antony's College, Oxford, erleichtert. Dem College, wo ich auch einiges des im folgenden Entwickelten zuerst vorgetragen habe, sei für Anregungen und Gastlichkeit gedankt. Den Zusammenhang zwischen Schlafgängerwesen und Familienstruktur im Abschnitt 4 hat Franz Brüggemeier selbständig entwickelt. Ilse Caspar hat dankenswerterweise vermocht, in kurzer Zeit aus unseren Palimpsesten ein Typskript herzustellen. L. N.

1 Es wäre bedauerlich, wenn das Interesse an der Alltagshistorie vorwiegend durch Wiederdrucke einst verdienstvoller Berichte befriedigt werden müßte, wie die Zusammenstellung von Engels-Texten durch Günter Hillmann (Hrsg.), *Über die Umwelt der arbeitenden Klasse*, Gütersloh 1970; Otto Rühle, *Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats*, zuerst Berlin 1930, Neuausg. Frankfurt 1971.

2 Obwohl sich gerade neuere Untersuchungen als exemplarisch verstehen, ist ihre Repräsentativität beim gegenwärtigen Forschungsstand unbestimmbar. Vgl. z. B. Ingrid Thienel, *Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel*, Berlin/New York 1973; *Projektgruppe Eisenheim* mit Jörg Boström und Roland Günter, *Rettet Eisenheim*, 2. Aufl., Berlin 1973.

3 Z. B. Rolf Spörhase, *Bau-Verein zu Hamburg A.-G.*, Hamburg (1940); *ders.*, *Wohnungsunternehmen im Wandel der Zeit*, Hamburg 1946; E. Bodien u. a., *Geschichte der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft*, Berlin 1957.

4 Vgl. z. B. die Vertauschung von Unter- und Obertitel in der Durchführung bei Horant Fassbinder u. a. (Autorenkollektiv), *Berliner Arbeiterviertel I - Von der ursprünglichen Akkumulation zum Monopolkapitalismus*, Berlin ca. 1970.

5 Die Erfahrungsdimension ist vor allem durch Edward P. Thompson, *The Making of the English Working Class*, Harmondsworth 1968 (vgl. bes. das Vorwort und S. 347 ff.), neu erschlossen worden.

Arbeiterklasse und das Volk« konstruiert. Dieser Trend ist sicher nicht nur eine Folge der Ausdifferenzierung der Erwerbstätigenstatistik oder der Parlamentsarithmetik. Vielmehr spielen dabei auch jene Schichtungserfahrungen, die im Reproduktionsbereich gemacht wurden und nicht immer mit der Stellung als Lohnabhängiger oder Kapitalist schon erklärt sind, eine wichtige Rolle.

Während die Ansätze des bürgerlichen Neomarxismus der 60er Jahre diese Erfahrungslücke in der Klassentheorie zunächst mit einem umfassenden Manipulationsverdacht⁶ verdeckt hatten, begünstigte die schrittweise Berührung zwischen Intellektuellen und Arbeitern die Zuwendung zur Lebenswirklichkeit der arbeitenden Bevölkerung in der sozialwissenschaftlichen und historischen Analyse. In England, wo sich solche Berührungspunkte in einer ununterbrochenen Tradition entwickelt haben, so daß sie in die Wissenschaft inkorporiert sind und dort auch in der Antithese fruchtbar werden, sind denn auch Erforschung und Diskussion des Lebensstandards und der Lebensqualität der »common people« während der industriellen Revolution⁷ wesentlich weiter als hierzulande gediehen. Nachdem die Reallohnfrage bis zu einer gewissen Aporie vorangetrieben worden war, sind dort zahlreiche empirisch-deskriptiv angelegte Untersuchungen zur Familienstruktur, zur Mobilität, zur »popular culture« und gerade auch zu den Wohnungen der Arbeiter⁸ entstanden. Sicher bleibt es unbefriedigend, wenn solche Forschungen häufig nur in die Beschreibung von Typen, Lagen und lokalen Varianten münden. In Deutschland jedoch fehlt es noch weitgehend an derartigen Grundlagen⁹, so daß selbst ein noch unsystematischer Versuch auf

6 Z. B. Hans G. Helms, Die Stadt – Medium der Ausbeutung, und Jörn Janssen, Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot, in: dies. (Hrsg.), *Kapitalistischer Städtebau*, 2. Aufl., Neuwied/Berlin 1971, S. 5 ff., 49 ff. Janssen spricht von der »Erfindung der Wohnungsnot« als »Instrument zur Ausrottung proletarischen Klassenbewußtseins« und sieht in der »Sozialwohnung, in der die Verbürgerlichung des Proletariats ausgebrütet wurde, [...] eine sublimale Form der Gefängniszelle, in der die Delinquenten Insassen und Wärter zugleich darstellen«. Nach dem Ersten Weltkrieg »siegte Sozialpolitik über Sozialismus, da die Sozialdemokraten die Sozialpolitik, ein Kampfmittel gegen das Proletariat, entschlossen in die Hand nahmen und gegen die Genossen anwandten« (S. 80).

7 Den neuesten Stand spiegelt A. J. Taylor (Hrsg.), *The Standard of Living in Britain in the Industrial Revolution*, London 1975, Kap. 8. Jürgen Kuczynskis monumentale Kompilation (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1 – 38, Berlin – DDR 1961 – 72) erreicht nicht das Niveau dieser Debatte. Für den Wohnbereich findet sich in den Bänden 3 und 4, die die Lage der Arbeiter im Wilhelminischen Deutschland behandeln, nur eine Aneinanderreihung punktueller Hiobsbotschaften ohne Ansatz zu einem spezifischen analytischen Zugriff.

8 Einen Anstoß gab das Symposium Stanley D. Chapman (Hrsg.), *The History of Working-Class Housing*, Newton Abbot 1971. Eine gute Zusammenfassung der älteren Forschung bei Anthony Sutcliffe, *Working-Class Housing in Nineteenth Century Britain. A Review of Recent Research*, in: *Bulletin of the Society for the study of Labour History* 24, 1972, S. 40 – 51. Seither Enid Gauldie, *Cruel Habitations. A History of Working-Class Housing 1780 – 1918*, London 1974; Anthony Sutcliffe (Hrsg.), *Multi-Storey Living. The British Working-Class Experience*, London 1974; H. J. Dyos/D. A. Reeder, *Slums and Suburbs*, in: H. J. Dyos/Michael Wolff (Hrsg.), *The Victorian City. Images and Realities*, 2 Bde., London 1973, Bd. 1, S. 359 ff.

9 Zwar gibt es eine umfängliche pragmatische Literatur der Zeit, die vorwiegend von Sozialhygienikern und Ökonomen geschrieben wurde, darunter auch zahlreiche Lokaluntersuchungen (s. u.). Die historische Bearbeitung steckt aber noch ganz in den Anfängen und war bisher – außer auf Berlin und die Kolonien des Werkwohnungsbaus (s. u. 3.2) – vor allem auf Aspekte der Wohnungsreform, nicht so sehr des Wohnens konzentriert. Vgl. E. Dösseler, Die Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus, in: *Tradition* 13, 1968, S. 133 ff.; Kristina Hartmann, Architekturkonzeptionen der deutschen Gartenstadtbewegung, phil. Diss. FU Berlin 1974; Dorothea Berger-Thimme, Boden- und Wohnungsreform in Deutschland 1873 – 1918, phil. Diss. Freiburg 1975; Henning Schran, Die Entwicklung der gemeinnützigen Baugenossenschaft »Freie Scholle« Berlin in den Jahren 1895 bis 1915, Ing. Diss. TU Berlin 1971.

große Schwierigkeiten trifft, verfügbares Material zusammenzuziehen und Kriterien zur Beschreibung der Wohnverhältnisse und ihrer sozialen Funktion zu entwickeln¹⁰. Diesem Ziel ist unser Beitrag gewidmet.

I. ÜBERLIEFERUNGSPROBLEME:

DIE ARBEITERWOHNUNGSFRAGE ALS EIN BÜRGERLICHES ANLIEGEN

Die Überlieferung zur Arbeiterwohnungsfrage ist umfänglich, enthält aber nur zu einem geringen Teil Informationen über die Wohnungen der Arbeiter. Fast nichts sagt sie darüber, welche Differenzierungen und Entwicklungen es im Wohnen der Arbeiter gab, welchen Wert diese ihren Behausungen beimaßen und wie sie mit ihnen fertig wurden. Die seit den 1840er Jahren sich entwickelnde Literatur zur Arbeiterwohnungsfrage schwoll insbesondere am Ende des 19. Jahrhunderts so an, daß sich in ihr unschwer eines der Lieblingsthemen bürgerlicher Sozialreform festmachen läßt. Wie schon Friedrich Engels¹¹ feststellte, stand die literarische Produktion in keinem Verhältnis zu ihrer geringen praktischen Wirksamkeit in der Wohnungsreform, wohl aber reflektierte sie Schübe in der Vorbereitung und Durchsetzung der Arbeiterbewegung und der ihr korrespondierenden bürgerlichen Befriedigungsversuche¹². Beherrscht wird diese Diskussion von zwei Grundansätzen: einmal einem christlich-konservativen, der sich vom Einsatz agrarisierender Siedlungsformen eine Rückbindung der Arbeiter »an die Scholle« versprach und vom Paternalismus einzelner Großunternehmer aufgenommen wurde¹³. Auf der anderen Seite standen linksliberale Reformer, deren Kampf für städtebauliche Innovationen sich vor allem gegen die Schwerfälligkeit der staatlichen Bürokratie sowie die Interessen der eher kleinbürgerlichen Haus- und Grundbesitzer richtete und vielfach Unterstützung bei der großbürgerlichen Philanthropie fand¹⁴.

10 Zu einem entscheidenden Aspekt des Wohnens – der Mobilität (s. u. 2.3) – vgl. die parallel zu dieser Untersuchung entstandene Arbeit von Dieter Langewiesche, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode, demnächst in: VSWG 63, 1976, H. 3. Die Durchsicht der im Rahmen der staatlichen Wohnungsreformgesetzgebungsversuche vor dem Ersten Weltkrieg gesammelten Materialien in den meisten größeren Archiven der Bundesrepublik und der DDR hat zwar eine umfängliche Überlieferung über die Wohnungsreform, jedoch kaum auch nur regional generalisierbares Material für die im folgenden entwickelten Fragestellungen ergeben.

11 Im zweiten Artikel zur Wohnungsfrage am Beispiel der Schrift von Emil Sax, Die Wohnungszustände der arbeitenden Classen und ihre Reform, Wien 1869: Hillmann (Hrsg.), S. 177 ff.

12 Auf die Weberaufstände antworteten die Schriften von Victor Aimé Huber und Julius Faucher und auch Engels' Englandbericht, auf die Entstehung der Sozialdemokratie eine Fülle an Publizistik und die ersten statistischen Erhebungen; in der Zeit des Sozialistengesetzes bereitete der Verein für Sozialpolitik die ersten Enquêtes vor, und seit Aufhebung des Gesetzes reißt die Beschäftigung mit der Wohnungsfrage in der bürgerlichen Publizistik nicht mehr ab, mit Spitzen um die Jahrhundertwende, um 1912 und seit 1916.

13 Hier wären die Beiträge etwa von Victor Aimé Huber, Friedrich von Bodelschwingh, Paul Lechler, Lic. Weber etc. zu nennen; es ist hier aber nicht der Ort, auf die Ideengeschichte der Wohnungsreform einzugehen. Vgl. hierzu Spörhase, Bau-Verein, S. 30 ff.; Bodien u. a., S. 15 ff.; Otto Trüdinger, Die Arbeiterwohnungsfrage und die Bestrebungen zur Lösung derselben, Jena 1888, S. 158 ff., der die Ansätze systematisch referiert, und Michael Gasteiger, Die Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland, München 1916, S. 129 ff., der nach politischen Richtungen vorgeht. Klassische Formulierungen für den patriarchalischen Unternehmerstandpunkt, wie ihn zuvor etwa Alfred Krupp eingenommen hatte, finden sich in dem Referat von F. Kalle, Die Fürsorge der Arbeitgeber für die Wohnungen ihrer Arbeiter, in: Die Verbesserung der Wohnungen (= Schriften der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen, Nr. 1), Berlin 1892, S. 1 ff.

14 Vgl. bes. Karl v. Mangoldt, Der Deutsche Verein für Wohnungsreform 1898 – 1920, in: 30 Jahre Wohnungsreform 1898 – 1928, Berlin 1928, S. 7 ff. Der Verein wurde anfänglich von der Frank-

Diese Gruppierung aus Kathedersozialisten und nationaler Reform vereinigte in sich das größte intellektuelle Potential zur Analyse der Wohnungsverhältnisse und der ihnen zugrundeliegenden Bodenfrage¹⁵, wobei sie die Eigentumsordnung durch Beseitigung des Spekulantentums sowie durch modernere Planungsformen im Sinne einer lockereren und gesünderen Bauweise im Dienste der Allgemeinheit effektuieren wollte¹⁶. Beide Richtungen lehnten vor allem die zunehmende großstädtische Verdichtung ab, da sie in ihr sowohl eine Quelle sozialer Unruhe wie den wesentlichen Indikator für menschenunwürdige Wohnverhältnisse sahen¹⁷. In ihrem politischen Vorfeld fanden sich alle die Kräfte, die auf eine Versöhnung der Arbeiterschaft mit dem Staat abzielten und hierbei die Veränderung der Siedlungsformen und die Reproduktion der bürgerlichen Familienstruktur bei den Arbeitern als die strategischen Instrumente verstanden: Sie reichten von den nichtsozialistischen Teilen der Arbeiterbewegung über das Zentrum und die Nationalsozialen bis zu reformbereiten Teilen der Ministerialbürokratie¹⁸. Da diese Gruppierungen zwar in Wissenschaft und Publizistik ein gewichtiges Wort mitsprachen, sich jedoch im politischen und ökonomischen Machtsystem zumindest Preußens nicht durchsetzen konnten¹⁹, blieben ihre begrenzten Konzepte in der politischen Praxis fast ebenso wirkungslos wie diejenigen der

furter Metall-Gesellschaft (Wilhelm Merton) finanziert und von Bankier Charles L. Hallgarten präsiert. Einen kleinbürgerlichen Zuschnitt hatten Damaschkes Bodenreformer; vgl. *Berger-Thimme*, S. 161 – 283.

- 15 Obwohl vielfach umstritten, übte sicher den größten Einfluß *Rudolf Eberstadt* aus, vor allem mit seinem Handbuch des Wohnungswesens, 2. Aufl., Jena 1910. Es wurde später ersetzt durch *Gerhard Albrecht u. a.* (Hrsg.), *Handwörterbuch des Wohnungswesens*, Jena 1930 (im folgenden »HdW«). Weitere Grundschriften waren *Karl v. Mangoldt*, *Die Städtische Bodenfrage*, Göttingen 1907; *Eugen Jaeger*, *Die Wohnungsfrage*, 2 Bde., Berlin 1903; *Carl Johannes Fuchs*, *Zur Wohnungsfrage*, Leipzig 1904; sehr informativ auch *ders.* (Hrsg.), *Die Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege*, Stuttgart 1918; *Gustav Gretzschel*, *Bau- und Wohnungshygiene* (= *Weyl's Handbuch der Hygiene*, Bd. IV/5), Leipzig 1914. Als Sammeluntersuchungen vgl. die Bde. 30 – 31, 33, 94 – 98 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik (SVSP), Leipzig 1886 f., 1901 f. Daneben seien wenigstens drei Beispiele verwandter Bemühungen genannt: *Die Wohnungsfrage vom Standpunkt der Armenpflege* (= Schriften des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, H. 1), Leipzig 1890; Gesellschaft für soziale Reform, Ortsgruppe Hamburg (Hrsg.), *Beiträge zur Wohnungsfrage in Hamburg*, Hamburg 1902; Zentralstelle für Volkswohlfahrt (Hrsg.), *Kongreß für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege*, Berlin 1914. Wichtige Schriften der Gegner der auf Bodenspekulation und Mietskasernenbau fixierten Reformer (insbesondere *R. Eberstadt's*, vgl. sein Buch: *Die Spekulation im neuzeitlichen Städtebau*, Jena 1907) waren: *Andreas Voigt/Paul Geldner*, *Kleinhaus und Mietskaserne*, Berlin 1905; *Adolf Weber*, *Boden und Wohnung*, Leipzig 1908; *L. Pohle*, *Die Wohnungsfrage*, 2 Bde., Leipzig 1910; *W. Gemünd*, *Die Grundlagen zur Besserung der städtischen Wohnverhältnisse*, Berlin 1913.
- 16 *Pohle*, S. 8, charakterisierte seine Gegner (»bürgerliche Sozialpolitiker«) insofern sicher richtig: »Hier [auf dem Gebiet des Wohnungswesens] schien der Ort gegeben, auf dem man, ohne wirkliche Lebensinteressen der heutigen Wirtschaftsordnung zu gefährden, insbesondere ohne die Stellung der Unternehmer zu schwächen, durchgreifende Reformen bewirken und damit ein weitgehendes Entgegenkommen gegen die Wünsche des vierten Standes bekunden und so zu seiner Versöhnung mit der heutigen Gesellschaftsordnung beitragen konnte«.
- 17 Vgl. *Klaus Bergmann*, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim am Glan 1970.
- 18 *Berger-Thimme*, S. 284 – 306.
- 19 Die Reformer hatten sich vor allem von einem Reichswohnungsgesetz die Durchbrechung der Grundbesitzerinteressen in den Ländern und Kommunen mit Klassen-Wahlrecht zugunsten verschärfter hygienischer Ansprüche an den Wohnungsbau erhofft; vor allem Preußen und Sachsen ließen sich diese Kompetenz aber nicht streitig machen; auch die Städte kämpften überwiegend erbittert gegen ein solches Gesetz. Die verschiedenen Anläufe zu einem Wohnungsgesetz in Preußen seit 1903 führten erst 1918 zu einem nun weitgehend irrelevant gewordenen Erfolg, da sich angesichts veränderter politischer Verhältnisse die Staatsintervention von einer regulierenden in eine leistende verwandelte.

zahlreichen individuellen Pläneschmiede²⁰, die sich ebenfalls mit Vorliebe der Boden- und Wohnungsfrage annahmen.

Charakteristisch am größten Teil dieser Literatur, die von Hygiene und Bodenrecht, von Sozialpolitik und Häusern handelt, ist ihre Sichtweite von außen: Das soziale Problem des Wohnens verdinglicht sich für die Reformer in seinem Gefäß, dem Haus. Die Bedürfnisse der Arbeiter schrumpfen für sie zum Bedarf an Kleinwohnungen für die minderbemittelten Klassen, und dieser reduziert sich auf die Nachfrage nach billigen Wohnungen²¹. Sie setzten Wohnungsinspektoren zur Erzwingung gesunder Belüftung und zur Kontrolle der Relation zwischen Bewohnern und Rauminhalt ein. Sie interessierten sich für die Verschließbarkeit der Aborte und die Trennung der Kinder nach Geschlechtern in den Schlafräumen. Ob dies auch die vordringlichen Interessen der Betroffenen selbst waren, kümmerte sie wenig; vielmehr beklagten sie die Bedürfnislosigkeit der ärmeren Volksschichten in dieser Richtung. Da auf die Bedürfnisse der Arbeiter selbst weder in dieser Literatur noch in den staatlichen Akten²² in nennenswertem Umfang eingegangen wird, ist der Historiker hier auf Konstruktionen, Konjekturen und andere Überlieferungen angewiesen. Denn das Wohnbedürfnis umfaßt ja nicht nur den elementaren Bedarf nach einem Nachtlager und einigen Kubikmetern Luftraum, nach einer Kochstelle und einem nicht immer besetzten und im Winter nicht eingefrorenen Abort, sondern es erfaßt auch die Ermöglichung vielfältiger Beziehungen: zur Arbeit, zur Versorgung, zur Bildung, Familie und Nachbarschaft, Identität und Kommunikation, Ästhetik und Natur²³.

Die Entfaltung des Wohnbedarfs in ein derart komplexes Geflecht von Bedürfnissen wäre aber nicht nur der bürgerlichen Wohnungsreform als Luxus erschienen, deren grobe Indikatoren wie etwa die Wohndichte auf der elementaren Ebene des Kampfes um ein Dach über dem Kopf pragmatischen Sinn hatten. Eine solche Entfaltung findet sich auch nicht in dem schon rein äußerlich überraschend dürftigen Beitrag der sozialistischen Arbeiterbewegung

20 Vor allem einer von ihnen hat es zu Berühmtheit gebracht, nicht so sehr weil sein Modell funktioniert hätte, als wegen seiner Mischung aus agrarisierender Großstadtphobie und technokratischem Plankapitalismus, die den Harmoniehoffnungen des imperialistischen Kleinbürgertums vorzüglich angemessen war: Ebenezer Howard, der Begründer der Gartenstadt-Bewegung. Sein deutsches Pendant war – der spätere antisemitische Ideologe – *Theodor Fritsch*, *Die Stadt der Zukunft*, Leipzig 1896; vgl. *Bergmann*, S. 164 ff.

21 Charakteristisch sind die in der Wilhelminischen Zeit üblichen Argumentationen mit Leerwohnungsziffern: Marktübersättigung wird mit Bedürfnisbefriedigung gleichgesetzt. Mit den Leerwohnungszählungen, der verbreitetsten und gleichmäßigsten Form der Wohnungsstatistik überhaupt, wurde die Anerkennung einer Notlage verweigert, solange die mit Zahlungsfähigkeit verbundene Nachfrage nicht den Markt leergekauft hatte. Zur Verkürzung des Bedürfnisbegriffs auf ein wachstumsförderndes Element im Liberalismus vgl. auch *Johann Baptist Müller*, *Bedürfnis und Gesellschaft*, Stuttgart 1971, S. 43 ff.

22 Unter den zahlreichen Enquêtes und Erhebungen über Wohnungsverhältnisse und Förderungsmaßnahmen, die im Rahmen der Wohnungsreformgesetzgebung angestellt wurden, findet sich keine, die nach den Bedürfnissen der Betroffenen forscht. Dagegen berichten Stadtverwaltungen häufig, daß ein entsprechendes Bedürfnis in der jeweiligen Stadt bisher »nicht hervorgetreten« sei.

23 In den letzten Jahren haben sich Kunst- und Baugeschichtler auch der Frage der Arbeiterwohnungen zugewandt, besonders den Mietskasernen und Werkskolonien, wodurch freilich nur ein Teil der baulichen Umwelt der Arbeiter berücksichtigt wird. Vgl. *Helms/Janssen*, a. a. O.; *J. Petsch* (Hrsg.), *Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert*, 2 Bde., Berlin 1974/75; *F. Bollerey/K. Hartmann/M. Tränkle*, *Denkmalpflege und Umweltgestaltung*, München 1975; *F. Bollerey/K. Hartmann*, *Wohnen im Revier*, München 1975; und demnächst unter didaktischem Gesichtspunkt zusammenfassend: *Hermann Sturm*, *Fabrikarchitektur, Villa, Arbeitersiedlung*, 1977; vgl. Anm. 143, 146.

zur Wohnungsfrage²⁴. Man ist hier beinahe geneigt, die Parallele zu den sogenannten Hausagrariern²⁵ und ihren volkswirtschaftlichen Vertretern zu ziehen, die unter der Devise »Die Wohnfrage ist eine Lohnfrage«²⁶ das ganze Problem vom Tisch wischen bzw. den Fabrikanten zuspiesen wollten. Besonders seit Engels am Beispiel der Wohnungsfrage in einer seiner populärsten Schriften zu zeigen versucht hatte, daß das soziale Problem der Arbeiter im Kapitalismus nicht gelöst werden könne²⁷, engte die sozialistische Arbeiterbewegung ihre Sicht auf die Produktionsverhältnisse ein und reduzierte – auch sie war ja eine wesentlich männliche Bewegung – gerade das Wohnungsproblem zu einem bloßen Agitationsgegenstand. Der theoretische und programmatische Beitrag blieb jedoch sehr bescheiden. Allerdings könnte ihr Verhalten erst bei einer genaueren Kenntnis ihrer kommunalen Praxis vor allem in Süddeutschland beurteilt werden, denn es ist keineswegs ausgeschlossen, daß das geringe Interesse der Vorkriegs-SPD für den Reproduktionsbereich vor allem ein Reflex des Drei-Klassen-Wahlrechts in Preußen und Sachsen war²⁸. Die SPD hat sich nur auf ihrem Parteitag 1901 kurz mit einem aktuellen Einzelaspekt der Wohnungsfrage auseinandergesetzt, nicht ohne im Ergebnis vor allem die alten Mahnungen vor sozialpolitischen Illusionen zu wiederholen²⁹.

Das Quellenmaterial, das wir zur Beantwortung unserer Frage, wie Arbeiter im Kaiserreich wohnten, heranziehen können, krankt aber nicht nur an der undifferenzierten, den Lebensverhältnissen der Arbeiter äußerlich bleibenden Sichtweise bürgerlicher Reformen,

24 Die führenden Köpfe in dieser Frage waren *Paul Hirsch* (später preuß. Innenminister), *Hugo Lindemann* und *Albert Südekum*; die beiden letzten gaben seit 1908 das »Kommunale Jahrbuch« heraus, in dem auch eine regelmäßige Dokumentation der kommunalen Wohnungspolitik enthalten war. *Hirsch* gab die Schriftenreihe »Sozialdemokratische Gemeindepolitik« heraus und schrieb darin H. 4: Kommunale Wohnungspolitik, Berlin 1906. Von *Lindemanns* Schriften zur Wohnungsfrage vgl.: Die deutsche Städteverwaltung, Stuttgart 1901, und seinen Beitrag zur Auswertung der Wohnungsstatistik (vgl. Anm. 36). Für *Südekum* vgl. sein »Großstädtisches Wohnungselend« (= Großstadt-Dokumente, Bd. 45), Berlin/Leipzig o. J. sowie Anm. 29. Vgl. außerdem *Louis Cohn*, Die Wohnungsfrage und die Sozialdemokratie, München 1900; und für die Freien Gewerkschaften die Enquêtes: *Richard Calwer*, Das Kost- und Logiswesen im Handwerk, Berlin 1908; *Wilhelm Jansson*, Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungswesen, Berlin 1910.

25 Spitzname der Haus- und Grundbesitzervereine im Kaiserreich. Vgl. *Ulrich Rönitz*, Chronik des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzer e. V. 1879 – 1929, Berlin 1929, S. 19.

26 So die Thesen des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer auf ihrem Verbandstag 1889 als Reaktion auf die Untersuchungen des Vereins für Socialpolitik (*ebda.*, S. 32). In wissenschaftlicher Form *Pohle*, Bd. 2, S. 153 ff.

27 *Engels*, Wohnungsfrage (*Hillmann* [Hrsg.], S. 160 f.), legte besonderen Wert darauf, daß der Arbeiter im Reproduktionsbereich nicht Arbeiter, sondern ein – gewöhnlich minderbemittelter – Konsument sei und daß insofern unter den Rahmenbedingungen kapitalistischer Produktionsweise die Wohnungsnot (»einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände«) nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage mit der Zeit »eine gewisse ökonomische Ausgleichung finden« werde. In der Abwehr proudhonistischer Einflüsse ging es ihm vor allem darum, die Arbeiterbewegung von solchen sozialen Problemfeldern abzuhalten, wo gemeinsame, vom Hauptwiderspruch ablenkende Notlagen Arbeiter und Kleinbürger verbanden. Daß dies ein agitatorischer und kein theoretischer Standpunkt war, ist schon daran erkennbar, daß Marxens These von der industriellen Reservearmee bei der Hoffnung auf eine marktimmerente Entspannung unberücksichtigt war.

28 Dafür spricht vor allem das massive Interesse, das regierende Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit einer Wohnungspolitik durch Staatsintervention und Genossenschaften zuwandten.

29 Nach einem Referat *Südekums* wurde ohne Aussprache eine einstimmige Resolution angenommen, die im wesentlichen die Maximalforderungen der Wohnungsreformer mit dem Ruf nach dem vierschwänzigen Wahlrecht verband. Zugleich indizierte sie jedoch die Bestrebungen der Reformer als »unzuträglich«, wettete gegen den Werkwohnungsbau, lehnte alle Formen von Baugenossenschaften ab, die nicht auf dem Prinzip des Kollektivbesitzes stünden, und warnte allgemein vor deren »Überschätzung«. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD zu Lübeck*, Berlin 1901, S. 293 ff. Die Resolution auch bei *Gasteiger*, S. 138 f.

sondern noch viel mehr daran, daß die Arbeiterwohnungen statistisch nicht als solche erkennbar sind. Zwar ist die oben angesprochene Literatur ebenso wie die offizielle Statistik voller Tabellen zur Boden- und Wohnungsfrage; bei genauerem Hinsehen fehlen jedoch alle Schlüsseldaten, die allgemeine Aussagen über die Wohnungsverhältnisse im Kaiserreich (einschließlich des flachen Landes und der Industriedörfer) wie auch eine spezielle Definition der Wohnungslage von Arbeitern ermöglichen. Bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hat es in Deutschland keine allgemeine Wohnungsaufnahme gegeben³⁰. Damit fällt von vornherein eine methodisch saubere Beantwortung zweier analytischer Kernfragen aus: erstens der Vergleich mit der Wohnungslage in der Landwirtschaft, deren Untersuchung zugleich Hinweise auf die Veränderung der Wohnungssituation beim Übergang von präindustriellen zu industriellen Verhältnissen erbringen könnte³¹. Zweitens fehlt die Möglichkeit gesicherter Aussagen über die Unterbringung des außerstädtischen Proletariats, das nicht nur aus Landarbeitern, Gesinde und Handwerksgehilfen bestand, sondern auch einen beträchtlichen Teil der Industriearbeiterschaft umfaßte³². Darüber hinaus sind für das Kaiserreich aggregierte Trendaussagen und einigermaßen präzise Sektorenanalysen hinsichtlich der Wohnungsfrage unmöglich.

Seit den späten 90er Jahren gibt es immerhin Wohnungsstatistiken für die bedeutenderen Städte, aber kurz nach der Jahrhundertwende entschlossen sich die Statistiker zu einer Veränderung der Input-Definitionen an einer entscheidenden Stelle: Die bisher überwiegend gebräuchliche Zählung sogenannter heizbarer Zimmer wurde durch die aller Räume abgelöst³³. Kein mathematisches Genie kann diesen Definitionswechsel aus den Zahlen herausrechnen, folglich fehlen Seriidaten selbst für eine so kurze Zeitspanne wie die letzten beiden Vorkriegsjahrzehnte. Zudem lassen sich auch für das engere Stadtgebiet fast nirgendwo die Arbeiter aus der allgemeinen Größe der Bewohner kleiner Wohnungen isolieren. Die bürgerlichen Stadtverwaltungen ließen zwar eine Unzahl von Daten über die Morphologie des städtischen Grundbesitzes zusammentragen, ihre Statistiker aber die naheliegende Frage nach dem Beruf des Haushaltsvorstandes (im Gegensatz zum Stand des Hausbesitzers³⁴) nicht stellen, so daß die »Arbeiterwohnungsfrage« statistisch schon immer

30 Die erste Reichswohnungszählung vom 16. 6. 1927 erstreckte sich auf alle Gemeinden über 5000 Einwohner, eine größere Anzahl zwischen 2000 und 5000 und Stichproben in den Dörfern. (*Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 362, 1 – 2). Für die Nichtberücksichtigung der ländlichen Verhältnisse finden sich – in Klartext übertragen – folgende Gründe: 1. könnten die Statistiker auf dem Land oft die Wohnräume von den Ställen nicht unterscheiden; 2. sei die Familie auf dem Land nicht in Gefahr; 3. würde die erwartete Feststellung unzulänglicher Raumverhältnisse ein falsches Bild geben, weil die Landbevölkerung ja so viel an der frischen Luft sei. (*ebda.* 1, S. 6).

31 Die Wohnungssituation der Landarbeiter und Kleinbauern ist weitgehend unerforscht geblieben oder von agrarromantischen Bildern überformt worden, vgl. *Bergmann*, S. 33 ff. Die baulichen und sanitären Zustände in den meist stark überbelegten Wohnungen der ländlichen Unterschichten blieben meist unter denen der Städte; allerdings entfielen die Rückwirkungen baulicher Überverdichtung. Vgl. Art.: Landarbeiterwohnungen, in: *HdW*, S. 473 ff., sowie als eine erste Bestandsaufnahme Dr. *Ascher*, Die ländlichen Arbeiterwohnungen in Preußen, eine Umfrage (= Schriften der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, Nr. 13), Berlin 1897; eine Einschätzung bei *Frieda Wunderlich*, *Farm Labor in Germany 1810 – 1945*, Princeton 1961, S. 139 ff.

32 Die Industriedörfer sind historisch noch weitgehend terra incognita und besonders schwierig zu erforschen. Für einen punktuellen Ansatz vgl. *Lutz Niethammer*, Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, in: *Festschrift Werner Conze*, Stuttgart 1976, S. 129 ff.

33 Vgl. *Statistisches Jahrbuch deutscher Städte*, Bd. 11, S. 499 ff.

34 Vgl. z. B.: *Die Wohnungsverhältnisse in der Stadt Essen nach der Aufnahme vom 1. 12. 1900*, in: *Beiträge zur Statistik der Stadt Essen*, H. 2, 1901, S. 56.

eine »Kleinwohnungsfrage« war, was sie in der publizistischen Diskussion erst langsam wurde. Freilich, kaum ein System der Vorenthaltung von Informationen ist perfekt. Insofern können wir – auch ohne den überaus mühsamen Umweg, Hauslisten und Einwohnermelderegister einzelner Gemeinden auszuzählen³⁵ – an punktuellen Überlieferungen anknüpfen, um wenigstens an wenigen Stellen den künstlichen Abgrund zwischen Produktion und Reproduktion zu überbrücken.

2. DER STATISTISCHE BEFUND: ARBEITEN UND WOHNEN

Unter den zahlreichen Tabellen der Wilhelminischen Wohnungsstatistik³⁶ finden sich nur ganz wenige, in denen in expliziter Weise der Zusammenhang zwischen den Wohnungen und der sozialen Stellung ihrer Bewohner untersucht wird. Meist geben sie nur das Bild eines einzelnen Ortes zu einer bestimmten Zeit. Die Beziehungen, die sich in ihnen niederschlagen, können nicht als quantitative Verhältnisse überregional generalisiert werden; gleichwohl verschaffen sie Einsichten in die Struktur zwischen Arbeiten und Wohnen und ermöglichen die schrittweise Erschließung schichtspezifischer Aussagen auch in solchen Statistiken, deren soziale Undifferenziertheit das Schichtungsproblem zunächst verdeckt.

2.1 Beruf und Wohnung

Soll zunächst der Ort des Arbeiterwohnungsproblems in der Gesellschaft ausgemacht werden, so sind die seltenen Gesamterhebungen über die Berufsgruppenzugehörigkeit von Wohnungsinhabern einer bestimmten Stadt bzw. umgekehrt über die Wohnungsverhältnisse ganzer Arbeitergruppen einer Region allen Stichproben, Wohnungsinspektionsergebnissen, gewerkschaftlichen Umfragen etc., deren Repräsentativität unbestimmbar ist³⁷, vorzu-

35 Anhand der nur selten überlieferten »Hauslisten« entsteht zur Zeit eine quantitative Untersuchung über Duisburg: *James Jackson*, Familienleben und Urbanisierung im Ruhrgebiet während des 19. Jahrhunderts, dargestellt am Beispiel Duisburg 1840 – 1890, Ph. D. University of Minnesota (Minneapolis).

36 Am besten die zusammenfassenden Beiträge von *M. Neefe*, Hauptergebnisse der Wohnungsstatistik deutscher Großstädte, in: SVSP 30, 1886, S. 161 – 199; *G. Evert*, Zur Wohnungsstatistik in Preußen, in: Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus 1902, S. 150 – 188; *Hugo Lindemann*, Wohnungsstatistik, in: SVSP 94, 1901, S. 263 – 384. Daneben vgl. die Zusammenstellungen im *Statistischen Jahrbuch deutscher Städte*. Den Anschluß geben Bd. 16, S. 433 ff. für 1905 und für 1910 Bd. 21, S. 851 ff. Seit 1914 dann Sonderbeilagen zum *Reichsarbeitsblatt*, Nr. 4 vom April 1914; Nr. 7 vom Juli 1915; Nr. 6 von Juni 1916; Nr. 11 vom Nov. 1917 etc. Zur Reichswohnungszählung vom Mai 1918, die der Vorausschätzung des Nachkriegsbedarfs galt und nur für die Erfassung des Wohnungsbaubestands in allen Gemeinden über 5000 Einwohner historisches Interesse beanspruchen kann: *Statistik des Deutschen Reiches*, Bd. 287, 1 – 2. Leicht zugängliche Zusammenstellungen von Hauptdaten auch bei *Eberstadt*, Handbuch, S. 126 ff.; *Gretzschel*, S. 591 ff.; in den Art.: *R. Meerwarth*, Wohnungswesen (Statistik), und *J. Kaup*, Wohnungswesen und Städtebau, in: *A. Grotjahn/J. Kaup*, Handwörterbuch der Sozialen Hygiene, Bd. 2, Leipzig 1912, S. 800 – 13 bzw. 813 – 908; sowie in verschiedenen Artikeln des HdW.

37 Zu gewerkschaftlichen Umfragen vgl. Anm. 24; ein Beispiel einer Wohnungsinspektionserhebung bringt Tabelle 12; einige der bedeutenderen Stichproben- bzw. Teiluntersuchungen seien wenigstens erwähnt: *Karl von Mangoldt*, Aus zwei deutschen Kleinstädten, Jena 1894 (Arbeiterwohnungen in Merseburg und Weißenfels); *Eduard Pfeiffer*, Eigenes Heim und billige Wohnungen, Stuttgart 1896, S. 6 ff. (Armenuntersuchung in Stuttgart); Landrat *Spring*, Statistische Erhebungen über Arbeiterwohnungen im Kreis Hoerde, o. O. u. J. (Hoerde 1896); *Max May*, Die Heidelberger Wohnungsuntersuchung in den Wintermonaten 1895/96 und 1896/97, Jena 1903; Bremisches Statistisches Amt, *Untersuchung der Wohnungen der minderbemittelten Klassen in*

ziehen. Sie verdienen deshalb eingangs eine nähere Betrachtung. 1885 wurde in Berlin eine Erhebung über Wohnungsgröße und Beruf des Haushaltungsvorstands angestellt, aus der Tabelle 1 einen zusammenfassenden Ausschnitt bringt. Sie reduziert die Berufsklassen auf Berufsgruppen und erfaßt nur die Kleinwohnungen mit bis zu drei heizbaren Zimmern³⁸. Die Masse der gelernten und ungelerten Arbeiter sowie der Dienstboten und ein Großteil der Heimarbeiter in der Textilbranche lebten danach in sehr kleinen Wohnungen – $\frac{4}{5}$ der ungelerten Arbeiter hatten für die ganze Familie nur ein heizbares Zimmer und daneben noch allenfalls eine Küche oder eine Kammer zur Verfügung. Sehr viele von ihnen mußten im Keller oder in den höheren Stockwerken bzw. dem Dachgeschoß der Mietskasernen wohnen³⁹. Aber die Ungelernten und die Facharbeiter unterschieden sich darin, daß die zweite, etwas umfangreichere Gruppe vermehrt an den etwas größeren Wohnungen partizipierte, seltener nur eine unheizbare Kammer oder eine Kellerwohnung hatte und vor allem in der ›belle étage‹ des Proletariats, dem 2. und 3. Geschoß, stärker repräsentiert war. Dieselbe Polarisierung ist auch innerhalb der Berufsgruppen Textil und Handel anzusetzen, in denen nicht nach Arbeitern bzw. Heimarbeitern einerseits und Selbständigen andererseits unterschieden wurde. Beide Berufsgruppen verteilen sich verhältnismäßig gleichmäßig auf alle Wohnungsgrößen; das Schwergewicht liegt in der Textilbranche mit ihrem geringen Lohnniveau jedoch auf oft weiblichen Heim- und anderen Arbeitern in sehr kleinen Wohnungen, während beim Handel, zu dem sowohl die Einzelhandelskaufleute als auch z. B. die Bankbeamten (Gehilfen) gehörten, die größeren Wohnungen überwiegen. Am auffälligsten ist der enorme Unterschied zu den öffentlichen Bediensteten, obwohl es sich überwiegend um Subalternbeamte und Arbeiter handelt. Nur $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ dieser Klasse wohnte in den kleinsten Wohnungen, die Mehrheit hatte mindestens zwei heizbare Zimmer, also in der Regel drei- bis vierräumige Wohnungen und mehr, freilich beinahe $\frac{2}{3}$ im 2. Geschoß und darüber.

Gegenüber dieser Schwergewichtsverteilung sind jedoch zumindest für Berlin und für eine Reihe anderer Zentralorte in Deutschland die integrativen Züge in diesem Bild betonenswert: Alle ›unteren‹ Berufsgruppen finden sich in allen Wohnungsklassen, mit der Ausnahme der Ungelernten und der Dienstboten in großen und der Staatsbediensteten in winzigen Wohnungen. Die untere Mittelklasse aus Angestellten, Subalternbeamten und kleinen Selbständigen lebte in ihrer Masse in ähnlichen Verhältnissen wie etwa $\frac{1}{4}$ der Facharbeiter. Die in England so stark entwickelte Unterscheidung der Häuser und Quartiere nach Klassen⁴⁰ war in Berlin gering ausgebildet und konzentrierte sich auf die oberste Schicht. Aus der Masse der arbeitenden Bevölkerung waren die öffentlichen Bediensteten am deutlichsten herausgehoben, eine Rückwirkung der Sicherheit ihrer Beschäftigung, die fast allen

Bremen, Bremen 1905; Franz Adler, Wohnungsverhältnisse und Wohnungspolitik der Stadt Frankfurt a. M., Frankfurt 1904; Frieda Rossié, Die Entwicklung und heutige Lage des Crefelder Kleinwohnungswesens, Berlin/Stuttgart/Leipzig 1917; Marie Baum, Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf-Stadt und Land, Berlin 1917; Albert Kohn (i. A. des Vorstandes der Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin), Unsere Wohnuntersuchungen in den Jahren 1919 – 1920, Berlin 1922.

38 Größere Wohnungen waren für die Arbeiter bedeutungslos: In den ersten drei Berufsgruppen war ihr Anteil jeweils unter 1 %.

39 Die Zahlen sind in Tabelle 1 zur Erleichterung des Schichtungsvergleichs umprozentuiert. Zu den Aussagen im Text vgl. Lindemann, a. a. O., S. 382 f. Die Stockwerkslage wird im folgenden nicht systematisch untersucht, da sie für den Gebrauchswert der Wohnungen nur eine beschränkte Aussagekraft hat. Sie ist jedoch in der Wohnungsstatistik denkbar ausführlich untersucht. Vgl. die in Anm. 36 genannten Berichte.

40 Vgl. z. B. Dyos/Reeder, a. a. O.

Tabelle 1

Größe und Lage Berliner Kleinwohnungen nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes (1885)

Berufsgruppen	Alle				In den Wohnungen mit			Von den Berufsklassen wohnten % im					
	absolut	%	0	1	2	3	Keller	1. Eta-	2. und	Dar- zu-			
			heizbaren Zimmern gehörten die Haushaltungsvorstände zu (in %)				schoß (oder gan- zes Haus)	ge	3. Eta- über	sam- men			
Ungelernte Arbeiter* Gehilfen und Gesellen in Industrie und Hand- werk**	44 295	16,5	26,5	23,5	8,5	1,5	11,5	11,5	15,0	38,0	24,5	100	
Persönliche Dienstleistungen	52 716	19,5	14,5	25,0	15,5	3,5	7,0	10,0	15,0	43,5	24,5	100	
Textil und Putz	8 011	3,0	5,0	3,5	2,5	1,0	keine Angabe						
Handel und Versicherungen	40 141	15,0	18,5	16,0	14,5	10,5							
Post und Eisenbahn	30 105	11,0	11,5	7,5	14,0	21,5							
Staats- und Gemeinde- beamte (subaltern)	8 064	3,0	0,5	1,5	4,5	5,5							
Sonstige	10 296	4,0	0,5	1,5	6,0	8,0	3,5	12,0	21,0	51,0	12,5	100	
Alle	75 726	28,0	22,5	20,5	34,0	49,0							
	269 354***	100,0	1,0	56,5	30,0	12,0	9,5	19,0	22,0	38,0	11,5	100	

* Im Original: Arbeiter ohne Gewerbeangabe.

** Tätig in den Berufsklassen: Metallverarbeitung, Maschinen, Papier, Leder, Holz, Nahrungs- und Genussmittel, Bau, Druck, künstlerische Betriebe für gewerbliche Zwecke.

*** N = 88,75% aller 304 118 Berliner Wohnungen.

Umgerechnet aus: *Lindemann*, S. 382 f. Prozentangaben sind hier und in den folgenden Tabellen meist gerundet.

übrigen Kleinwohnungsbenutzern abging: Ein sicheres Einkommen war in den Fluktuationen der Industrialisierungsperiode das wichtigste Privileg unter Gleichverdienenden und verschaffte Zugang zu besseren Wohnmöglichkeiten. Das zweite Hauptmerkmal ist die außerordentliche Überfüllung sehr kleiner Wohnungen – 57,5 % bestanden aus höchstens einem heizbaren Zimmer, und in diesen wenigen Räumen drängten sich die Familien der arbeitenden Bevölkerung mit oft mehreren Kindern und z. T. noch zusätzlichen Verwandten oder Schlafgängern.

Das sich in Tabelle 1 abzeichnende Bild hat mit den unter den Wohnungsreformern so gebräuchlichen Generalisierungen Berliner Verhältnisse⁴¹ gemeinsam, daß es die tatsächliche Lage verzerrt; Berlin war zu dieser Zeit schon weit über seine Stadtgrenze zu einem Agglomerationsbereich hinausgewachsen, aber sein Weichbild war in eigenen Städten und Gemeinden organisiert. Die Erhebung spiegelt insofern nicht die Gesamtlage des städtischen Wohnens im Hauptstadtbereich wider, vielmehr einen Sonderfall der Überverdichtung im Kernbereich einer industrialisierten Residenzstadt. Darüber hinaus werden durch die Konzentration auf Kleinwohnungen die integrativen Akzente überbetont. Diese beiden Schwächen sind in einer Statistik über München 1895 (Tabelle 2)⁴² vermieden, da hier ein Großteil des Weichbildes zur Stadt selbst gehörte und den Arbeitern die Angehörigen der Ober- und Mittelschicht in Auswahl gegenübergestellt werden können. Die männlichen Berufslosen, darunter vor allem die Rentiers, wohnten beinahe zur Hälfte in Wohnungen mit 4

Tabelle 2 *Stellung im Beruf und Wohnungsgröße (München 1895)*

Berufsgruppen (ausgewählt)	% der Wohnungen der Berufsgruppe mit							
	0	1				2	3	4
		ohne Küche	mit Küche oder Kam- mer	mit Küche und Kam- mer	zu- sam- men			und mehr
h e i z b a r e n Z i m m e r n								
Berufslose (männlich)	—	3,0	6,5	2,5	12,0	16,5	26,5	45,0
Selbständige in Gewerbe, Handel und Verkehr	0,5	7,0	13,5	4,5	24,5	28,5	23,5	23,0
Gehilfen in Handel und Verkehr*	0,5	9,5	18,0	3,0	30,5	32,0	26,0	11,0
Gehilfen im Gewerbe	0,5	12,5	30,5	4,0	47,0	37,0	13,0	2,5
Unständige Lohnarbeit	0,5	27,0	36,0	3,5	66,5	25,5	6,0	1,5

* Darunter auch die Beamten großer Banken, Prokuristen, Kassierer etc.
Aus: *Lindemann*, S. 379.

41 Vgl. etwa *Eberstadt*, Handbuch, S. 61, der von der Mietskaserne sagt, sie habe »von Berlin ausgehend sich die meisten deutschen Großstädte unterworfen«.

42 *Lindemann* a. a. O., S. 377 bringt noch eine Berufsausählung Frankfurter Wohnungsinhaber, die hier aber wegen ihrer unsinnigen Gruppierungsweise übergangen sei.

oder mehr heizbaren Zimmern, d. h. in der Regel in mehr als 6 bis 7 Räumen. Neben Adel und Kapital konnte sich auch knapp $\frac{1}{4}$ der Selbständigen solche Großzügigkeit leisten; andererseits mußte sich über die Hälfte von ihnen mit einem kleinbürgerlichen Zuschnitt von zwei bis drei heizbaren Zimmern zufriedengeben, während ein weiteres Viertel im proletarischen Milieu lebte. Lehrreich ist die Münchner Erhebung aber insbesondere für die Binnendifferenzierung in den Wohnungsverhältnissen der Lohnabhängigen, die sich einmal in dem deutlich größeren Anteil der Gehilfen im Gewerbe und besonders im Handel und Verkehr an Wohnungen mit mehreren Zimmern, vor allem aber bei der Aufschlüsselung der Einzimmerwohnungen nach ihrem Zubehör niederschlägt. Nicht nur mußten sich $\frac{2}{3}$ der ungelerten Arbeiter, d. h. knapp 7000 Haushaltungen, mit dieser Wohnungsklasse zufriedengeben, in 2800 Fällen bestand die Wohnung tatsächlich nur aus einem Zimmer oder einer Küche⁴³. Während eine Ausstattung sowohl mit einer Küche wie mit einer Kammer neben dem heizbaren Zimmer in allen Klassen selten war, verschob sich das Gewicht bei den Gehilfen im Gewerbe und besonders im Handel viel mehr als bei den ungelerten Arbeitern zugunsten zweiräumiger Wohnungen⁴⁴. Die Einkommenshöhe und die mit zunehmender Qualifikation bzw. dem Übergang ins Angestelltenverhältnis wachsende Stabilität des Beschäftigungsverhältnisses schälen sich als bestimmende Faktoren des Wohnungskonsums heraus. Gleichwohl müssen auch an dieser Statistik zwei Ergebnisse hervorgehoben werden: einmal, daß die übergroße Mehrheit der Lohnabhängigen (zwischen $\frac{6}{10}$ und $\frac{9}{10}$) in den gedrängtesten Verhältnissen in ein- und zweiräumigen Wohnungen lebte und insofern eine gemeinsame und vom Bürgertum deutlich abgehobene Erfahrung machte. Auf der anderen Seite ist auch unter ihnen die berufsbezogene Stratifikation im Reproduktionsbereich unübersehbar. Sie kann jedoch nicht auf unterschiedliche Grade der Bedürfnislosigkeit zurückgeführt werden, vielmehr schlägt sich der Wunsch zur Ausdehnung des häuslichen Lebensraumes nieder, soweit seine Realisierung durch Ertrag und Stabilität des Arbeitsverhältnisses möglich wird.

Zur weiteren Bestimmung der Struktur der Arbeiterwohnungen und ihrer Bevölkerung ist ein anderer, ebenfalls sehr seltener Typ von Statistik nützlich: regionale Erhebungen über die Wohnverhältnisse bestimmter Arbeitergruppen. Im ersten Fall handelt es sich um eine 1892 ad hoc angestellte Erhebung über die Wohnverhältnisse der Arbeiter in gewerblichen Mittel- und Großbetrieben des Herzogtums Braunschweig⁴⁵, das damals etwa 400 000 Einwohner zählte, überdurchschnittlich schnell wuchs (Bevölkerungswachstum etwa analog dem des Königreichs Sachsen) und in dessen zerrissenem Gebiet trotz einer agrarischen Grundstruktur bereits die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung in Gewerbe, Industrie und Handel arbeitete. Wie in vielen Teilen Deutschlands fand die Industrialisierung unter kleinstädtisch-ländlichen Bedingungen statt⁴⁶. Tabelle 3 zeigt zunächst, daß insgesamt etwa

43 *Ebda.*, S. 380.

44 D. h. solche Wohnungen, in denen neben dem heizbaren Zimmer noch eine Schlafkammer oder eine Küche vorhanden war.

45 Die Erhebung wurde auf Wunsch des braunschweigischen Regenten Albrecht von Preußen ad hoc durchgeführt und blieb folgenlos. Vielleicht ist auf diesen punktuellen und voraussetzungslosen Charakter der Untersuchung zurückzuführen, daß es sich – soweit derzeit ersichtlich – um die einzige handelt, welche die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter in Mittel- und Großbetrieben in einem ganzen Land ermittelte (StA Wolfenbüttel 12 A Neu, FB 12, Nr. 45 662).

46 Nur Braunschweig selbst war mit seinen 115 000 Einwohnern eine Großstadt und stellte 40 % der hier untersuchten Arbeiter; alle anderen Städte des Herzogtums hatten weniger als 20 000 Einwohner und stellten weniger Mittel- und Großbetriebe als die Landgemeinden (22 bzw. 38 %).

Tabelle 3

Die Wohnungen der Arbeiter in Gewerbebetrieben mit 20 und mehr Arbeitern
im Herzogtum Braunschweig (1892)

(nach Gemeinden)	Es wohnten (in %)				N.
	im eigenen Haus	in Kasernen des Arbeitgebers	in Mietwohnungen des Arbeitgebers	in sonstigen Mietwohnungen	
in der Stadt					
Braunschweig	4,99	3,18	1,73	90,10	11 872
in anderen Städten	11,64	6,15	4,15	78,06	6 577
in Landgemeinden	14,70	11,12	8,36	65,82	11 092
insgesamt im Herzogtum	10,09	6,80	4,74	78,37	29 541
(nach den 6 größten Gewerbegruppen)					
Industrie der Steine und Erden	12,08	13,41	8,37	66,14	5 271
Baugewerbe	16,30	7,22	0,80	75,08	5 251
Nahrungs- und Genußmittel	6,75	15,82	4,77	72,66	3 918
Maschinen, Werkzeuge	5,96	0,14	0,48	93,42	3 770
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgraben	17,39	5,10	10,05	67,46	3 571
Textilindustrie	2,14	0,99	3,51	93,36	2 935
6 Gewerbegruppen	—	—	—	—	24 716 (= 83,66 %)

Aus: STA Wolfenbüttel 12 A Neu FB 13, Nr. 45662.

$\frac{1}{10}$ der Arbeiter im eigenen Haus, $\frac{1}{10}$ in Kasernen und Mietwohnungen des Arbeitgebers und der Rest von $\frac{4}{5}$ in ›freien‹ Mietwohnungen lebten. Deren Anteil ist in der Großstadt mit $\frac{9}{10}$ am höchsten, auf dem Lande mit $\frac{2}{3}$ am geringsten. Der geringe Anteil des ländlichen Marktes an Mietwohnungen ist eher darauf zurückzuführen, daß dieser von der Angebotsseite her wenig entwickelt war, als darauf, daß die geringen Bodenpreise auf den Dörfern den Eigenbau von Häusern durch die Arbeiter erleichterte bzw. das dortige Gewerbe bereits ansässige ländliche Arbeitskräfte aufgesogen hätte. Vielmehr entstand hier eine Lücke von rd. 20 %, die durch Werkswohnungsbau und Schlafkasernen geschlossen werden mußte. Wie die Aufgliederung nach den sechs größten Gewerbegruppen zeigt, handelt es sich dabei um Unternehmen extraktiver und anderer standortgebundener Branchen⁴⁷, die Wohnraum zur Verfügung stellen mußten, um überhaupt Arbeitskräfte in ab-

⁴⁷ Steine und Erden 21,78 %, Nahrungs- und Genußmittel 20,59 %, Bergbau und Hüttenwesen 15,15 %.

gelegene Orte ziehen und dort unterbringen zu können⁴⁸. Auf der anderen Seite wählten verarbeitende Industrien (Maschinen, Werkzeuge, Textil) ihren Standort überwiegend im urbanisierten Bereich, wo die Unternehmer sich Infrastrukturvorleistungen sparen konnten, die Arbeiter zu jeweils über 93 % sich ihr Dach über dem Kopf auf dem ›freien‹ Wohnungsmarkt anmieten mußten und Hausbesitzer unter ihnen eine verschwindende Minderheit darstellten. Relativ hohe Anteile an Eigenheimbesitzern sowie an Werkswohnungsbau sind also zunächst nicht als sozialpolitische Innovation zu verstehen, sondern auf Standortnachteile und eine ältere, quasi handwerkliche Gewerbetradition⁴⁹ zurückzuführen.

Tabelle 4

Alleinstehende unter den Arbeitern in Gewerbebetrieben mit 20 und mehr Arbeitern im Herzogtum Braunschweig (1892)

Von den Arbeitern in der Gewerbe- gruppe (Auswahl)	waren alleinstehend *		Davon wohnten in %		
	%	absolut	in Kasernen des Arbeit- gebers	in der elterlichen Familie	in einer anderen Familie
Industrie der Steine und Erden	43,1	2 272	31,1	48,8	20,5
Baugewerbe	44,8	2 354	16,1	43,3	40,6
Nahrungs- und Genußmittel	42,1 **	1 650	37,6	31,9	30,5
Maschinen, Werkzeuge	34,2	1 290	0,4	41,1	58,5
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, Torfgraben	31,2	1 114	16,3	63,2	20,5
Textilindustrie	60,2 **	1 763	1,6	39,3	59,1
Alle Arbeiter	50,1	12 382	16,1	45,8	38,0

* Alleinstehende definiert als Unverheiratete, die außerhalb der Wohnungen des Arbeitgebers wohnten, plus Bewohner der Kasernen des Arbeitgebers.

** überwiegend weiblich.

Quelle: wie Tab. 3, S. 73.

Zwar fehlen auch in diesem Fall Angaben über die Familiengrößen. Tabelle 4 präpariert aber wenigstens für die Hauptbranchen diejenigen heraus, die mit einiger Sicherheit nicht Familienvorstände, also jung, unverheiratet oder aus anderen Gründen alleinstehend waren – es ist genau die Hälfte aller untersuchten Arbeiter! In der Einzelanalyse bestätigt sich zunächst der zweifelhafte Fortschritt der verarbeitenden Industrie. Die bei ihr beschäftigten Alleinstehenden sind zu beinahe $\frac{3}{5}$ Schlafgänger oder Untermieter, also aus ihrer Familie herausgelöst, obwohl sie nicht durch ihren Beruf zu standortgebundenen Industrien

48 Für den hohen Anteil an Eigenhäusern dürfte beim Bergbau mit einer Vielzahl kleinerer und unterschiedlich spezialisierter Betriebe die lange Tradition verantwortlich sein, im Bau- und Baustoffsektor die einschlägigen Berufskennntnisse der Arbeiter und ihr leichter Zugang zu Baumaterial.

49 Für eine Parallele aus Bayern vgl. *Adolf F. Heinrich*, Die Wohnungsnot und die Wohnungsfürsorge privater Arbeitgeber in Deutschland im 19. Jahrhundert, phil. Diss. Marburg 1970, S. 80.

abgezogen sind⁵⁰. Im Vergleich nimmt sich der Anteil der Alleinstehenden in den höchstqualifizierten Bereichen (Bergbau⁵¹ und Hüttenwesen, Maschinenbau) am geringsten aus; die Arbeitsverhältnisse waren hier offenbar am stabilsten. Den höchsten Anteil an Alleinstehenden hatte die Textilindustrie, der klassische Beschäftigungsort unverheirateter Arbeiterinnen. Den höchsten Anteil junger Männer hingegen hatten das Baugewerbe und die Baustoffgewinnung. Für diese Bereiche, aber noch in viel stärkerem Maße für den Bergbau im Harz ist eine relative Stabilität der Familien zu verzeichnen, die vermutlich auf häufige Berufs- und Betriebsidentität bei Vater und Sohn zurückgeht. Insgesamt waren rd. $\frac{1}{4}$ aller Arbeiter unverheiratete Töchter und Söhne, die weiterhin in der elterlichen Familie lebten. Bei einer Rückprojektion der Ergebnisse dieser Analyse auf die Daten der Tabelle 3 sind zwei desillusionierende Schlüsse zu ziehen: Über $\frac{1}{3}$ derer, die in Mietwohnungen lebten, waren Schlafgänger. Und die Zahl der Eigenheimbesitzer im strengen Sinne ist durchgängig zu halbieren: Die andere Hälfte waren Söhne und Töchter, die nicht im »eigenen« Haus, sondern in dem ihrer Eltern wohnten. Allerdings ist auch dies eine Schätzung: Statistisch wäre es zwar unwahrscheinlich, aber immerhin auch möglich, daß alle in der ersten Spalte aufgeführten Unverheiratete waren, die bei ihren z. B. bäuerlichen Eltern wohnten, d. h. daß es überhaupt keine Eigenheimbesitzer unter den Arbeitern gegeben hätte.

Das Verhältnis von Werkswohnungsbau, Hausbesitz und Schlafgängerwesen unter den Arbeitern läßt sich schließlich an einer 1893 angestellten Erhebung über die 122 000 Bergleute auf den Steinkohlenzechen des Ruhrgebiets⁵² weiter verfolgen. Als standortgebundene Industrie mit teilweise alter kleinbetrieblicher Tradition, teilweise stürmischer Expansion in Großbetrieben sind hier gegenüber der Ausbreitung der verarbeitenden Industrie und dem sonst üblichen Stadterweiterungsprozeß in sich noch einmal differenzierte Sonderbedingungen zu erwarten. Um eine gewisse Entwicklungsperspektive in den statistischen Befund zu bringen, sind die Daten auf die älteren Bergreviere im Süden des Oberbergamtsbezirks Dortmund einerseits und seine nördlichen Expansionsgebiete andererseits (Tabelle 5) aufgeteilt worden⁵³. Während in den Gründerjahren zu Ende der ersten großen Expansionsphase die Mehrheit der Bergarbeiter unverheiratet (53,7 %) ⁵⁴, jung und hochmobil war, lassen sich 20 Jahre später bereits gewisse Stabilisierungsmomente feststellen, obwohl sich die Zahl der Bergleute um über $\frac{1}{3}$ vergrößert hatte. 1893 waren 56 % der Bergleute in der Provinz Westfalen verheiratet: Auf 66 000 Familien kamen 214 000

50 Vgl. demgegenüber den hohen Anteil an Kasernenbewohnern bei den standortgebundenen Gewerbegruppen.

51 Zur jahrhundertelangen Bergbautradition und seiner Verbindung mit dörflicher Siedlungsweise im Harz vgl. den Bericht aus dem Mansfelder Revier *Otto Gotsche*, *Mein Dorf*, Halle/S. 1974.

52 *Otto Taeglichsbeck*, *Die Belegschaft der Bergwerke und Salinen im Oberbergamtsbezirk Dortmund nach der Zählung v. 16. 12. 1893*, 2 Bde., Essen/Dortmund 1896.

53 *Ebda.*, Bd. 2, S. 6 ff.; nur teilweise hiermit vergleichbar ist der ältere Bericht von *Hiltrop*, Beiträge zur Statistik des Oberbergamtsbezirks Dortmund, in: Zeitschrift des Kgl. preußischen Statistischen Bureaus 1875, S. 245 – 290, in dem Ergebnisse der beiden vom preußischen Handelsminister herausgegebenen Bände *Die Einrichtungen zum Besten der Arbeiter auf den Bergwerken Preußens* (Berlin 1875 – 76) aufbereitet werden. Für die spätere Zeit sind Zahlen wenigstens über die werkseigenen Zechenwohnungen bei *Robert Hundt*, *Bergarbeiter-Wohnungen im Ruhrrevier*, Dortmund 1902 zu finden. Die Angaben bei *Irmgard Lange-Kothe*, *Hundert Jahre Bergarbeiterwohnungsbau*, in: *Der Anschnitt* 2, 1950, Nr. 3, S. 7 ff. lassen ein starkes Wachstum des Werkswohnungsbaus im Bergbau zwischen 1895 und 1920 erkennen. Über die allgemeine Wohnungslage in den Städten des Ruhrgebiets (ohne Berufsaufgliederung) informieren die vom Westfälischen Verein zur Förderung des Kleinwohnungswesens herausgegebenen *Ergebnisse der Wohnungsaufnahme in westfälischen Städten vom 1. Dezember 1905*, 2 Teile, Münster 1907 – 09.

54 Nach *Hiltrop*, a. a. O., S. 265.

Tabelle 5

Die Wohnungen der Bergleute auf den Zechen des Ruhrgebiets (1893)
(in %))

	Südliches* Revier	Nördliches** Revier
Hausbesitzer, die im eigenen Haus wohnen	14,77	8,02
Hausbesitzer, die zur Miete bzw. Untermiete wohnen	1,60	1,97
Bewohner von Dienstwohnungen	2,14	1,93
Hauptmieter in Kolonien (Zum Vergleich dasselbe 1900)	5,28 (7,76)	9,76 (13,10)
Sonstige Hauptmieter	53,94	49,47
Bewohner von Schlafhäusern	0,79	0,77
Einlieger (Untermieter, Schlafgänger)	21,49	28,06
Alle	100	100
% absolut	34 226	87 774

* Als Südlich: Dortmund-S., Witten, Hattingen, Bochum-S., Essen-S., Werden.

** Als Nördlich: Recklinghausen, Dortmund-O. und -W., Bochum-N., Herne, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Essen-O. und -W., Oberhausen.

Errechnet aus *Taeglichsbeck*, S. 6 – 15; vgl. *Hundt*, S. 9.

Kinder (3,24 im Durchschnitt), von denen 40 000 bereits selbst erwerbstätig waren, 23 000 zu versorgende Eltern oder Geschwister und – 73 000 Stück Vieh, vor allem Schweine und Ziegen. Fast jede fünfte Familie besaß ein Haus und/oder Ackerland⁵⁵. Das behagliche Bild dieser Hausbesitzer wird allerdings dadurch etwas getrübt, daß jeder sechste von ihnen gar nicht im eigenen Hause wohnte, sondern nach der Arbeit das Schicksal der Schlafgänger teilte, während seine Familie in seiner Kate irgendwo fernab im Lande wohnte und er sie vielleicht nur einmal im Monat besuchen konnte⁵⁶. Auch bei denen, die zuhause wohnten, sind z. T. erhebliche tägliche Fußmärsche von 10, 20 und mehr Kilometern statistisch verbürgt⁵⁷. Denn der Hausbesitz war überwiegend ein Erbe aus vorindustrieller Zeit, seltener eine Frucht industrieller Arbeit, und dieses Erbe konnte sich auch als Klotz am Bein erweisen, wenn es verhinderte, daß sich der Arbeiter auf der Suche nach den besten Verdienstmöglichkeiten mit der Industrie bewegte. Im südlichen Revier mit bergbaulicher Köttertradition und zahlreichen Nahwanderern war der Hausbesitz jedenfalls wesentlich mehr

⁵⁵ *Taeglichsbeck*, Belegschaft, S. 59.

⁵⁶ Im Einzelfall sind diese Quoten noch erstaunlicher: In Gelsenkirchen waren überhaupt nur 5 % der Bergleute Hausbesitzer, und nur wenig mehr als die Hälfte von ihnen wohnte auch wirklich im eigenen Haus. Hierzu wie auch zur Überfüllung der Zechenhäuser durch Untermieter vgl. *Gert Schäfer*, Lebensstandard und Wohnweise der Arbeiter in der Gemeinde Schalke, (MS) Essen 1975.

⁵⁷ Vgl. die Einzelnachweise in Tabelle V bei *Taeglichsbeck*, Belegschaft, S. XXXII ff. bzw. S. 70 ff.

verbreitet als im nördlichen Expansionsbereich, der seine Arbeitskräfte überwiegend durch großangelegte Umsiedlungen aus den östlichen Provinzen gewann⁵⁸.

Die Zechenkolonien, deren niedrige Häuser mit ihren charakteristischen langen Nutzgärten auf der Rückseite oft wie aneinandergereihte ländliche Einzelhäuser aussehen, aber gewöhnlich zwischen 2 und 8 Wohnungen enthalten, gingen auf ältere Traditionen fiskalischer Bergwerke zurück, die ihren Bediensteten zu Wohnungen verhalfen⁵⁹. Sie entwickelten sich jedoch zu einem zunehmend wichtigeren Instrument der Arbeitsmarktpolitik, um überhaupt Bergleute aus ländlichen Gebieten zu gewinnen⁶⁰ und sie zu einer Stammarbeiterschaft auszubilden, d. h. der Fluktuation entgegenzuwirken. 1873 wohnten ca. 7,4 % aller Bergarbeiter in Kolonien, 1893 ca. 8,5 %, 1900 ca. 11,6 %, und der Anteil stieg weiter⁶¹ – bezogen auf die verheirateten Bergarbeiter mit Familie dürfte sich der Anteil um $\frac{1}{5}$ bewegt haben. Der zunehmend größere Anteil der Zechenwohnungen im nördlichen Revier⁶² weist auf die Bedeutung der Kolonien als infrastrukturelle Vorleistung neuer Zechen hin. Um 1900 ließen sich bereits Stabilisierungserfolge erkennen: Während fast überall ein rasanter Belegschaftswchsel von durchschnittlich 50–70 % pro Jahr, in Einzelfällen sogar über 100 % zu verzeichnen war, trat unter den in Kolonien angesiedelten Bergleuten nur ein sehr geringer und zuweilen gar kein Arbeitsplatzwechsel ein⁶³. Wesentliches Stabilisierungsmittel war dabei die Verknüpfung von Arbeitsvertrag und Mietvertrag⁶⁴, so daß der Beharrungswunsch der Familien bremsend auf die Arbeitsmobilität zurückwirkte; häufig wurde das Wohnen hier jedoch auch als Privileg empfunden. So war es nie schwierig, neue Mieter zu finden, denn ein Großteil der Zechenhäuser war geräumiger, billiger und öfter von einem Garten umgeben als die Arbeiterwohnungen auf dem ›freien‹ Wohnungsmarkt⁶⁵.

58 Max Jürgen Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II., Düsseldorf 1954, S. 16 geht sogar – was zweifellos zu hoch gegriffen ist – davon aus, daß bis 1850 noch fast alle Bergleute ein eigenes Haus mit Garten hatten. Zur Ferneinwanderung ins Ruhrgebiet vgl. die Beiträge von Wehler und Hans Linde in Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, 2. Aufl., Köln/Berlin 1968, S. 437 ff. und verschiedene Studien in Wolfgang Köllmann, *Bevölkerung in der industriellen Revolution*, Göttingen 1974, S. 171 ff.

59 Schrittmacher war der preußische Bergfiskus in Oberschlesien und im Saargebiet, vgl. Otto Taeglichbecke, Die Beförderung der Ansiedlung von Arbeitern der Staatsberg-, Hütten- und Salzwerte durch die Gewährung von Bauvorschüssen und Bauprämien seitens des Preussischen Bergfiskus, in: *Die Verbesserung der Wohnungen*, S. 98 ff.

60 Diesen Gesichtspunkt betont vor allem Heinrich, S. 136 ff. Vgl. Stanislaus Wachowiak, *Die Polen in Rheinland-Westfalen*, Diss. München 1916.

61 Wie Anm. 52 f.

62 Am stärksten in den Bergrevieren Oberhausen und Dortmund II mit 32,4 bzw. 30,6% aller Bergmannshaushalte.

63 Vgl. die Zusammenstellungen bei Hundt, S. 33 ff. (Tabelle IV, Sp. 7); vgl. auch G. Schäfer, S. 55 ff.

64 Heinrich, S. 154 ff. In vielen Fällen erlosch das Mietrecht mit dem Ende des Arbeitsvertrags sofort, in anderen war die Räumungsfrist ins Belieben des Unternehmens gestellt; nur langsam wurde wenigstens bei ordentlichen Kündigungen des Arbeitsvertrages eine Räumfrist von vier Wochen zugestanden. Für Beispiele vgl. *Wohlfahrtseinrichtungen der Gußstahlfabrik von Fried. Krupp zu Essen a. d. Ruhr*, 3 Bde., 3. Ausg., 1902, T. 1, S. 167; *Verbesserung der Wohnungen*, S. 339 ff.

65 Die Vorzüge der Kolonien sind systematisch herausgestellt bei Martin Weisser, *Arbeiterkolonien. Über die Motive zum Bau von Arbeiterwohnungen durch industrielle Unternehmen im 19. und frühen 20. Jh. in Deutschland*, in: Petsch (Hrsg.), Bd. 2, S. 7 ff. Diese Vorzüge kamen aber erst nach der Entspannung des Wohnungsmarkts im Revier nach 1890 langsam zum Tragen; Schäfer, S. 52 kann z. B. durch eine Belegungsanalyse der Kolonie Sophienau in Schalke zeigen, daß das Unternehmen die Familien in den Zechenwohnungen in der Phase des größten Wohnungsengpasses 1885 so zusammengedrängte, daß in fast jeder zweiten Koloniewohnung zwei Familien lebten.

Während die Benutzung von Kasernen (Ledigenheimen, Schlafhäusern) zwischen 1873 und 1893 deutlich von 4 auf unter 1 % absank, blieb der Anteil der Bergleute am ›freien‹ Wohnungsmarkt (Hauptmieter, Untermieter, Schlafgänger) mit ca. $\frac{3}{4}$ ungefähr konstant. Der abnehmende Anteil an Eigenhausbesitzern wurde also durch den Bau der Kolonien kompensiert; dieser änderte jedoch nichts daran, daß die große Mehrzahl der Bergleute wie auch andere Arbeiter außerhalb der Industrieviere in ihrer Jugend Schlafgänger und nach der Familiengründung auf die Kleinwohnungen des privaten Spekulantentums angewiesen waren. Hier kamen auf einen Hauptmieter bei einer durchschnittlichen Familiengröße von etwa 5,4 Personen rd. 2,8 Räume (in Kolonien dagegen 3,5)⁶⁶. Will man die Wohndichte realistisch einschätzen, so muß dabei jedoch in Rechnung gestellt werden, daß auch ein Großteil der Einlieger und Schlafgänger wiederum in diesen Bergmannsfamilien unterkam – nach einer Teilauszählung für einige Zechen des Ruhrgebiets waren von allen Belegschaftsmitgliedern, die in Kolonien wohnten, nur $\frac{3}{5}$ Haushaltsvorstände, jedoch 17 % Söhne und 23 % Einlieger. Daraus lassen sich Durchschnittswerte von 0,62 Räumen je Person in den Kolonien und 0,5 am ›freien‹ Wohnungsmarkt errechnen⁶⁷. Solche Durchschnittsziffern sind natürlich immer trügerisch, weil sie die Spannweite der tatsächlichen Verhältnisse auf einer wenig aussagekräftigen Mitte zusammenziehen; erinnert man jedoch daran, daß der behördliche Maßstab dafür, ob eine Wohnung überfüllt sei, bei 4 und mehr Personen pro Raum (s. u.) lag, so erscheinen die Bergarbeiter um die Jahrhundertwende noch⁶⁸ gegenüber vielen anderen Arbeitern und der städtischen Armut als eine in ihren Wohnverhältnissen relativ begünstigte Schicht, allerdings benachteiligt durch den hohen Anteil der Familien mit Schlafleuten, der selbst in Berlin mit ca. 10 % niedriger lag.

2.2 Einkommen und Miete

Mindestens 80 % aller Arbeiter und in den Großstädten weit mehr waren nach den Berufserhebungen auf den spekulativen Mietwohnungsmarkt angewiesen. Angeheizt durch eine beständige Nachfrage, stiegen hier die Mieten beinahe kontinuierlich, und zwar weit stärker als die Baukosten⁶⁹. Z. B. verdreifachte sich annähernd die Mietbelastung pro Kopf der Bevölkerung in Berlin zwischen 1855 und 1895⁷⁰. Allgemein waren die Mieten auf dem Lande – infolge geringerer Nachfrage und entsprechend geringerer Bodenpreise – niedriger als in der Stadt. In beiden Fällen variierten sie jedoch beträchtlich sowohl regional wie strukturell. So lagen die durchschnittlichen Mietpreise um 1910 in Industriestädten wie Chemnitz und Barmen bei 250 Mark, in Verwaltungs- und Handelszentren wie Frankfurt, Köln, Düsseldorf und Kassel zwischen 340 und 540 Mark, während Berlin mit 720

66 Errechnet aus *Taeglichsbeck*, Belegschaft, S. 15.

67 Teilauszählung *ebda.*, S. X.

68 Für die frühe Nachkriegszeit scheinen Angaben für Bergbaustädte wie Bochum einen besonderen Wohnungsengpaß anzudeuten, vgl. *Lange – Kothe*, a. a. O.

69 Eine systematische Untersuchung der Wohnungsproduktionskosten wie des Baumarkts überhaupt fehlt. Schätzungen der Steigerung der reinen Baukosten zwischen 1880 und 1910 belaufen sich für einfache Wohngebäude auf 23 %; bei Berücksichtigung der durchschnittlich verbesserten Ausstattung auf 50 %. Vgl. vom Standpunkt der Hausbesitzer *Siegfried Ascher*, Die Wohnungsmieten in Berlin von 1880 – 1910, Berlin 1918, S. 42 ff. Ein Großteil der Wohnungsreformliteratur gründet jedoch auf der Erfahrung, daß nicht die Bau-, sondern die Bodenpreise und die Kapitalkosten die Variablen waren, welche die Mieten emportrieben und die Wohnungsstandards niedrig hielten. Früh zeigte dies schon der Direktor des königlich preußischen statistischen Bureaus Dr. *Engel*, Die moderne Wohnungsnoth. Signatur, Ursachen und Abhülfe, Leipzig 1873, S. 9 ff.

70 *Emmy Reich*, Der Wohnungsmarkt in Berlin von 1840 – 1910, München/Leipzig 1912, S. 126 f.

Mark die Spitze einnahm. Es gab jedoch auch Regionalzentren wie Dresden oder München (zwischen 260 und 300 Mark), die damals ein relativ billiges Pflaster waren⁷¹. Mobile Arbeiter mußten also auf ihrer Wanderschaft beständig eine Art Reallohnbestimmung machen, wo sie mit ihrer Haushaltsrechnung am besten hinkamen. Wenn Arbeiter aus dem Westen außer durch die Attraktion der Hauptstadt auch durch das im Reichsmaßstab höchste Lohnniveau nach Berlin gezogen wurden, so stellten sie spätestens dort fest, daß der Einkommenszuwachs von sowohl schlechteren als auch teureren Wohnungen aufgezehrt wurde⁷². Denn: »Die Wohnungsverteuerung in Deutschland kommt aus dem Osten«⁷³.

Von der Mitte der 1860er Jahre bis zur Jahrhundertwende läßt sich an dem Anteil, den die Miete von den Löhnen der einzelnen Einkommensstufen auffraß, im Trend deutlich zweierlei feststellen: 1. Je geringer das Einkommen, desto höher der Anteil, der für Miete verausgabt werden muß. 2. Je geringer das Einkommen, desto mehr wächst der Mietanteil über die Jahre, während er bei den sehr hohen Einkommen eher fällt; demgegenüber bleibt die Relation zwischen Miete und Einkommen beim Mittelstand weitgehend stabil. Tabelle 6 zeigt beide Zusammenhänge in einer lokalen Trenderhebung. Die erste Beobachtung ist

Tabelle 6

Miete und Einkommen
(Hamburg 1867–1901)

Jahreseinkommen M	Miete in % des Einkommens				
	1867/68	1873/74	1881/82	1890/91	1900/01
900– 1 200	19,8	20,9	21,9	24,1	24,7
1 200– 1 800	19,9	21,1	18,9	22,2	23,2
1 800– 2 400	20,3	20,9	19,5	22,1	21,6
2 400– 3 000	19,5	19,2	18,8	20,8	20,5
3 000– 3 600	19,6	19,0	17,9	19,1	19,2
3 600– 4 200	19,3	18,2	18,3	18,7	18,3
4 200– 4 800	18,9	17,4	17,2	17,9	17,4
4 800– 5 400	19,2	18,3	18,0	18,0	16,8
5 400– 6 000	18,2	16,7	18,5	17,4	16,6
6 000– 9 000	16,5	15,7	17,3	15,7	15,1
9 000–12 000	15,4	16,4	16,1	14,2	13,1
12 000–18 000	13,0	12,1	13,7	11,6	10,9
18 000–30 000	10,4	9,3	11,2	9,4	8,4
30 000–60 000	6,7	7,4	8,1	6,2	6,0
über 60 000	3,7	3,8	3,9	3,3	3,0

Quelle: *Gretzschel*, S. 631.

71 *Gretzschel*, S. 631. Daß das regionale Element wichtiger ist als das strukturelle, zeigt die dortige Aufschlüsselung des Anteils der Miete an den ganzen Haushaltsausgaben, welche in abgeflachter Form demselben Trend folgt.

72 *Ebda.* Nach einer Stichprobenhaushaltsuntersuchung bei Familien bis zu 3000 Mark Einkommen entfielen in Berlin 22,8 % der Gesamtausgaben auf die Wohnung, in typischen westdeutschen Städten blieb der Anteil bei ca. 15 bis 17 % mit Spitzen in einigen Handelszentren wie Frankfurt, Altona oder Düsseldorf (19 bis 20 %).

73 *Eberstadt*, Handbuch, S. 158.

schon 1867 vom Leiter des Berliner Statistischen Amtes gemacht und zu seinem sog. Schwabeschen Gesetz formuliert worden, das sich vor der Staatsintervention im Wohnungsmarkt und z. T. selbst danach noch bewährte⁷⁴. In den großen Städten machten im Budget der ungelerten Arbeiter die Wohnungsausgaben zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{3}$ aus, in dem der Facharbeiter zwischen $\frac{1}{5}$ und $\frac{1}{4}$. Im Mittelstand mußte man um $\frac{1}{6}$ des Einkommens für Miete aufwenden, während sich die Quote bei der Oberschicht sehr schnell bis auf einen Betrag unter $\frac{1}{20}$ ermäßigte⁷⁵. In der Erfahrung der kommenden Jahrzehnte verschärfte sich dieser Trend insbesondere für jene Teile der städtischen Armut, zu denen die ungelerten Arbeiter zählten.

Tabelle 7

Durchschnittlicher Preis pro Wohnraum in Mark (1910)

	Kleinwohnungen			Mittelwohnungen				Großwohnungen		
	Zahl der Räume			Zahl der Räume				Zahl der Räume		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M
Breslau	174	—	96	139	163	195	222	238	—	—
Cöln	119	105,5	103	120	144	167	188	—	—	—
Dresden*	117	85,5	80	84	98	119	145	173	192	206
Düsseldorf	119	129,5	133	147	165	189	202	—	—	—
Königsberg	147	99	104	130	170	197	209	221	225	266
Leipzig*	104	86	73	75	87	105	123	144	161	—
Magdeburg	97	73	65	83	99	109	122	141	156	174
München	146	117	112	106	144–202	200	—	—	—	—
Nürnberg	118	82,5	75	75	111	—	—	—	—	—
Posen	125	96	104	126	134	148	167	185	191	199

* Angabe für 1905.

Quelle: *Gretzschel*, S. 616 f.

Die kleinsten Wohnungen (ein heizbares Zimmer mit oder ohne Zubehör) erwiesen sich als die teuersten, nicht nur im Verhältnis zum Einkommen ihrer Bewohner, sondern auch absolut⁷⁶. Legt man den Mietzins auf die Zimmerzahl der Wohnungen um, so lassen sich in Tabelle 7 für viele Städte eigentümliche Kurven ausmachen, wonach der Zimmerpreis in einer Einzimmerwohnung sehr teuer war, für Zwei- und insbesondere Dreizimmerwohnungen zurückging, um bei bürgerlichen Wohnungen (5 bis 6 Zimmer) wieder die Höhe der

74 Für die beste neuere Zusammenfassung vgl. *Heinrich*, S. 45 ff.; daneben *Gretzschel*, S. 627 ff.; *Eberstadt*, Handbuch, S. 149 ff.; *J. Kuczynski*, Bd. 3, S. 397 und 437 f.

75 Schätzung bezogen auf das Einkommen des Mieters, nicht das Familieneinkommen. Neben den o. a. Zusammenstellungen vgl. *Emil Weber*, Einkommen und Wohnkosten, in: HdW, S. 217; *R. R. Kuczynski* in: Vierteljahresberichte des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, Jg. 8, H. 2, S. 45 ff.; sowie *Reichsarbeitsblatt*, Jg. 9, H. 5, S. 365 ff.; *Meerwarth*, a. a. O., S. 811 ff.; abweichende Angaben, welche die höchste Relation zwischen Einkommen und Miete beim Kleinbürgertum ausweisen, bei *Pohle*, Bd. 2, S. 159 f.; *Ascher*, S. 97 ff. und neuerdings für Köln *Friedrich-Wilhelm Henning*, Die Stadterweiterung unter dem Einfluß der Industrialisierung (1871 – 1914), in: *Hermann Kellenbenz* (Hrsg.), *Zwei Jahrtausende Kölner Wirtschaft*, Köln 1975, S. 344.

76 *Gretzschel*, S. 613 ff.

Einraumwohnungen zu erreichen und sie bei den repräsentativsten Etablissements zu übertreffen. Hieraus ist zu schließen, daß die Preisunterschiede pro Zimmer im Bereich der Kleinwohnungen nur wenig mit deren Ausstattungen oder Lage zu tun hatten, sondern mit einem amerikanischen Buchtitel auf die Formel gebracht werden können: *The Poor Pay More*⁷⁷. Die Einzimmerwohnungen hatten die höchste Belegungsfrequenz. Damit begründeten die Grundbesitzer ihre Mietpreisgestaltung: Die ärmsten Familien, die selten über ein ständiges Einkommen verfügten, nutzten mit ihren großen Familien die kleinen Wohnungen am stärksten ab; außerdem seien sie am häufigsten zahlungsunfähig, was zu Mietverlust, Exmittierung, Erhöhung des Wohnungswechsels und leerstehenden Wohnungen führe. Für diese Nachteile müsse sich der Vermieter durch eine erhöhte Miete schadlos halten⁷⁸. Für die untere Arbeiterschicht bedeutete dies, daß sie den erhöhten Mietpreis durch erhöhte Belegung auf eine erträgliche Pro-Kopf-Quote herunterdividieren mußte, dadurch aber den Argumenten der Vermieter neue Nahrung gab und außerdem durch die Überfüllung Rückwirkungen auf die Stabilität der Familie hinnehmen mußte, die sie immer wieder in dieselben Verhältnisse zurückwarfen.

Der andere verschärfende Zusammenhang besteht darin, daß nach Haushaltsrechnungen für die ärmsten Schichten die Addition der notwendigen Nahrungsmittel mit dem Mietzins für eine Einzimmerwohnung bereits die Höhe der Einnahmen ausmachte, wenn nicht übertraf⁷⁹. Wie Tabelle 8 zeigt, haben deshalb bei steigender Kopfzahl der Familien die Ausgaben für die Wohnung nicht etwa steigende, sondern fallende Tendenz⁸⁰. Der zusätzliche Aufwand für die Ernährung von Kindern konnte durch den Mitverdienst Heranwachsender nicht kompensiert werden. Er mußte vielmehr an der Miete eingespart werden, sei es dadurch, daß man trotz vermehrter Familiengröße keine größere Wohnung suchte, oder daß man sogar in eine kleinere Wohnung umzog oder in der alten Wohnung die Baby-nahrung durch einen Kostgänger finanzieren ließ. Erst bei etwas höheren Einnahmen und kleiner Kinderzahl ergab sich eine Lücke zur Befriedigung sonstiger Bedürfnisse. Und da mit wachsendem Einkommen der Nahrungsmittelfaktor in absoluten Größen nur mäßig wuchs und der Mietanteil relativ sank, ergab sich hier ein Dispositionsspielraum, dessen Nutzung trotz seiner gewöhnlich geringen Größe in der Perspektive erhebliche Differenzierungen zuließ: Ob er mit Bierkonsum gefüllt oder z. B. als Bildungsinvestition genutzt wurde, entschied darüber, ob er sich weiter öffnete oder schloß. Allgemein gesprochen, heißt dies, daß erst in dem Ensemble von höherem Einkommen, stabilerer Arbeitsbeziehung und etwas größerer Wohnung sich die Bedingung der Möglichkeit individueller Leistungsorientierung auftat, während sich der Kampf am Subsistenzniveau als ein *Circulus vitiosus* ohne Perspektive darstellte.

77 *David Caplovitz, The Poor Pay More. Consumer Practices of Low-Income Families, New York 1967.*

78 Vgl. z. B. das Referat des Oberbürgermeisters von Mönchen-Gladbach und Vorstandsmitglieds der Haus- und Grundbesitzervereine in der Wohnungsreformdebatte des Vereins für Socialpolitik 1886 (SVSP, Bd. 33, S. 21 ff.). Er meinte, Wohnungswucher betreffe »meist Fälle, wo es sich um den Auswurf der menschlichen Gesellschaft handelt, wo das Vermieten an diese Personen an sich Ekel erregend und mit vielen Schwierigkeiten verknüpft ist, indem das Einkommen dieser Personen gleich Null ist und daher allerdings im Mißverhältnis zu dem, was sie zahlen müssen, steht«. Bei ihnen müsse man die Gerichtskosten für die Beitreibung der Miete schon bei ihrer Festsetzung miteinkalkulieren (vgl. Anm. 203 und 204).

79 Darauf hat schon *Engel*, S. 11 aufmerksam gemacht.

80 Dies wurde auch für Hannover gezeigt von *K. Seutemann*, Einfluß der Familienstärke auf das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete, in: *Zeitschrift für Verwaltung und Statistik* 4, 1914, H. 2.

Tabelle 8

Miete, Ausgaben und Familiengröße

Kopfgahlgruppen	Familien mit... Personen										überhaupt
	2	3	4	5	6	7	8	9	10		
Zahl der Familien	74	150	197	205	112	66	30	14	3	851	
Ausgaben	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	0/0	
für Nahrungs- und Genußmittel	40,6	44,1	44,7	46,8	44,7	48,6	50,7	50,9	58,2	45,5	
für Kleidung, Wäsche, Reinigung	12,1	11,5	12,6	12,6	13,3	13,4	12,7	15,7	12,1	12,6	
für Wohnung und Haushalt	20,8	19,9	18,5	17,5	16,8	16,2	15,4	13,2	12,9	18,0	
für Heizung und Beleuchtung	4,0	4,2	4,2	4,0	4,0	3,9	4,3	3,4	3,2	4,1	
für Sonstiges	22,5	20,3	20,0	19,1	21,2	17,9	16,9	16,8	13,6	19,8	
Ausgaben insgesamt in M	2 060,96	2 031,85	2 132,07	2 265,88	2 524,15	2 396,62	2 335,19	2 809,45	2 749,79		

Aus: *Gretzschel*, S. 632 f. nach Stichprobenhaushaltsrechnungen minderbemittelter Familien durch das Kaiserliche Statistische Amt.

2.3 Umzugshäufigkeit

Eines der charakteristischsten Elemente der Parallelität von Industrialisierung und Urbanisierung ist die Mobilität der Arbeitskräfte. Daß sich die Bevölkerung zentraler Orte sowie der Industrieagglomerationen durch Nah- und Fernwanderung aufbaute, ist wohl bekannt⁸¹. Weniger bekannt ist, daß diejenigen, die sich niederließen, nur einen Bruchteil der Wanderer ausmachten: Die meisten, die kamen, gingen wieder. Die Städte waren nicht nur Ziele, sondern auch Etappen der Fernwanderung auf der Suche nach einem bleibenden Niederlassungsort. Auch ein hoher Anteil junger Alleinstehender mit schnell wechselnden Beschäftigungen gehört hierher, die in den Industrierevieren zahlreichen ›Gastarbeiter‹⁸² und schließlich jenes mit den Jahreszeiten zwischen Stadt und Land zyklisch fluktuierende Potential, das Raphael Samuel in ›Comers and Goers‹ für London beschrie-

Tabelle 9

Zugänge, Abgänge und Umzüge innerhalb ausgewählter Städte 1890–1910 pro Jahr, bezogen auf die jeweilige Stadtbevölkerung in ‰

	Berlin	Breslau	Essen	Köln	Halle/S.
1890:					
+	11,70	16,27	19,27	13,55	19,95
—	8,47	14,31	15,83	10,84	13,25
○	56,43	58,72	—	—	22,99
Summe	76,60	89,30	—	—	56,19
1900:					
+	13,66	15,86	22,07	16,51	21,76
—	10,42	13,71	28,20	16,33	19,73
○	38,94	48,92	41,32	41,56	20,90
Summe	63,02	78,49	91,59	74,40	62,39
1910:					
+	12,71	13,85	18,73	14,06	19,63
—	12,70	12,90	17,70	13,69	18,71
○	—	40,14	45,60	38,73	31,15
Summe	—	66,89	82,03	66,48	69,49

+ = Zugänge

— = Abgänge

○ = Umzüge innerhalb der Stadt

Quelle: *Statistisches Jahrbuch deutscher Städte* 1, S. 53 f.; 2, S. 37 f.; 10, S. 105; 19, S. 65 f.

81 Vgl. für viele *Wolfgang Köllmann*, Der Prozeß der Verstädterung in Deutschland in der Hochindustrialisierungsperiode, in: *ders.*, Bevölkerung, S. 125 ff.

82 Hinweise auf die internationale Arbeitermigration vor dem Ersten Weltkrieg gibt *V. Merx*, Ausländische Arbeitskräfte im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik. Eine Gegenüberstellung, in: *Wirtschaftspolitische Chronik*, Nr. 1, S. 65 ff.; Zahlen fürs Revier bei *Paul Wiel*, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets, Essen 1970, S. 71 f. (vgl. Anm. 184).

ben hat⁸³. Insgesamt gehörten wohl $\frac{1}{10}$ bis $\frac{1}{5}$ der Einwohner der Städte zu diesen nicht oder noch nicht seßhaften Unterschichten⁸⁴.

Wie aus Tabelle 9 ersichtlich, ist für diese Phase der Urbanisierung aber die innerurbane Mobilität noch sehr viel charakteristischer als die zwischen Stadt und Land bzw. zwischen den Städten. Innerhalb der Städte, für die entsprechende Daten vorliegen, zogen pro Jahr $\frac{2}{5}$ der Bevölkerung und mehr um. Eine vergleichbare schichtspezifische Auszählung fehlt zwar⁸⁵, aber schon Schwabe hat 1876 für Berlin das Verhältnis von Mietwert einer Wohnung und Umzugshäufigkeit errechnet. Danach fand jährlich in 42,3 % aller Wohnungen ein Umzug statt: In der Masse der Wohnungen bis zu einem Mietwert von 100 Talern waren es jedoch 45,9 %, und von hier nahm die Umzugshäufigkeit umgekehrt proportional zum Mietwert stetig ab, bis sie bei über 1000 Talern bei 24 % angekommen war⁸⁶. Bei dem bereits belegten Zusammenhang zwischen Miete, Wohnungsgröße und Berufsstellung kann demnach durchaus idealtypisch einem eingesessenen Bürgertum eine ständig mobile arbeitende Klasse gegenübergestellt werden. Daß sich die innerstädtische Fluktuation bei ungelerten und gelernten Arbeitern, abgesunkenen Handwerkern und persönlichen Dienstleistungen am stärksten konzentrierte, reflektiert vor allem die Kurzzeitigkeit der meisten Beschäftigungsverhältnisse⁸⁷, deren Wechsel sich in einer Zeit, als die Masse der schlechter bezahlten Arbeiter an einen Arbeitsweg außer zu Fuß nicht denken konnte, unmittelbar in

83 In: *Dyos/Wolff*, Bd. 1, S. 123 ff.

84 Vgl. die jährlichen Zu- und Abgänge in Tabelle 9, wobei die Dunkelziffer bei den unteren Schichten den Anteil der oberen an den An- und Abmeldungen kompensieren dürfte.

85 Die Fluktuation in den Mietwohnungen war außerordentlich und konzentrierte sich bei den Einkommensgruppen der ungelerten und gelernten Arbeiter, wie selbst die Zahlen des durch einen hohen Anteil an Werkwohnungen untypischen Essen im Jahr 1900 zeigen:

Wohnungsart und Verdienst des Haushaltsvorstandes pro Jahr	N	Es wohnten 1900 in %		
		bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	länger
Eigentümer- und Dienstwohnungen	3 831	10,42	9,32	80,27
davon %: - 900 M		11,28	7,84	9,95
900 - 1500 M		29,07	20,45	20,98
mehr		59,65	71,71	69,07
Werkwohnungen	5 475	18,98	10,59	70,42
davon %: - 900 M		17,55	19,76	27,97
900 - 1500 M		71,81	65,29	49,29
mehr		10,64	14,95	22,74
Mietwohnungen	27 309	39,60	19,31	41,09
davon %: - 900 M		27,37	21,41	23,07
900 - 1500 M		65,21	64,81	50,25
mehr		7,42	13,78	26,68

Quelle: *Die Wohnungsverhältnisse in der Stadt Essen nach der Aufnahme vom 1. 12. 1900*, III. Teil, in: *Beiträge zur Statistik der Stadt Essen*, H. 4, 1902, Tabelle 9 und 11.

86 *E. Reich*, S. 59.

87 Vgl. *Richard Ehrenberg*, Schwäche und Stärkung neuzeitlicher Arbeitsgemeinschaften, in: *Archiv für exakte Wirtschaftsforschung (Thünen Archiv)* 3, 1911, S. 431 ff.; *David Crew*, *Industry and Community. The Social History of a German Town, 1860 - 1914*, Ph. D. Diss. Cornell University 1974; *Rudolf Heberle*, *Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung*, Leipzig 1937, S. 121 ff., 198.

eine erhöhte Umzugsfrequenz umsetzte. Tabelle 10 zeigt den jährlichen Arbeitskräfteumschlag in einigen Bereichen der Montanindustrie an der Ruhr.

Tabelle 10

Arbeitskräftewechsel in der Montanindustrie

Jahre	Krupp*		Bochumer Verein		Zechen im Ruhrgebiet		Bergrevier Duisburg*	
	Zugang ‰	Abgang ‰	Zugang ‰	Abgang ‰	Zugang ‰	Abgang ‰	Zugang ‰	Abgang ‰
1896	36	25	60	40	49	50	—	—
1897	47	32	58	52	59	45	87	52
1898	49	39	62	51	59	49	83	60
1899	52	44	63	59	63	51	—	—
1900	45	45	58	65	68	52	96	74
1901	24	33	23	40	54	47	—	—
1902	14	21	18	26	48	44	98	73
1903	31	23	47	40	58	48	86	69
1904	54	35	45	40	54	48	78	62
1905	59	40	66	56	38	34	61	48
1906	48	45	79	64	57	49	82	68
1907	34	44	82	69	71	56	86	70
1908	36	33	41	60	63	58	72	67

* Krupp ist hier als Unternehmen mit »geringem« Arbeitskräftewechsel, das Bergrevier Duisburg mit zahlreichen jungen Zechen als ein stark fluktuierender Bereich ausgewählt.

Quelle: *Ehrenberg*, S. 450.

Daneben lagen Ursachen für die Umzugshäufigkeit auch im Wohnungsmarkt selbst: Auf Elemente wie Umzug in eine kleinere Wohnung wegen Familienzuwachs wurde bereits hingewiesen. Exmittierungen wegen Zahlungsunfähigkeit waren bei unständiger Arbeit häufig. In den Werkwohnungen mußte man ausziehen, sobald die Kündigung vorlag. Wenn die Hausbesitzer sich überspekuliert hatten und viele Leerwohnungen in der Baisse zu günstigeren Preisen angeboten wurden, konnten die Arbeiterfamilien, die noch Arbeit hatten und sich während der Zuwanderung in einer Aufschwungphase mit einem miesen, teuren Loch zufriedengegeben hatten, um überhaupt unterzukommen, eine preiswertere Wohnung suchen. Die anderen rückten mehr zusammen oder zogen ab. In Berlin schwankten 1879 bis 1894 die jährlichen Wohnungswechsel zwischen 64,7 ‰ und 43 ‰, und zwar umgekehrt proportional zu der Entwicklung der Leerwohnungsziffern und zum allgemeinen Konjunkturverlauf⁸⁸. Auch war es in der Zeit, als ganze neue Stadtviertel erbaut wurden, üblich, im Sommer neu erbaute Wohnungen (noch untapeziert) den Winter über ärmeren Mietern für einige Monate zum »Trockenwohnen« zu überlassen, um sogleich an eine Rendite zu kommen, während respektable Mieter einen Bezug noch ablehnten⁸⁹. Zum

⁸⁸ *Reich*, S. 59.

⁸⁹ *Ernst*, Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Bevölkerungsklassen in der Stadt Elberfeld, in: *SVSP* 31, 1886, S. 237 ff. Nach diesem Bericht konnten die Vermieter, wenn sie eine Familie wegen Mietschulden exmittiert hatten, einfach auf die Möbel Regreß nehmen. Vom »Trocken-

Quartal und insbesondere zu Ostern brach in den Städten eine allgemeine Volkswanderung mit allen Habseligkeiten auf dem Handkarren aus. Der Volksmund seufzte: »Zehnmal umziehen ist wie einmal abgebrannt«.

Der unstete Bevölkerungsteil machte dem »eingesessenen« Bürgertum Sorgen. Ein Großteil der sozialpolitischen Bemühungen in der Wohnungsfrage kreiste um das Problem, die Arbeiter sesshaft zu machen. Undifferenzierte Postulate verweisen auf eine allgemeine, in der Großstadtkritik sich am deutlichsten niederschlagende Angst vor einer anonymen Masse fluktuierender Armer und Arbeiter⁹⁰. Konkreter stellte sich das Problem für viele Unternehmer. Eine totale Sesshaftigkeit der Arbeitskräfte lag gewiß nicht in ihrem Interesse, weil dadurch der Druck, Arbeitskräfte auch in der Rezession beizubehalten, wie auch die Belastung des gemeindlichen Armenetats gestiegen wären. Beschäftigungslose Arbeiter sah man gerne abwandern, und die Konkurrenz der zuwandernden senkte das Lohnniveau. Auf der anderen Seite drückten die hohen Kleinwohnungsmieten auch die Löhne empor, und die extreme Fluktuation wirkte den Versuchen zur betrieblichen Disziplinierung entgegen. Auch bestand Interesse an einer Stamarbeiterschaft, die – den Unternehmen verpflichtet – innerbetriebliche Führungsaufgaben am Arbeitsplatz übernehmen und durch ihre Dauer Spezialisierungskosten niedrig halten sollte. Es war ein sich zunehmend durchsetzender Gesichtspunkt gerade bei den Großunternehmen, daß die Investitionen, die im Reproduktionssektor zur Stabilisierung eines solchen Kerns eingesetzt wurden, sich in der Produktion voll auszahlten⁹¹. Später wurde dieser Gedanke in der Weltwirtschaftskrise sogar dahingehend erweitert, daß für die Stamarbeiterschaft Kleinsiedlungen mit landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben errichtet oder gefördert werden sollten, so daß diese als Selbstversorger dem Betrieb treu blieben, selbst wenn dieser zeitweilig ihren Lohn kürzte oder strich⁹².

2.4 Wohndichte

Wie der hohe Anteil an sehr kleinen Wohnungen bereits zeigte, ist für die Zeit des Kaiserreichs neben der Mobilität die Wohndichte der brauchbarste Indikator in der Arbeiterwohnungsfrage. Er ist in der Wohnungsstatistik überwiegend über spezifisch bürgerliche Indikatoren behandelt worden (Bevölkerungsdichte bzw. Behausungsziffer⁹³) und wird erst durch Rückschlüsse in seiner sozialen Bedeutung einschätzbar, da eine Untergliederung nach sozialen Gruppen in aller Regel unterblieb. Man kann sich diesem Problem über allgemeine Durchschnittswerte, die den Vorteil der Repräsentativität mit der Unterschlagung der innergesellschaftlichen Polarisierung verbinden, oder über die Untersuchung von Extremwerten nähern. Hier sei zunächst mit dem letzten begonnen, weil eine Münchner Aufgliederung der Bewohner, der Mietsteigerung und der sog. überfüllten Wohnungen auf die

wohnen« durch die »ärmsten Leute unter den Armen« berichtet z. B. *Paul Ebert*, *Der Bauschwindel und die Wohnungsnot in Hamburg*, in: *Hamburger Volksblatt* von Aug. 1892 (zit. nach *Spörhase*, *Bau-Verein*, S. 148).

90 *Fr. Fabri*, *Die Wohnungsnot der Arbeiter in Fabrikstädten und deren Abhilfe*, Elberfeld 1862, S. 31 ff. gibt an, daß in Elberfeld zum 1. Mai eigens Andachten abgehalten wurden, wohl mehr aus Angst vor den umziehenden Armen und Arbeitern als aus Anteilnahme.

91 *Heinrich*, S. 134 ff.; *Weisser*, a. a. O.

92 *Walter Bolz* (Hrsg. für Krupp und Siemens), *Nebenerwerbssiedlungen für Kurz- und Vollarbeiter*, Berlin 1934; *Josef Schröder*, *Die Möglichkeiten der Nebenerwerbssiedlung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk*, Münster 1935.

93 Unter Bevölkerungsdichte ist die Anzahl der Bewohner je qkm zu verstehen, unter Behausungsziffer diejenige je Grundstück oder Haus.

Tabelle 11

Wohnungsüberfüllung, Mietensteigerung und Stellung im Beruf in Münchner Stadtteilen
(1895–1900)

		Stadtteil Münchens					
Von 100 der angegebenen Berufsgruppe wohnten im Stadtteil:		Altstadt	Maxstadt	Ludwigsstadt	Ostend	Westend	
	N						
(1895)	Selbständige	(42 236)	17,0	24,0	31,0	15,5	12,0
	Gehilfen	(59 462)	11,5	21,0	29,0	20,5	18,0
	Tagelöhner	(38 535)	9,5	15,5	22,5	26,0	26,5
(1900)	Überfüllte Wohnungen in % aller Wohnungen*		1,0	1,8	2,0	4,4	5,2
(1895– 1900)	Mietwertsteigerung in %		17,0	16,0	21,0	42,0	50,0

* Als überfüllt galten 1 Raum mit 4 und mehr Bewohnern, 2 Räume mit 7 und mehr, 3 Räume mit 11 und mehr.

Quelle: *Joseph v. Renauld*, Beiträge zur Entwicklung der Grundrente und Wohnungsfrage, Leipzig 1904, S. 61, 120, 106.

Stadtteile den Zusammenhang der bisher besprochenen Strukturmerkmale verdeutlicht (Tabelle 11). Zunächst unterstreicht diese Tabelle noch einmal die soziale Gemengelage in den älteren deutschen Städten und die Zwischenstellung der Facharbeiter und handwerklichen Gehilfen. Bei Berücksichtigung der graduellen Unterschiede erweisen sich Ostend und Westend als die Konzentrationsgebiete der Arbeiter, und zwar insbesondere der Tagelöhner. Diese beiden – im Vergleich mit den anderen – neueren Stadtviertel hatten zwar im Schnitt die kleineren und billigeren Wohnungen, zugleich jedoch mit Abstand die höchsten Mietsteigerungen und mehr als doppelt so viele »überfüllte« Wohnungen, was angesichts der absurden Definition, daß in einem Zimmer über vier Personen wohnen müssen, damit es als überfüllt gelten kann, nur als die Spitze eines Eisbergs zu betrachten ist. Es war das Verdienst R. R. Kuczynskis⁹⁴, diesen Eisberg in einer Art agitatorischen Statistik für Berlin sichtbar gemacht zu haben: Sein Ergebnis, in der Reichshauptstadt lebten 600 000 Menschen zu fünft und mehr in einem Zimmer, machte Schlagzeilen, mochte es auch von den Anwälten des Grundbesitzes⁹⁵ zerpfückt werden.

Weniger zuverlässig ist der Zugang zur Wohndichte über die Ergebnisse der spätestens seit der Jahrhundertwende in den meisten Städten praktizierten Wohnungsinspektion, da diese immer nur einen Teil der Wohnungen aufsuchte und die Kriterien ihrer Auswahl nicht aus-

94 Vgl. *R. Kuczynski*, Die Aufgaben der Groß-Berliner Wohnungspolitik, in: *Fragen der kommunalen Sozialpolitik in Groß-Berlin*, Bd. 2, Jena 1912, S. 1 ff.; nach *Jürgen Kuczynski*, René Kuczynski, ein fortschrittlicher Wissenschaftler in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Berlin – DDR 1957, S. 35 ff. formulierte er für ein verbotenes, von Käthe Kollwitz gezeichnetes Plakat den Slogan: »In Groß-Berlin wohnen 600 000 Menschen in Wohnungen, in denen jedes Zimmer mit 5 und mehr Personen besetzt ist«.

95 Vgl. z. B. *Georg Haberland*, Der Einfluß des Privatkapitals auf die bauliche Entwicklung Groß-Berlins, Berlin 1913.

wies. Außerdem galt sie bei Hausbesitz und Mietern als Polizei (denn sie konnte Wohnungen für unbewohnbar erklären, wovor sich beide Teile fürchteten), so daß bei ihrem Anrücken die Wohnungen »gewienert« und die Belegung zumindest um alle nicht Angemeldeten vermindert wurde⁹⁶. Hier seien zusammenfassende Daten der Wohnungsinspektion im Regierungsbezirk Düsseldorf mitgeteilt, weil ihre Ergebnisse in typische Gruppen geordnet werden können. Die bemängelten Wohnungen, deren Verhältnisse in Tabelle 12 dargestellt werden, stellen 1,5 % des Gesamtwohnungsbestands des Regierungsbezirks dar, und

Tabelle 12

Schlechte Wohnungen im Regierungsbezirk Düsseldorf
(Wohnungsinspektion ca. 1910)

	Alle Städte und Kreise ¹	ländlich ² (Nieder-rhein)	urbanisiert ³			links-rheinisches Gebiet
			Düssel-dorf Stadt	Ruhr-gebiet	Bergi-sches Land	
Wohnungen insgesamt	493 027	23 247	72 732	201 498	135 190	45 390
Davon: inspiziert %	22,6	37,4	46,8	12,0	22,6	21,1
Von den Inspizierten bemängelt (in %)	6,3	10,5	1,7	11,3	4,5	10,3
<i>Bemängelte Wohnungen:</i>						
Personen pro Wohnung	6,5	7,1	5,4	6,5	6,1	7,0
Räume pro Wohnung	3,9	4,6	2,7	3,4	4,2	4,4
Wohnungen ohne eigenen Abort %	71,0	42,2	88,3	64,2	75,9	**
Raumgröße (Durchschnitt qm)	12,4	9,6	13,7	14,0	12,1	11,7
Mietpreis pro Jahr und Raum in Mark	55,84	42,10	99,76	66,97	44,06	52,56
Personen pro Raum	1,68	1,54	2,00	1,92	1,44	1,58
Bett pro Familienmitglied ⁴	0,44	0,44	0,52	0,32*	0,52	0,49

* Aus Mülheim und Oberhausen liegen keine Angaben über Schlafgänger vor; der Ansatz ist also zu hoch. Allerdings ist der Ansatz dieser Zeile wohl generell zu hoch, da außerordentlich geringe Schlafgängerquoten (außer in Duisburg) den Wohnungsinspektoren angegeben wurden.

** Offenbar Schreibfehler im Original: Prozentuierung ergibt über 100 %.

1 Außer den im folgenden Genannten sind hier auch erfaßt: Düsseldorf-Land, Grevenbroich, Kempen.

2 *Ländlich*: Kleve, Dinslaken, Geldern, Moers, Rees.

3 *Urbanisiert*: Düsseldorf Stadt.

Ruhrgebiet: Duisburg, Essen-Land und -Stadt, Hamborn, Mülheim/Ruhr, Oberhausen.

Bergisches Land: Barmen, Elberfeld, Lennep, Mettmann, Remscheid, Solingen-Land (keine Erhebungen in Solingen-Stadt im Berichtsjahr).

Linksrheinisch: Krefeld-Land und -Stadt, M. Gladbach-Land und -Stadt, Neuß, Rheydt.

4 Bei den Betten wurde für jeden Einlieger ein Bett abgezogen; die restlichen Betten wurden durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt. Die Ziffer für das Ruhrgebiet zeigt aber, daß offenbar bei Schichtarbeit die Betten umschichtig an Schlafgänger vermietet wurden.

Quelle: Undatierte Zusammenstellung der Wohnungsinspektionen der einzelnen Kreise (ca. 1910) in Reg. Düsseldorf, Nr. 11284 (Staatsarchiv Düsseldorf).

zwar einen Ausschnitt aus den 6 bis 7 0/0 schlechtesten⁹⁷. Neben den durchschnittlichen Ergebnissen interessieren vor allem die Unterschiede zwischen dem ländlichen Niederrhein und den hochurbanisierten Gebieten (Düsseldorf, Ruhrgebiet), während die beiden weiteren Spalten einen älteren, mehr mittelständischen Unbanisierungstyp, vermischt mit ländlichen Gebieten, ausweisen. Auf dem Land mit seinem älteren Baubestand sind die Wohnungen verhältnismäßig groß, aber die einzelnen Räume sehr klein. Die Miete ist billig: In zwei Räumen wohnen im Durchschnitt drei Personen, und für fast jede zweite gibt es ein Bett; d. h. die hier lebenden Familien sind sehr arm, die Qualität der Wohnungen ist baulich schlecht. Aber das Wohndichteproblem ist noch relativ erträglich, insbesondere weil unterstellt werden darf, daß ein hoher Anteil der Wohnungen in kleinen Häusern gelegen ist (Mehrheit hat eigenen Abort). In der Stadt sind die Wohnungen kleiner, aber die Räume größer und zu $\frac{2}{3}$ und mehr in großen Mietshäusern mit Gemeinschaftsabort auf dem Treppenabsatz oder im Hof⁹⁸ gelegen. Die Mietpreise sind sehr viel höher und entsprechend die Belegung: Zwei Räume werden hier von vier Personen bewohnt, die zwei Betten zur Verfügung haben – außer im Ruhrgebiet, wo mindestens drei Familienmitglieder sich ein Bett teilen mußten wegen des wesentlich erhöhten Anteils an Schlafgängern⁹⁹.

Wie oben gezeigt, wurde der Mietzins in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beträchtlich erhöht, sowohl im Verhältnis zur Wohnungsgröße wie zum Einkommen der ärmeren Bewohner, insbesondere der Tagelöhner, Heimarbeiter etc. Entsprach dies einer allgemeinen Verschlechterung der Lage am Wohnungsmarkt, oder kaufte mehr Miete auch mehr Raum? Solche Trendaussagen sind nur für einzelne, größere Städte (nicht aber zum Beispiel für die Industriedorf-Agglomerationen der Industriebezirke) möglich. Durch den Definitionswechsel – hier geht es wieder um heizbare Zimmer und nicht um Räume überhaupt wie in der letzten Tabelle – bricht die Reihe zudem 1905 ab. Tabelle 13 gibt eine klare, aber zwiespältige Antwort. Mit der Ausnahme Breslaus 1890 geht der Trend der Belegungsziffer überall substantiell zurück. In den 40 Jahren beschleunigter Industrialisierung und Urbanisierung hat sich die städtische Verdichtung dort, wo sie am empfindlichsten spürbar war, nämlich in den einzelnen Räumen der typisch proletarischen Wohnungen (bis zu zwei heizbare Zimmer) durchgehend um rund eine von drei bis vier Personen ermäßigt. Zwar ist die Belegung eines heizbaren Zimmers und vielleicht noch einer Kammer mit zwei bis drei Personen immer noch ein Notstand, aber von den Bewohnern her gesehen kann es kein Zweifel sein, daß für sie die Verwandlung des älteren Pauperismus in industrielle Lohnarbeit und der Ausbau der Städte einen konkreten Fortschritt in ihrer Lebenshaltung mit sich brachten. Zugleich wird diese Aussage auch noch durch die unterschiedlichen Belegungsziffern in den einzelnen Städten unterstützt: Die höchsten Werte haben jene in der östlichen Hälfte Deutschlands gelegenen Städte mit verhältnismäßig geringer industrieller Absorptionskraft, die einem besonders hohen Bevölkerungsdruck an Zu- und Durchwanderern aus den Ostprovinzen ausgesetzt waren (vgl. 3.1).

97 Die Wohnungsinspektionen wurden offensichtlich je nach dem verfügbaren Personal trotz genauer Vorschriften nach Umfang und Intensität unterschiedlich praktiziert. Auch verbessern bereits früher durchgeführte Untersuchungen die Werte in den Städten gegenüber dem Land. Deshalb sind auch in diesem engen Bereich die Werte nicht durchweg vergleichbar.

98 In $\frac{1}{4}$ der Fälle mußte ein Abort von mehr als zehn Personen benutzt werden.

99 Dies galt insbesondere für Duisburg, das als größter Binnenhafen und Umschlagplatz für die Immigration von Westen ins Ruhrgebiet über seine industrielle Struktur hinaus durch spezielle Zentralitätsfunktionen ausgezeichnet war.

Tabelle 13

*Entwicklung der Bevölkerung in Kleinwohnungen (bis zu 2 heizbaren Zimmern)
(1861–1905, ausgewählte Städte)*

1 = Bewohner von Kleinwohnungen (% der Gesamtbevölkerung)

2 = Personen pro heizbarem Zimmer in Kleinwohnungen

Stadt		Bevölkerungs- zuwachs der Gesamt- bevölkerung in %								
		1861/67*		1875		1890		1905		
		1	2	1	2	1	2	1	2	
Berlin	Hauptstadt	377	68,9	3,54	71,8	3,12	73,1	2,94	74,7	2,63
Breslau	} ostelbisch	196			63,6	2,76	74,8	2,97	71,6	2,60
Königsberg		220	74,1	3,71			77,0	3,45	73,7	3,00
Leipzig	} kommerziell	563	45,8	3,67	46,4	2,92	41,3	2,66	57,4	2,50
Hamburg		354	65,8	3,02	58,0	3,02	55,6	2,76	47,6	2,41
Chemnitz	industriell	414	83,5	3,38	—	—	—	—	52,1	2,08
Hannover	} Regional- zentrum	—	—	—	—	—	67,9	2,96	62,4	2,53
München		—	—	—	—	—	51,0	2,57	56,6	2,40

* Die Angaben dieser Spalte stammen teilweise aus dem Jahr 1861 und teilweise aus dem Jahr 1867. Quellen: Neeffe, S. 175, 187 ff.; Evert, S. 160; Lindemann, S. 286 ff.; Statistisches Jahrbuch deutscher Städte 16, S. 439 ff.

Umgekehrt zu dieser Abnahme der Verdichtung im einzelnen Raum verläuft der Anstieg des Anteils der Kleinwohnungen an allen Wohnungen¹⁰⁰. Dahinter verbirgt sich zweierlei: einmal die Reduktion eines immer größeren Bevölkerungsanteils auf proletarische Wohnverhältnisse, was nur zum geringeren Teil auf das Absinken älterer städtischer Handwerkschichten, primär jedoch auf das überproportionale Wachstum der zuwandernden un- und angelernten Arbeiter im Rahmen des zwei- bis fünfeinhalbfachen Bevölkerungswachstums in den einzelnen Städten zurückzuführen ist. Stadtextension und Anstieg des Kleinwohnungsanteils kumulieren sich zur Verdichtung der Bebauung durch hohe Mietshäuser, den Ausbau der Hinterhöfe¹⁰¹ und die Verbannung aller einer maximalen Bodenverwertung hinderlichen Vegetation aus der Stadt. Diese Verdichtung kommt in der sog. Behausungsziffer – der Anzahl der durchschnittlich in einem Haus oder auf einem Grundstück wohnenden Personen – wesentlich prägnanter zum Ausdruck. Sie war in Deutschland unvergleichlich höher als z. B. in England¹⁰². Dies wie auch ihr Ost-West-Gefälle im Reich (vgl. Tabelle 14) deutet die nur geringe Korrelation dieser Verdichtungsvariante mit dem Fak-

¹⁰⁰ Vgl. den Trend in den Spalten 2 der Tabelle 13.

¹⁰¹ Für eine zusammenfassende Statistik der Wohnungen nach der Geschoßhöhe und der Lage in Vorder- und Hinterhäusern vgl. Eberstadt, Handbuch, S. 138; für nähere Aufschlüsselungen vgl. die in Anm. 36 zit. Werke.

¹⁰² Hier variierte die Behausungsziffer um die Jahrhundertwende zwischen 4 und 9; vgl. J. Kaup, a. a. O., S. 818.

Tabelle 14

Behausungsziffern 1895–1905

Stadt	Einwohner 1905	Auf 1 Gebäude Einwohner		
		1895	1900	1905
			a) 1–10 Bewohner	
1. Bremen	214 861	—	7,84	7,96
			b) 10–20 Bewohner	
2. Crefeld	110 344	14,23	13,96	13,48
3. Straßburg	167 678	—	16,97	16,10
4. Aachen	144 095	17,30	17,44	16,25
5. Cöln	428 722	14,76	15,82	16,41
6. Braunschweig	136 397	—	18,05	17,35
7. Barmen	156 080	18,21	18,36	18,46
8. Frankfurt a. M.	334 978	17,82	18,71	18,75
9. Essen	231 360	16,90	18,73	18,92
10. Elberfeld	162 853	18,35	18,87	—
11. Altona	168 320	20,13	19,48	19,65
12. Nürnberg	294 426	—	19,49	—
13. Stuttgart	249 286	—	21,06	19,46
			c) 20–30 Bewohner	
14. Düsseldorf	253 274	18,69	20,00	20,09
15. Dortmund	175 577	19,09	19,86	20,48
16. Hannover	250 024	19,27	20,36	20,98
17. Danzig	159 648	21,06	20,34	21,47
18. Mannheim	163 693	—	22,16	23,75
19. Halle a. S.	169 916	20,13	20,83	23,92
20. Kiel	163 772	21,98	23,85	26,91
21. Cassel	120 467	23,96	24,89	27,04
22. Leipzig	503 672	—	27,84	27,64
23. Dresden	516 996	—	28,68	27,69
			d) 30–60 Bewohner	
24. Chemnitz	244 927	—	30,14	30,29
25. Königsberg	223 770	30,29	32,42	30,31
26. Magdeburg	240 633	31,31	32,83	35,23
27. München	538 983	—	36,61*	36,53*
28. Hamburg	802 793	33,59*	35,59*	36,81*
29. Stettin	224 119	30,02	38,54	37,34
30. Posen	136 808	39,44	39,12	43,03*
31. Breslau	470 904	51,22*	53,29*	51,97*
			e) über 60 Bewohner	
32. Charlottenburg	239 559	—	60,07*	64,78*
33. Berlin	2 040 148	71,15*	77,00*	77,54*

* Ziffern der Grundstückszählung, nicht der Gebäudezählung.
Quelle: Eberstadt, S. 132.

tor Industrialisierung an. Auch die Einwohnerzahl ist nicht die bestimmende Variable. Um so stärker hängt ihre Höhe mit langfristigen Faktoren wie Dauernachfrage durch Zuwanderungsdruck, Ausübung von Zentralitätsfunktionen, geringer Entwicklung breiter bürgerlicher Mittelschichten und der Beharrung in traditionellen Strukturen der Stadtentwicklung zusammen.

2.5 Wohnen und Krankheit

Die Stadthygiene ist – neben der Angst vor der Mobilität und Zusammenballung des Proletariats – die früheste Triebkraft der Wohnungsreform in England¹⁰³ wie in Deutschland¹⁰⁴ gewesen. Durch sie wurde jenes destruktive Modell der Stadtsanierung angeregt, das auch heute noch nichts von seiner Aktualität verloren hat¹⁰⁵. Vor allem in den Altstädten, den bevorzugten Operationsgebieten der Hygienereformer, bedeutete ihre Regsamkeit oft eine unmittelbare Gefährdung des Wunsches gerade der Tagelöhner und kleinen Handwerker, in zentraler Lage ein Unterkommen zu finden, um wechselnde Beschäftigungschancen ohne die kostspielige Benutzung von Verkehrsmitteln und ohne Familienumzug wahrnehmen zu können¹⁰⁶. Sozialhygieniker haben wieder und wieder versucht, ungesunde Wohnungen zu definieren und den statistischen Nachweis zu erbringen, daß bestimmte Wohnungstypen (Mietskaserne, Dach- und Kellerwohnung) Brutstätten der Krankheit seien. Den allermeisten dieser Untersuchungen ist jedoch eine überzeugende Isolierung des Faktors Wohnung bei der Korrelationsanalyse von Sterblichkeitsstatistiken¹⁰⁷ nicht gelungen. Schon der Vergleich der Mortalitätsraten bei städtischer und ländlicher Lebensweise ist im allgemeinen stets zugunsten der ersten ausgefallen, hat im besonderen jedoch höhere Sterblichkeit bei Männern zwischen 30 und 70 in Städten erbracht, was zweifellos nicht auf die Woh-

103 Vgl. *M. W. Flinn* (Hrsg.), *Edwin Chadwick, Report on the Sanitary Condition of the Labouring Population of Gt. Britain*, Edinburg 1965; *William Ashworth, The Genesis of Modern British Town Planning*, London 1954, Kap. 3 f.

104 Da in Deutschland die polizeiliche Tradition bereits vor der großen Urbanisierungswelle über ausgiebige Eingriffs- und Regulierungsinstrumente verfügte, hat es hier keine große öffentliche Debatte wie in England um public health gegeben. Im einzelnen hat die Abwehr von Feuer- und Gesundheitsgefahren die öffentliche Baupolitik der 2. Hälfte des 19. Jh. bestimmt. *Spörhase*, Bau-Verein, S. 5 ff., 124 ff. betont die Bedeutung des großen Feuers 1842 und der Cholera-Epidemie von 1892 für die Sanierungs- und Bau-Projekte. Vgl. auch *H. Speckter*, Die großstädtischen Sanierungsmaßnahmen Hamburgs seit der 2. Hälfte des 19. Jhds., in: *Zeitschrift für Raumforschung und Raumordnung* 6, 1967, S. 257 ff. Der vielgeschmähte Berliner Erweiterungsplan von 1858 – 1862 (vgl. *Werner Hegemann*, *Das Steinerne Berlin*, Wiederdruck Berlin u. a. 1963, S. 207 ff.), dessen breite Straßen und tiefe Baublöcke die Hinterhofwohnungen der Mietskasernen geradezu erheischten, wurde von seinem Erfinder u. a. damit begründet, daß dadurch auf ökonomisch gangbare Weise die Kanalisierung der Straßen ermöglicht werde: *James Holbrecht*, Über öffentliche Gesundheitspflege und Bildung eines Central-Amtes für öffentliche Gesundheitspflege im Staate, Stettin 1868. Die von den Kommunen im Kaiserreich allenthalben erlassenen Wohnungsordnungen und die Einrichtung der Wohnungsinspektion sind ebenfalls polizeiliche Auswirkungen sozialhygienischer Absichten. Dieses wichtige Thema ist leider verschenkt in *Albert Buff*, *Bauordnung im Wandel*, München 1971.

105 Epochenmachend waren die Haussmannschen Boulevard-Durchbrüche in Paris, die u. a. von militärischen Erwägungen geleitet waren, weil sich die engen Altstadtviertel als Bastionen des Barrikadenkampfes erwiesen hatten. Vgl. *Roger-H. Guerrand*, *L'évolution de l'habitation sociale*, Paris 1967, S. 63 ff.; *Anthony Sutcliffe*, *The Autumn of Central Paris. The Defeat of Town Planning 1850 – 1970*, London 1970, S. 11 ff.; *David H. Pinkerey*, *Napoleon III and the Rebuilding of Paris*, London 1958.

106 Vgl. *Gareth Stedman Jones*, *Outcast London: A Study in the Relationship between Classes in Victorian Society*, Oxford 1971, Kap. 8 ff.

107 Vgl. z. B. die Zusammenstellung bei *Kaup*, a. a. O., S. 852 – 857.

nung, sondern auf die Arbeit zurückzuführen ist¹⁰⁸. Lange Zeit wurden auch viele Statistiken über den Zusammenhang zwischen zu kleinen bzw. überbelegten Wohnungen und der Mortalität von Tuberkulosekranken verbreitet, bis ein genauere Statistiker nachwies, daß sehr viele von diesen zwar in minderwertigen Wohnungen gestorben waren, aber zur Zeit der Entstehung ihrer Krankheit in besseren gelebt hatten¹⁰⁹. Der Zusammenhang war also umgekehrt: Die Krankheit hatte den wirtschaftlichen Ruin der Familie mit sich gebracht und sie in ein billiges Quartier vertrieben, dessen allgemeine hygienische Verhältnisse nun allerdings den Krankheitsverlauf beschleunigten. Solche Hinweise sollen keineswegs den vielfach belegbaren Zusammenhang von Armut und Ausbeutung mit Krankheit und frühem Tod¹¹⁰ verniedlichen, sondern vor der Augenwischerei warnen, als sei das Elend mit dem Abbruch seiner Gehäuse beseitigt.

Soweit es sich um ansteckende Krankheiten handelte, lag der verursachende Zusammenhang nicht so sehr in der Wohnungsmorphologie als in der Wohndichte. Je mehr Personen in einem Raum lebten, sich ein Bett teilten oder denselben Abort benutzten, desto geringer war die Chance, hygienische Verhältnisse aufrechtzuerhalten oder herzustellen, und um so häufiger war der Kontakt zwischen Infizierten und Gesunden. In Einzimmerwohnungen z. B. konnte man einen Kranken nicht isolieren, so daß gerade Kinder ständig mit ihm in Berührung kamen¹¹¹. Da aber die Arbeiter am meisten die sehr kleinen Wohnungen innehatten und diese am dichtesten belegten, weil ihr Lohn ihnen keinen Spielraum ließ, waren sie die Hauptbetroffenen von diesem Infektionszusammenhang, der dann z. B. auch für

Tabelle 15 Die Cholera in Hamburger Stadtbezirken (1892)

Nr. des Stadtbezirks	Von 100 Bewohnern des Stadtbezirks waren (in %) waren		Personen pro Raum in Kleinwohnungen bis 3 heizbaren Zimmern	Durchschnittliche Sterberate pro 1000 Bewohner 1885/90	An der Cholera-Epidemie 1892 (pro 1000 Bewohner)	
	Arbeiter	Selbständ.			erkrankten	starben
I	18,6	5,9	2,07	22,6	53,3	20,8
III	14,3	6,5	2,70	22,4	42,2	18,5
VII	11,7	3,5	2,17	28,0	61,7	24,4
VIII	10,1	5,0	1,99	24,1	34,6	19,2
VI	8,7	4,5	1,76	17,7	35,9	16,1
V	4,9	6,9	1,84	19,7	23,8	10,9
IV	3,6	9,8	1,42	—	23,8	10,3
II	2,5	13,8	1,88	13,0	26,6	8,1

Quelle: Spörhase, S. 136, 139, 141.

108 C. Flügge, Großstadtwohnungen und Kleinhaussiedlungen in ihrer Einwirkung auf die Volksgesundheit, Jena 1916, S. 14 ff.

109 Winkler, Über Tuberkulose und Wohnung, in: Zeitschrift für Tuberkulose 22, 1914, S. 315 – 42. Vgl. Flügge, S. 41 ff.

110 Vgl. Dirk Blasius, Geschichte und Krankheit, in: Geschichte und Gesellschaft 2, 1976, S. 386 ff., bes. S. 398 ff.

111 Flügge, S. 103 ff.

Tuberkulose und mehrere Kinderkrankheiten galt. Besonderes Aufsehen erregte die Choleraepidemie in Hamburg 1892¹¹², wo eine entsprechende Erhebung für die innere Stadt diese Beziehungen nachwies (Tabelle 15).

In der Hauptsache muß der Einfluß des Wohnens auf die Gesundheit der Arbeiterfamilien aber wohl nicht so sehr in der Auslösung spezifischer akuter Erkrankungen gesucht werden als vielmehr in der Begünstigung chronischer Krankheiten, in der Behinderung der konstitutiven Entwicklung und in der Verweigerung der Erholung. Mangel an Licht und Luft, Überhitzung im Sommer¹¹³, Ofenrauch oder Kälte im Winter, der Wasserdampf in überbelegten Wohn-Schlafräumen, die gleichzeitig als Küchen verwendet wurden, führten zur Anfälligkeit insbesondere für Erkältungskrankheiten, zu Niedergeschlagenheit, zu schlechtem Schlaf und Depressionen¹¹⁴, die häufig über Alkoholmißbrauch wieder unmittelbar auch auf die physische Gesundheit – und nicht nur die eigene – zurückwirkten. Bei Unterernährung oder Überarbeitung verstärkten schlechte Wohnungen den Gesundheitsverfall. Bei Bettlägerigkeit waren überbelegte Kleinwohnungen mit ihrem Mangel an Ruhe und Sauberkeit und ihrem beständigen Kontaktzwang mehr als ein Sargnagel. In diesen Zusammenhang unwägbarer Rahmenbedingungen eines sich selbst reproduzierenden Elends gehören dann auch die abträglichen Wirkungen baulicher Verdichtung und des Wohnens vier oder fünf Treppen hoch: unzureichender Spielraum für Kinder, keine Bewegungsmöglichkeit an der frischen Luft, die geringe Wahrscheinlichkeit, daß Mütter mit Kleinkindern auf so beschwerliche Weise nach draußen gingen, zumal bei einem Mangel an Grünflächen »draußen« nichts lockte, oder die Beschwerlichkeit des Treppensteigens für alte Leute¹¹⁵. Auch die vielen Fußmärsche, die auf dem Weg zur Arbeit, zum Markt, zur Schule zurückzulegen waren, boten kaum Ausgleich, da sie in den Industrieagglomerationen durch eine zunehmend verschmutzte Luft¹¹⁶, in den Großstädten durch ein dichtes Verkehrsgewühl und durch einen Geruch von Rauch, Abwässern und Pferdemit führten.

3. WACHSTUM, URBANISIERUNGSTYPEN UND WOHNUNGSSTRUKTUR

Die bisherige Argumentation, die an systematische Aspekte der wohnungsstatistischen Überlieferung anknüpfte, muß ein Fleckenteppich bleiben: Sie macht Zusammenhänge deutlich, aber die in ihr aneinandergereihten Problembereiche selbst bleiben ohne jenen Zusammenhang, aus dem sich entnehmen ließe, ob es Beispiel- oder Sonderfälle sind. Der zweite Schritt dieser Untersuchung soll deshalb zunächst einen Indikator finden, anhand

112 L. v. Halle / G. Koch / F. Wolter, Die Cholera in Hamburg in ihren Ursachen und Wirkungen, Hamburg 1893.

113 Vgl. den Bericht bei Flügge, S. 36 ff. über lokalstatistische Untersuchungen, die auf eine erhöhte Säuglingssterblichkeit durch Hitzestau und Brechdurchfall im Sommer in solchen Wohnungen hindeuten, die direkt unter dem Dach lagen oder nicht durch frische Luft gekühlt werden konnten.

114 *Ebda.*, S. 75 ff.

115 *Ebda.*, S. 102 f. Dabei war die Bauhöhe der Mietskasernen ein widerspruchsvoller Reflex einer anderen sanitären Maßnahme, denn die Gebäudehöhe regelte sich nach der Straßenbreite.

116 Während Wasserverunreinigung und ein Mangel an frischer Luft in der Wohnung allgemein beklagt wurden, wurde die Belästigung durch industrielle Immission verhältnismäßig selten zum Problem gemacht. Vor allem Fremde berichten aber in ihren Reiseberichten regelmäßig über die Luftverpestung. Der »rauchende Schornstein« war ein wirtschaftliches Vitalitätssymbol; im Industrieviertel gab es zahlreiche, offenbar durchaus stolz gemeinte Ansichtspostkarten, die sich heute wie Agitationsmaterial der Umweltschützer ansehen.

dessen sich die Wohnungsverhältnisse im ganzen Reich, wenn auch nur grob, vergleichen lassen. In der Verknüpfung mit Trenddaten zur Urbanisierung und Industrialisierung soll dabei der Frage nachgegangen werden, ob kapitalistisches Wachstum unter Marktbedingungen, d. h. vor dem Wirksamwerden intensiver Staatsintervention, im Ergebnis zur Lösung der Wohnungsfrage beitrug oder ob es das Elend der arbeitenden Klasse erhöhte¹¹⁷. Von hier aus werden dann die ermittelten regionalen Unterschiede auf Urbanisierungstypen in der Zeit der Hochindustrialisierung zurückgeführt, deren Zusammenhang mit einer jeweiligen spezifischen Struktur und Morphologie des Wohnens schließlich beispielhaft skizziert werden soll.

3.1 Wohnungsverhältnisse im interregionalen Vergleich

Ein Vergleich der Wohnverhältnisse im Reich, der sich nicht nur auf großstädtische Verhältnisse konzentrieren will, muß bei der Datenaufbereitung mit einer Reihe von Hilfskonstruktionen arbeiten, um die unterschiedliche Wohndichte als den sozial wichtigsten der überhaupt rekonstruierbaren Indikatoren herauszuarbeiten. Wie in 2.1 dargelegt, wohnte die Masse der Arbeiter in Wohnungen mit ein bis drei Räumen (plus Küche); umgekehrt wurde auch der größere Teil dieser Wohnungen von Arbeitern (Gehilfen, Industriearbeiter, Tagelöhner, Dienstmädchen und anderes Gesinde) belegt. Der Anteil dieser Wohnungen in allen Gemeinden des Reiches über 5000 Einwohner läßt sich zum erstenmal in der Reichswohnungszählung vom Mai 1918 greifen, die einen Baubestand untersucht, der grob mit dem der letzten Vorkriegsjahre gleichgesetzt werden kann¹¹⁸. In Tabelle 16 sind in den Spalten 4–7 die entsprechenden Anteile am Gesamtwohnungsbestand ausgewiesen. Die soziale Signifikanz liegt jedoch nicht im Baubestand selbst, sondern in seiner Belegung. Kombiniert mit der letzten Auszählung der Bevölkerung für die Gemeinden über 5000 Einwohner aus dem Jahre 1910¹¹⁹ ergibt sich eine Wohnungsbelegungsziffer (Spalte 8), die bei entsprechender Gewichtung der Wohnungsgrößen in einen Index (Spalte 9) – hier ausgedrückt als Abweichung vom Reichsdurchschnitt (516) – umgerechnet werden kann, der Wohnstruktur und -dichte in Beziehung setzt¹²⁰. Hohe positive Werte deuten auf einen hohen Anteil sehr kleiner überbelegter Wohnungen, hohe negative Zahlen auf das Vorherrschen einer weniger dichten Belegung gewöhnlich größerer Wohnungen.

117 In diesem Aufsatz wird auf eine Analyse des Baumarkts und der Entstehung der sog. Staatsintervention (Wohnungsgesetzgebung) verzichtet. Hierzu hoffe ich in absehbarer Zeit durch eine Analyse des non decision making in der preußischen Wohnungsgesetzgebung und einen europäischen Vergleich der Arbeiterwohnungsfrage Beiträge zu leisten.

118 *Reichswohnungszählung im Mai 1918 (Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 287, 1–2)*, Berlin 1919. Der Wohnungsbau, der im Krieg praktisch zum Erliegen kam, war bereits in den letzten drei Vorkriegsjahren stark zurückgegangen.

119 *Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches 1915*, S. 5. Die Wohnungsbelegungsziffer ergibt sich bei Division der Anzahl der Wohnungen durch die Anzahl der Wohnbevölkerung in Gemeinden über 5000 Einwohner je Provinz bzw. Land.

120 Im Index sind – um die Verzerrung der unterschiedlichen Wohnungsgrößen in den Wohnungsbelegungsziffern auszugleichen – die Anteile der Einzimmerwohnungen mit dem Faktor 3 gewichtet, der Zweizimmerwohnungen mit dem Faktor 2 und der Dreizimmerwohnungen mit dem Faktor 1. Die Summe der gewichteten Anteile (= gewichteter Kleinwohnungsanteil) wurde mit der Wohnungsbelegungsziffer multipliziert und das Ergebnis als Abweichung vom Reichsdurchschnitt ausgedrückt. Dieser künstliche Wohndichteindex, der, grob gesprochen, um so höhere positive Werte zeigt, je schlechter die Wohnungsverhältnisse waren, enthält eine Reihe von Fehlerquellen (Ungleichzeitigkeit der herangezogenen Wohnungs- und Bevölkerungsdaten; Unterstellung gleichmäßiger und richtiger Erfassung von Bevölkerung und Wohnraum, schematische Gewichtung). Angesichts des Mangels an vergleichbaren statistischen Grundlagen erscheint er jedoch als die beste Näherungslösung.

Tabelle 16
Wohnungsstruktur in den Ländern und Provinzen*

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Bevölkerung in Gemeinden über 5000 Einwohner			Wohnungen in urbanisierten Gebieten		Gebieten		Personen	
	ins- gesamt in Mio. 1910	% der Ge- samtbef- völkerung 1910	Wachstum seit 1875 (Basisjahr) in %**	1	2	3	1-3	pro Wohnung	Index**
				Räumen und Küchen in % aller Wohnungen		mit			
Deutsches Reich	60,6	55,5	181 = 0	20,5	28,5	21,5	70,5	3,67	516 = 0
Ostpreußen	2,0	27,0	— 50	32,0	33,5	16,0	81,5	4,02	+ 208
Westpreußen	1,6	32,8	— 55	30,5	36,5	14,5	81,5	3,94	+ 190
Berlin	2,0	100,0	— 67	43,0	34,0	11,5	88,0	3,37	+ 183
Brandenburg	3,5	65,9	+ 126	26,5	36,0	15,5	78,0	2,86	— 40
Pommern	1,7	37,0	— 100	16,0	43,0	19,0	78,5	3,60	+ 39
Posen	2,0	24,7	— 14	41,0	23,5	15,0	80,0	3,84	+ 198
Schlesien	4,9	49,2	— 18	51,5	24,0	11,5	86,5	3,70	+ 271
Sachsen	3,0	55,0	— 64	10,0	33,0	27,0	70,0	3,67	— 65
Schleswig-Holstein	1,5	50,4	— 17	6,0	34,5	29,5	70,0	3,54	— 104
Hannover	2,8	40,6	— 10	5,0	17,0	32,5	54,5	3,70	— 214
Westfalen	3,6	70,0	+ 251	18,0	29,5	18,0	65,5	3,83	— 17
Hessen-Nassau	2,1	47,7	+ 22	8,0	26,0	30,0	64,0	3,67	— 126
Rheinprovinz	6,4	74,2	+ 16	20,5	26,0	17,5	64,0	3,81	— 17
Preußen (gesamt)	37,3	56,4	+ 6	25,0	29,5	18,5	73,0	3,62	+ 36
Bayern	6,5	37,5	— 16	21,0	24,0	23,0	68,0	3,89	+ 6
Königreich Sachsen	4,5	75,8	+ 12	17,5	28,0	24,5	69,5	3,46	— 58
Württemberg	2,3	54,3	— 37	5,0	22,0	36,0	63,0	4,01	— 136
Baden	2,0	49,5	+ 34	10,5	29,5	28,0	68,0	3,89	— 57
Großherzogtum Hessen	1,2	39,4	+ 11	7,5	28,0	31,0	66,5	3,86	— 91
Hansestädte Lübeck	0,1	94,2	— 61	6,0	31,0	31,0	68,5	3,43	— 132
Bremen	0,3	100,0	— 44	6,0	23,0	32,5	61,5	3,42	— 184
Hamburg	0,9	97,4	+ 15	4,5	31,5	33,5	69,5	2,99	— 189
andere	5,5	50,8	— 39	12,5	25,5	25,0	62,5	4,17	— 48

* Zu Quellen und Indexberechnung vgl. Text-Anm. 118, 119, 120.
 ** Ausgedrückt als Abweichung vom Reichsdurchschnitt.

Tabelle 17

Urbanisierung, Industrialisierung und Wohnstruktur im Regionalvergleich*

	1	2	3	4	5	6
	Urbanisierung		Industrialisierung	Index für Anteil und Belegung der Kleinwohnungen 1910/18	Wohndichte 1910	Behausungsziffer Veränderung gegenüber 1871
	Wachstum 1875-1910 in %	Bevölkerung in Gemeinden über 5000 Einwohner Anteil an Gesamtbevölkerung 1910 in %	Index für Erwerbstätigen- und Betriebsgrößenentwicklung in Industrie und Gewerbe 1875-1907			
1. Deutsches Reich	0 = 181	55,5	0 = 1 251	0 = 516	9,3	+ 1,6
2. Hauptstadtregion						
a) Berlin	- 67	100,0	+ 501	+ 183	55,6	- 1,5
b) Brandenburg	+ 126	65,9	- 190	- 40	12,6	+ 3,1
3. Hansestädte						
a) Lübeck	- 61	94,2	+ 896	- 132	8,9	+ 0,4
b) Bremen	- 44	100,0	+ 1 224	- 184	8,1	+ 1,4
c) Hamburg	+ 15	97,4	+ 1 255	- 189	20,3	+ 7,4
4. Industrielle Provinzen						
a) Schlesien	- 18	49,2	+ 108	+ 271	10,6	+ 2,0
b) Sachsen	- 64	55,0	+ 124	- 65	8,6	+ 0,8
c) Westfalen	+ 251	70,0	+ 616	- 17	10,5	+ 3,0
d) Rheinprovinz	+ 16	74,2	+ 507	- 17	9,1	+ 2,0
5. Mittelstaaten						
a) Bayern	- 16	37,5	- 153	+ 6	7,7	+ 1,6
b) Sachsen (Kgr.)	+ 12	75,8	+ 505	- 58	12,14	+ 4,6
c) Württemberg	- 37	54,3	+ 58	- 136	7,0	+ 0,4
d) Baden	+ 34	49,5	+ 17	- 57	8,0	+ 0,9
6. Agrarische ostelbische Provinzen						
a) Ostpreußen	- 50	27,0	- 654	+ 208	9,7	- 0,6
b) Westpreußen	- 55	32,8	- 640	+ 190	10,2	- 0,2
c) Pommern	- 100	37,0	- 489	+ 39	10,0	- 0,7
d) Posen	- 14	24,7	- 693	+ 198	10,2	- 0,4

* Zu Quellen und Index vgl. Text-Anm. 118 - 124.

Im Ergebnis sind die Wohnverhältnisse mit der Ausnahme Brandenburgs in allen ostelbischen Provinzen schlecht bis sehr schlecht und im Durchschnitt in Preußen schlechter als in allen anderen Regionen des Reiches, von denen Bayern als der größte Flächenstaat noch am schlechtesten dasteht. Auffällig ist weiterhin, daß die Urbanisierungsregionen mit dem stärksten Bevölkerungswachstum, nämlich das Ruhrgebiet (Prov. Westfalen) und das Berliner Umland (Prov. Brandenburg), daneben die Rheinschiene in ihrer ganzen Länge, das Königreich Sachsen und die Stadtregionen von Frankfurt und Hamburg, durchweg überdurchschnittlich günstige Wohnverhältnisse zeigen (vgl. Spalten 2, 3 und 9). Die am stärksten industrialisierten Bereiche liegen jedoch nur wenig über dem Durchschnitt. Am günstigsten nehmen sich die Verhältnisse in den kleineren Hansestädten, in Württemberg, Hessen-Nassau und in den beiden wenig entwickelten norddeutschen Provinzen aus. Das Gemeinsame dieser Regionen scheint eine bürgerlich-gewerbliche Entwicklung in Klein- und Mittelstädten mit einem breiten Mittelstand zu sein¹²¹.

Unter Hinzunahme zweier weiterer Indikatoren lassen sich in Tabelle 17 die eben entwickelten Zusammenhänge zwischen Wohnungsstruktur und Urbanisierungsgrad vertiefen, wobei die berücksichtigten Regionen auf fünf wesentliche Gruppen reduziert werden. Die Behausungsziffer (Spalte 5) ist hoch, wenn viele große Mietgebäude mit zahlreichen Stockwerken und einem oder mehreren Hinterhäusern errichtet wurden, niedrig bei einer Wohnstruktur in Katen, Einfamilien- und kleineren Mehrfamilienhäusern¹²². Sie ist sehr hoch nur für Berlin. Eine mittlere Gruppe wird von Hamburg angeführt und reicht über Sachsen und das Umland von Berlin sowie das Ruhrgebiet bis zu allen ostelbischen Provinzen. Der Rest zeigt Werte, die einen sehr hohen Anteil an Ein- und Zweifamilienhäusern an der städtischen Bebauung voraussetzen. Interessant ist auch noch der Trend (Spalte 6): In Berlin wie in allen ostelbischen Provinzen (außer im Berliner Umland) geht die Behausungsziffer zurück, d. h. die Stadtentwicklung führt hier zu einer relativen baulichen Auflockerung, während überall sonst die Entwicklung zur Verdichtung drängt¹²³. Diese ostelbischen Auflockerungstendenzen erklären sich daraus, daß hier bereits vor der Reichsgründung die dichteste städtische Bebauung in Deutschland zu finden war.

Wesentlich schwieriger ist es, den Industrialisierungsgrad einer Region am Vorabend des Ersten Weltkriegs und ihre Industrialisierungsdynamik im Kaiserreich durch einen Indikator zu beziffern. Hohe negative Werte signalisieren in dem hier gewählten Index (Spalte 3) einen niedrigen und auf kleingewerblicher Basis beruhenden Industrialisierungsgrad, hohe positive Werte hingegen eine mit dem Zug zum Großbetrieb verbundene starke industrielle Expansion¹²⁴. Zunächst bestätigt dieser Indikator die Aussagen, die zuvor an-

121 Zur Interpretation der Gründe vgl. 3.2.

122 Zur Definition vgl. Anm. 93. Die Behausungsziffer für 1871 in *Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches* 1880, S. 1; für 1910 *Gretzschel*, S. 593. Die Veränderung ist abweichend von Gretzschel nicht in %, sondern absolut ausgedrückt.

123 Siehe unten 3.2.

124 Im einzelnen errechnet sich der hier wieder als Abweichung vom Reichsdurchschnitt ausgedrückte Index wie folgt: Quote der Erwerbstätigen im Gewerbe in % der Einwohner 1875 multipliziert mit dem Wachstum dieser Quote bis zur Gewerbebezahlung 1907, wobei für die Anteilsberechnung hilfsweise die Bevölkerungszählung von 1910 herangezogen wurde. Zu diesem Ergebnis wurde das Produkt aus der durchschnittlichen Betriebsgröße (Personen je Betrieb) 1875 und ihrem Wachstum bis 1907 in % von 1875 addiert. Die Entwicklung der Erwerbstätigenquote wird wesentlich stärker gewichtet als die Entwicklung der Betriebsgröße, da in unserem Zusammenhang nicht so sehr die Arbeiter in großbetrieblichen Branchen als vielmehr Arbeiter überhaupt interessieren. Quellen: *Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1880*, S. 58; *für 1915*, S. 1 und 68 f. (Bei der Betriebsgrößenberechnung wurden nur Hauptbetriebe berücksichtigt).

hand der Urbanisierungsquote und ihrer Entwicklung gemacht wurden. Mit einer vergrößernden Formel läßt sich sagen, daß sich mit zunehmendem Industrialisierungsgrad auch die Verhältnisse im Kleinwohnungswesen des Proletariats im langfristigen Trend verbesserten. Offenbar entwickelten nur die industrialisierten Regionen wenigstens am Ende des hier zu betrachtenden Zeitabschnitts einen so leistungsfähigen Bau- und Wohnungsmarkt und eine solche Lohnhöhe, daß die rapide anwachsende arbeitende Bevölkerung trotz steigender Mieten vor der größten Verelendung in ihren Reproduktionsbedingungen bewahrt wurde¹²⁵.

Hier sind vor allem jedoch die diesem Trend zuwiderlaufenden Einzelfälle von weiterführendem Interesse. Zunächst sind die gegensätzlichen Tendenzen in Berlin und seinem Umland erklärungsbedürftig. Bei unterdurchschnittlichem Bevölkerungswachstum und starker Industrialisierung sind die Berliner Wohnverhältnisse – gekennzeichnet durch eine extrem dichte Bebauung – sehr schlecht, während im Umland bei unterdurchschnittlichem Industrialisierungsgrad, aber sehr starkem Bevölkerungswachstum die Verdichtung auf einem wesentlich niedrigeren Niveau zunimmt, Wohnstruktur und -belegung sich jedoch etwas günstiger als im Durchschnitt ausnehmen. Zunächst ist hier eine statistische Verzerrung zu berichtigen: Der Verdichtungsgrad und das Bevölkerungswachstum im engeren Berliner Umland werden durch die Lage in der übrigen Provinz Brandenburg herabgemildert, ebenso die Behausungsziffer, die in einigen Berliner Vorstädten derjenigen Berlins kaum nachstand¹²⁶. Grundsätzlich verbleibt jedoch die Abweichung vom Trend, deren Erklärung sich im Prozeß der Stadterweiterung findet. Offenbar hat hier die Ansiedlung von Industrie und Verwaltungen im eigentlichen Stadtgebiet dieses mit seiner alten, extrem verdichteten Bebauung vornehmlich zu einem Wohnplatz der Unterschichten gemacht, während Bürgertum und Angestellte sich in neuen und im Schnitt geräumigeren Wohnungen der Vorstädte niederließen, da sie den zusätzlichen Aufwand für die Verkehrswege tragen konnten.

Sieht man zunächst von den Hansestädten ab, so sind zweitens die Differenzen in den Wohnungsverhältnissen der höchstindustrialisierten Gebiete im Provinz- bzw. Landesdurchschnitt¹²⁷ herauszuheben. In den drei führenden Gebieten (Westfalen, Rheinprovinz, Königreich Sachsen) korrespondieren leicht überdurchschnittliche Wohnungsverhältnisse mit überdurchschnittlicher Bebauungsverdichtung, besonders in Mitteldeutschland. Demgegenüber stellen die beiden Provinzen Sachsen und Schlesien, die im Industrialisierungsindex – wenn auch mit deutlichem Abstand – folgen, ganz gegensätzliche Entwicklungen der Bau- und Wohnungsstruktur vor: Während Schlesien die schlechtesten Wohnverhältnisse überhaupt bei überdurchschnittlicher Verdichtung der Bebauung aufweist, bleiben in der Provinz Sachsen alle Verdichtungsfaktoren sowohl für die Bebauung wie für die Belegung

125 Dabei muß nachdrücklich betont werden, daß diese Aussagen sich nur auf den langfristigen Trend beziehen. Übergangsweise stand dem Bevölkerungszustrom in die Industriegebiete in den einzelnen Schüben durchaus ein unterdurchschnittliches Wohnungsangebot gegenüber, das durch Notunterkünfte, hohe Wohndichte und Schlafgängerwesen ausgeglichen werden mußte. Diese vor allem in Hochkonjunkturphasen auftretenden Engpässe konnten jedoch durch den regionalen Baumarkt bzw. durch Werkwohnungsbaue auf lange Sicht noch am ehesten beseitigt werden, während die chronische Wohnungsnot in den rückständigen Gebieten andauerte. Zweitens muß der Vergleichscharakter unserer Aussagen unterstrichen werden: Kapitalistisches Wachstum beseitigte nicht die Wohnungsnot, vielmehr war in seinen regionalen Konzentrationsgebieten die Wohnungsnot nicht ganz so groß wie in den unentwickelten Regionen.

126 Während sie 1905 in Berlin 77,5 betrug, lautete sie für Charlottenburg 64,8 und für Schöneberg 69,2.

127 Vgl. Industrielle Provinzen sowie Kgr. Sachsen.

der Kleinwohnungen deutlich gegenüber dem Durchschnitt zurück. Beide Fälle beruhen auf unterdurchschnittlichem Bevölkerungswachstum und Urbanisierungsgrad¹²⁸. Aus diesem Befund drängen sich zwei Schlußfolgerungen auf: Im Vergleich mit den agrarischen ostelbischen Provinzen und den weniger industrialisierten Mittelstaaten erscheint starke Industrialisierung verbunden mit hohem Bevölkerungswachstum als entscheidende Variable bei der Verbesserung der Kleinwohnungsverhältnisse; im Vergleich der industrialisierten Regionen untereinander schält sich jedoch die Zugehörigkeit zu einer geographischen Subregion des Reiches¹²⁹ mit spezifischer Bevölkerungsweise und politischer Struktur als weitere Variable heraus. Hat diese Zugehörigkeit bereits in den nur wenig urbanisierten und industrialisierten ostelbischen Provinzen zu schlechten Wohnverhältnissen geführt, so wurden diese in Schlesien bei vermehrter Industrialisierung ausgesprochen verschlimmert. Innerhalb eines rückständigen soziopolitischen Gesamtsystems partizipierte die arbeitende Bevölkerung (noch) wesentlich weniger als in der bürgerlichen Gesellschaft des Westens an der durch die Industrialisierung erschlossenen Möglichkeit zur Hebung der Lebenshaltung. Hier korrelieren Wachstum und Verelendung nicht nur vorübergehend, sondern im Trend. Bei Pomern, das dieser Aussage zunächst zu widersprechen scheint, ist die noch relativ günstige Wohnungslage offenbar auf die gegenläufigen Tendenzen eines weit unterdurchschnittlichen Bevölkerungswachstums bei leicht erhöhtem Industrialisierungsgrad zurückzuführen. Auf einem anderen Niveau zeigt sich derselbe Entspannungseffekt, wenn der Fall Württemberg vor dem Hintergrund der anderen Mittelstaaten betrachtet wird.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Daten der Hansestädte insofern mit den Regionaldaten kaum verglichen werden können, als hier mittel- bis großstädtische Verhältnisse, d. h. fast totale Urbanisierung, isoliert sind und insofern ihr Industrialisierungsindex völlig aus den Angaben anderer, insbesondere auch der industrialisierten Provinzen, herausfällt¹³⁰. An ihnen ist vor allem bemerkenswert, daß hoher Urbanisierungs- und Industrialisierungsgrad keineswegs hauptsächlich mit einer Verschlechterung der Verhältnisse im Kleinwohnungswesen einhergeht.

Daß nicht Verstädterung als solche die entscheidende Variable in der Bestimmung der Wohnungsverhältnisse ist, sondern vielmehr ihr Typ¹³¹ und dessen spezifische soziale und infrastrukturelle Voraussetzungen, ergibt sich aus Tabelle 18, in der Städtegruppen nach geographischen und funktionalen Gemeinsamkeiten gebildet und in der Weise gruppiert sind, daß der Indikator für die Wohnungsverhältnisse von sehr schlecht bis relativ günstig reicht¹³². Von den vier Gruppen der ersten Hälfte sind zwei durch die Dominanz der Grundstoff- und Schwerindustrie und zwei durch ihre ostelbische Lage geprägt. Die Kombination beider Faktoren erzeugte bei den oberschlesischen Bergbaustädten die schlechtesten Wohnverhältnisse. Dabei ist das Bevölkerungswachstum in den industriellen Agglomerationen – nicht aber in den ostelbischen Zentralorten – überdurchschnittlich. Die vierzigjährige Bilanz des Bevölkerungswachstums unterschlägt indessen, daß der Bevölkerungs-

128 Mit dem Unterschied, daß das Bevölkerungswachstum in Schlesien im Gegensatz zu Sachsen zunahm und der Anteil der Großstädte in Sachsen höher war, aber die Umsetzung von ländlichen in mittelstädtische Verhältnisse in Schlesien schneller voranschritt.

129 Gemeint sind Länder- bzw. Provinzengruppen wie Ostelbien, Mitteldeutschland, Südwestdeutschland etc.

130 Würde das Berliner Umland bzw. das Ruhrgebiet aus den Provinzialdaten isoliert, ergäben sich vergleichbare Daten, allerdings nicht dieselben Strukturen. Vgl. hierzu Tabelle 18.

131 Die Gruppierungen selbst haben analytischen Charakter und stellen noch keine Typisierungen dar. In 3.2 werden für eine Auswahl von Urbanisierungstypen einige Voraussetzungen ihrer Wohnungsstruktur skizziert.

Tabelle 18
Wohnungsstruktur und Urbanisierungstyp*

	1/2	3	4	5	6	7	8	9
	Bevölkerung		Wohnungen mit			Personen		
	gesamt	Wachstum	1	2	3	1-3	pro	
	in Mio.	seit 1871	Räumen und	Küchen in	Wohnungen	Wohnungen	Wohnung	Index*
	1910	in %**	in % aller Wohnungen					
Urbanisierte Regionen im Deutschen Reich	33,63	(181 = 0)	20,5	28,5	21,5	70,5	3,67	516 = 0
4 Bergbaustädte in Oberschlesien (Königshütte, Beuthen, Gleiwitz, Zabrze)	0,27	(+ 98)	52,0	26,5	10,5	89,0	4,41	+ 444
4 Ostelbische Städte (Königsberg, Danzig, Posen, Breslau)	1,09	— 72	32,5	27,0	15,5	75,5	3,75	+ 114
Hauptstadtregion (Berlin und seine Vororte Charlottenburg, Neukölln, Schöneberg, Lichtenberg, Wilmersdorf, Spandau, Steglitz, Pankow)	3,17	(— 40)	37,5	34,5	12,0	84,0	3,23	+ 108
19 Industriestädte im Ruhrgebiet (Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Essen, Düsseldorf, Duisburg, Barmen, Elberfeld, Mülheim, Krefeld, Hamborn, Oberhausen, Hagen und 6 kleinere Bergbaugemeinden)	2,61	(+ 57)	27,5	30,0	17,0	75,0	3,81	+ 96
3 Industriestädte im sächsischen Industrie- gebiet (Chemnitz, Plauen, Zwickau)	0,48	+ 70	21,0	26,0	24,0	71,0	3,63	— 12
6 Regionalzentren (Hannover, München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt)	1,95	+ 5	13,5	24,5	25,0	63,0	3,76	— 86
8 mitteldeutsche Städte (Chemnitz, Plauen, Zwickau, Magdeburg, Dresden, Leipzig, Halle, Erfurt)	2,19	+ 51	9,5	28,0	31,0	68,5	3,63	— 95
7 Handelszentren (Frankfurt, Köln, Nürn- berg, Leipzig, Lübeck, Bremen, Hamburg)	3,13	+ 79	9,0	26,5	33,0	68,0	3,57	— 114

* Zu Quellen und Indexbildung vgl. Text-Anm. 118, 119, 120.

** Die in Spalte 3 in Klammern angegebenen Daten beziehen sich nur auf jene Orte, für die Zahlen für das Jahr 1881 zur Verfügung standen. Da die übrigen gewöhnlich schneller wuchsen, ist das Gesamtwachstum höher zu veranschlagen.

umsatz bei den ersten vier Städtegruppen als außerordentlich hoch einzuschätzen ist, gerade weil es sich um Zu- und Durchwanderungsorte des ländlichen Proletariats der östlichen Provinzen handelte. Die Mobilitätsraten der Bergleute sind neben denen der Tagelöhner und anderer Ungelernter die höchsten von allen Berufsgruppen¹³³. Auf der anderen Seite stehen vier Städtegruppierungen, die vor allem eine Industrialisierungsweise mit verarbeitendem Gewerbe und/oder ein besonders dynamischer und z. T. traditionsreicher Tertiärsektor infolge der Ausübung ökonomischer und politischer Zentralfunktionen auszeichnet. Besonders die Kombination von Handel und verarbeitender Industrie, welche zu einer Verbreiterung der mittleren Schichten (der kleinen Selbständigen, der Angestellten und der Facharbeiter) und damit zu einem relativen Absinken der Mobilität führte, bewirkte, daß es erstens überhaupt nur einen geringeren Anteil an Kleinwohnungen gab und unter diesen wiederum die größeren Zwei- und Dreizimmerwohnungen weit überwogen. Besonders auffällig ist der Kontrast bei den Einzimmerwohnungen zwischen den vier oberschlesischen Bergbaustädten mit hoher Wohnungsbelegung und ihrem niedrigen Anteil bei wesentlich geringerer Belegung in den sieben mittel-, nord- und westdeutschen Handelszentren.

Nimmt man nun noch hinzu, daß die bauliche Dichte in den ostelbischen Zentralorten extrem hoch, in den Industrieagglomerationen gemischt, z. T. aber sehr niedrig ist und in der Masse der mittleren und großen Bürgerstädte mit sozioökonomischen Zentralfunktionen und ihrem verarbeitenden Gewerbe von beiden Extremen abweicht, so wird deutlich, daß die Diskussion um das Arbeiterwohnungswesen, die sich einerseits auf die Berliner Mietskaserne und andererseits auf die Zechenkolonien konzentrierte¹³⁴, zwei allerdings auch quantitativ sehr erhebliche Sonderfälle des Wohnens der Arbeiter im Kaiserreich herausgegriffen hat. Der am weitesten verbreitete Urbanisierungstyp, die zentralörtliche Verdichtung in den westlichen zwei Dritteln des Reiches, blieb jedoch weitgehend unbeachtet. Im folgenden sollen diese Unterschiede durch die Skizzierung der Konturen dreier Urbanisierungstypen und der ihnen zuzuordnenden Wohnungsmorphologie verdeutlicht werden.

3.2 *Urbanisierung, Wohnungsmarkt und Baumorphologie*

Die Urbanisierung des 19. Jahrhunderts in Deutschland kann nicht als einheitlicher Prozeß und auch nicht nur als Neben aspekt der Industrialisierung betrachtet werden, wie dies das englische Beispiel durch seine Gleichzeitigkeit von Urbanisierung, Industrialisierung und Bevölkerungswachstum andeuten könnte. In Deutschland tritt das Bevölkerungswachstum zwar später auf, geht aber der Industrialisierung tendenziell voraus und entwickelt dann

132 Die Kombination der Wohnungszählung von 1918 mit den Bevölkerungsdaten von 1910 (*Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches für 1915*, S. 14 ff.) enthält hier eine zusätzliche Verzerrung, da in der Zwischenzeit erfolgte Eingemeindungen nicht berücksichtigt sind. Dadurch werden der Multiplikator der Belegungsziffer und damit auch der Index künstlich erniedrigt, so z. B. bei einer Reihe rheinischer Städte und Regionalzentren. Die Tabelle kann also insgesamt nur eine Vorstellung von Größenordnungen und Reihenfolgen geben. An den von dieser Verzerrung des Index nicht betroffenen Daten zur Wohnungsstruktur (insbesondere Anteil der Einzimmerwohnungen) läßt sich jedoch erkennen, daß sich bei der Eliminierung dieses Fehlers nichts an der grundsätzlichen Dichotomie der Tabelle – der relativen Zusammengehörigkeit der jeweils ersten und letzten vier Gruppen – ändern würde.

133 *Crew*, S. 331, 334; vgl. Anm. 87.

134 Die Konzentration der Diskussion auf Mietskaserne und Werkwohnungsbaue (zur Literatur vgl. Anm. 23) ergibt sich vor allem aus dem architektonischen und baugeschichtlichen Ansatz: Der Normalfall scheint gestaltungsgeschichtlich irrelevant. Außerdem sind Großanlagen ökonomischer zu bearbeiten und quellenmäßig besser zu fassen.

eine weit stärkere Dynamik als etwa in England oder Frankreich¹³⁵. Außerdem waren in Deutschland durch eine sehr breite und vielfältige städtische Tradition Urbanisierungsvoraussetzungen vorhanden, die nicht mit der vielfach ländlichen Frühindustrialisierung im Textil-, Bergbau- und Hüttenwesen gleichgesetzt werden können. Auf der einen Seite stand ein entwickeltes bürgerliches System von Handels- und Gewerbestädten, die in der Regel seit dem 30jährigen Krieg bis in die Zeit der Französischen Revolution stagniert hatten oder sogar in ihrer Bevölkerung zurückgegangen waren¹³⁶. Auf der anderen Seite gab es die besonders zahlreichen politischen Zentralorte der Mittel- und Kleinstaaten, die im Absolutismus zu Residenzstädten ausgebaut und teilweise auch merkantilistisch entwickelt worden waren. Diese unterschieden sich in ihrer Größe und in ihren Entwicklungsmöglichkeiten außerordentlich stark, und zwar gemäß dem Umfang ihres Bezugsgebietes, sowohl als Hauptstadt wie als wirtschaftsgeographischer Standort.

Nach der territorialen Flurbereinigung am Anfang des 19. Jahrhunderts konzentrierten sich die Zentralfunktionen in den Landeshauptstädten sozusagen zu einem öffentlichen Leitsektor¹³⁷ und einem ausgeprägten städtebaulichen Repräsentationsbedürfnis des Landesherrn, der häufig unmittelbar in die Stadterweiterung eingriff und ihr ein spätabolutistisches Gepräge gab. Groß angelegte geometrische Rasterpläne luden größere Kapitalgeber zur kalkulierten spekulativen Verwertung des Weichbildes ein mit dem Ergebnis geschlossener vier- bis fünfstöckiger Bebauung mit mehr oder minder repräsentativen Fassaden und häufig bis zur selben Höhe aufgesiedelten Hinterhöfen¹³⁸. Die dekretierte Großplanung (zumindest was die Straßen betraf¹³⁹) und der sehr starke Zuzug in diese Zentralorte, besonders wo sie auch industriell entwickelt waren, eskalierten zu einer stürmischen Bauentwicklung, in der die Bauunternehmer und Bauherren vielfach nur Mittelsmänner bei Kapitalinvestitionen von Banken waren¹⁴⁰. Gerade weil seine Rahmenbedingungen staatlich präformiert waren¹⁴¹, hatte der Wohnungsmarkt hier sprunghaft ein hochkapitalistisches

135 Für vergleichende Daten s. *The Fontana Economic History of Europe*, Bd. 4/2, Glasgow 1975, S. 747 sowie *Adna F. Weber, The Growth of Cities in the 19th C.*, 3. Aufl., Ithaca, N. Y., 1968, Kap. 2 für die Urbanisierung.

136 Zur Ausdifferenzierung der Städtetypologie seit dem Mittelalter vgl. *Heinz Stoob, Über frühneuzeitliche Städtetypen*, in: *Rudolf Vierhaus/Manfred Botzenhart* (Hrsg.), *Dauer und Wandel der Geschichte* (Festschrift Kurt von Raumer), Münster 1966, S. 163 – 212.

137 Für Hinweise aus Berlin vgl. z. B. *Hegemann*, S. 109 ff., *Bodien u. a.*, S. 9 f.

138 Nur für ein Beispiel liegt bisher eine sehr differenzierte Darstellung der Verbauung und Planung im 19. Jahrhundert vor: *Hans Bobeck/Elisabeth Lichtenberger*, *Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jhds.*, Graz/Köln 1966.

139 Charakteristisch für den Versuch, das gesamte Baugeschehen mit Hilfe der Straßenplanung zu steuern, ist das Preußische Fluchtliniengesetz von 1875; seine Anwendung und Ausfüllung blieb jedoch der Selbstregulierung der Grundbesitzermehrheiten der Kommunalvertretungen überlassen. Auch der Berliner Erweiterungsplan von James Holbrecht war wesentlich ein Straßenplan.

140 *Eberstadt*, *Handbuch*, S. 112 sagt: »Der Hausbesitz ist nichts weiter als ein Scheinbesitz, ein Kollektivbesitz der Hypothekengläubiger!« Vgl. allgemein hierzu *von Mangoldt*, *Bodenfrage*, passim. Für Berlin *E. Reich*, S. 60 ff. und passim.

141 Daß das Baurecht nicht nur als eine sekundäre Begrenzung kapitalistischer Auswüchse des Städtebaus, sondern geradezu auch als ihr Schrittmacher wirken konnte, zeigt *Paul Voigt*, *Grundrente und Wohnungsfrage in Berlin und seinen Vororten*, Jena 1901, S. 127 ff. an der Ausdehnung der Berliner Bauordnung von 1887 auf die Vororte, »denen damit das System des Massenmiethauses von Obrigkeit wegen direkt aufoktroiert wurde [...] Auf den bisher unbebauten Grundstücken wurden fast durchweg fünfstöckige Mietkasernen mit Seitenflügeln und Hinterhäusern aufgeführt, die hier ihre hohen kahlen Brandmauern in geschlossener Baumasse auf freiem Felde erhoben, dort sich zwischen die niedrigen Häuser alter Dorfstraßen eindrängten«.

Entwicklungsniveau erreicht, das dem Mieter die Kosten nicht nur der Dynamik einer anonymen Kapitalverwertung, sondern auch noch die Profite einer Serie von Zwischeninstanzen (Banken, Terraingesellschaften, Baustellenhändler, Hausbesitzer, Generalunternehmer, Einzelunternehmer etc.) aufbürdete, so daß das Bauprodukt teuer und vor allem als Rechnungseinheit relevant wurde. Da die Grundstücksspekulation durch die Großplanung angeheizt war, ging in die Rechnung der Bauunternehmer ein zusätzlicher kostenblähender Faktor ein, die über die möglichst weitgehende Ausbaue des Grundstücks und die mehrgeschossige Bauweise¹⁴² hinaus auch in Größe und Zuschnitt der einzelnen Wohnung das letzte herauszuholen bemüht sein mußten¹⁴³. Charakteristisch sind für diese Entwicklung die zwei bis drei Hintergebäude samt Seitenflügeln bei Berliner Mietskasernen (bei besonders skandalösen Fällen konnte dies bis zu sechs abgeschlossenen Hinterhöfen reichen) und ihr berüchtigtes »Berliner Zimmer«¹⁴⁴. War wie in Berlin, wo sich die Attraktivität der Metropole mit der Funktion eines Umschlagplatzes des ostelbischen Bevölkerungsüberschusses addierte, eine Dauernachfrage garantiert¹⁴⁵, so war die Ausnutzung von Kellern und Dachböden und die Überbelegung von Kleinwohnungen programmiert, da das mobile Proletariat mit dem aufgeblähten Mietniveau nicht mithalten konnte. In der Addition der Überbelegung kleiner Wohneinheiten mit der hochgradigen Verdichtung großer Wohnblocks und der vielgeschossigen Bebauung auch der Hinterhöfe im Ausmaß einer unabsehbar wachsenden Stadtregion waren dann den Bewohnern Erholung durch Zugang zur Natur wie auch ein identitätsfördernder Eigenbereich verbaut. Der Skandal dieser besonders in Berlin, aber auch in anderen ostelbischen Städten als den Kanalisatoren des Bevölkerungsüberschusses der Ostgebiete überhandnehmenden Kasernenbauweise lag insoweit nicht so sehr in der Architektur der einzelnen Mietskaserne, so verlogen und inhuman sie gewesen sein mag¹⁴⁶, sondern im städtebaulichen und sozialen Ensemble von Überverdichtung, Mobilität und Rekreativitätsunfähigkeit.

Wo große Mietshäuser in geringerem Umfang und bei weniger hochgetriebener Grundstücksauslastung in anderen Städten gebaut worden sind, hat sich eine ähnliche Zuspitzung wie in Berlin kaum ergeben. Zwar haben die Wohnungsreformer die Zunahme der mehrgeschossigen Bauweise im Zuge der Urbanisierung als Siegeszug der Mietskaserne angeprangert¹⁴⁷ und ihm das englische Beispiel entgegengehalten, von dem sie vermutlich nur die Behausungsziffer und die Modellstädte, aber nicht die tristen Arbeiterquartiere mit

142 *Eberstadt*, Handbuch, S. 73 ff.

143 Daß sich Architekten vor der Jahrhundertwende allenfalls der modischen Gestaltung der Straßenfassaden von Mietskasernen zuwandten und die Grundrisse den Baumeistern, die sich auf das Einzwängen möglichst zahlreicher Zimmer spezialisiert hatten, überließen, berichtet *Friedrich Mielke*, Studie über den Berliner Wohnungsbau zwischen den Kriegen 1870/71 und 1914 – 1918, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 20, 1971, S. 202 – 238.

144 Es handelte sich um ein (gewöhnlich sogar verhältnismäßig großes) Eckzimmer im Hinterhof, das an allen vier Seiten durch fensterlose Innenmauern begrenzt und nur in einer Ecke durch ein – zuweilen sogar schlauchartig vorgebautes – Fenster belichtet wurde.

145 Eine größere Ausnahme bildete nur die Baukrise um 1880, nachdem im Gefolge des Gründerkrachs eine Flucht in die Sachwerte zu einer Überspekulation am Wohnungsmarkt geführt hatte. Vgl. *Reich*, S. 81 ff.; die Tabelle bei *A. Heinrich*, nach S. 24 sowie – in dogmatischer Überzeichnung – *Fassbinder* u. a., S. 146 ff.

146 Zur baugeschichtlichen Würdigung vgl. neben dem durchweg verharmlosenden Artikel von *Mielke: Manfred Hecker*, Die Berliner Mietskaserne, in: *Ludwig Grote*, Die deutsche Stadt im 19. Jhd. Stadtplanung und Baugestaltung im industriellen Zeitalter, München 1974, S. 273 ff.; *D. R. Frank / D. Rentschler* (Hrsg.), *Berlin und seine Bauten*, Teil IV: Wohnungsbau, Bd. A, Berlin u. a. 1970.

147 *Eberstadt*, Handbuch, S. 61. Ein Beispiel aus dem Westen analysiert *Lothar Lenz*, Die Mietskaserne in Köln, Jena 1930.

ihren Reihenhäusern kannten¹⁴⁸. Tatsächlich aber waren die Wohnverhältnisse und der Baubestand in den Bürgerstädten der westlichen Reichshälfte sehr viel differenzierter, die Entwicklung kleinräumiger, mehr von Einzelmaßnahmen bestimmt, und der Kern des proletarischen Wohnungsproblems lag eher in der Verslumung des Altbaubestandes¹⁴⁹. Vielfach hingen die Reformer mehr oder minder ausgesprochen einem Eigenheimideal an und projizierten es, wie auch schon Friedrich Engels, in die Vergangenheit. Unter der Annahme, daß früher gar kein Wohnungsmarkt bestanden, vielmehr praktisch jeder sein Haus gehabt habe und auch die Arbeiter Selbstversorger hinsichtlich ihres Wohnbedarfs gewesen seien, schien dann der Trend klar¹⁵⁰. Lage und Erfahrung der arbeitenden Bevölkerung waren aber anders. Einen Mietwohnungsmarkt hatte es, wie am Beispiel Bremens gezeigt worden ist¹⁵¹, in den Handels- und Gewerbestädten gerade für die ärmeren Schichten schon lange gegeben. Hier waren um 1750 56,3 % der Wohnungen bzw. Häuser vermietet, und zwar wohnten zur Miete 12,5 % des Bildungs- und Besitzbürgertums und 26,8 % der besseren Handwerksmeister und der übrigen Angehörigen der oberen Mittelschicht, während die unteren zwei Drittel der Bevölkerung sich noch einmal in zwei Gruppen zerlegen lassen: Die besser verdienenden $\frac{2}{3}$ wohnten zu 56 % und das ärmere Drittel zu 100 % zur Miete¹⁵². Dieser also schon weitestgehend ausgebaute Wohnungsmarkt war nicht anonym organisiert. Der Bau einiger kleiner Häuser in Nebenstraßen oder von Hofgängen¹⁵³ hinter den Bürgerhäusern galt deren Besitzern als eine profitable Geldanlage. Diese Struktur hat sich weiterentwickelt und läßt sich an vielen anderen Orten durch Aufstockung oder Ausbau (»Entartung«) von Eigenhäusern zur Verwertung als Mietshäuser fassen¹⁵⁴. Sie ist zwar im Zuge der weiteren Stadtentwicklung teilweise von der moderneren, anonymen Form des Wohnungsmarkts überlagert worden, hat sich aber selbständig weiterentwickelt und u. a. zu einer wesentlich geringeren städtebaulichen Verdichtung geführt¹⁵⁵.

148 Vgl. z. B. C. A. Forster, *Court Housing in Kingston upon Hull*, Hull 1972; Philip N. Jones, *Colliery Settlement in the South Wales Coalfields 1850 - 1926*, Hull 1969.

149 Dieses Thema ist in Deutschland empirisch noch gar nicht bearbeitet; für England vgl. die zit. Studien von Dyos/Reeder, a. a. O.; G. S. Jones u. a.

150 Vgl. Engels' Idylle des gottseligen Dahinvegetierens der vorindustriellen Heimarbeit in MEW 2, S. 238.

151 Klaus Schwarz, *Der Bremer Wohnungsmarkt um die Mitte des 18. Jhds.*, in: VSWG 55, 1968, S. 193 ff. und *ders.*, *Der Bremer Wohnungsmarkt während der Handelskonjunktur um 1800*, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 43, 1971, S. 122 ff.

152 Schwarz, *Mitte des 18. Jhds.*, a. a. O., S. 212.

153 *Ebda.*, S. 194 f., 199 u. ö. Pläne und Abbildungen aus dem Hamburger »Gängeviertel« bei Spörhase, Bau-Verein, vor S. 25.

154 Nach Dietrich von Wurmb, *Die städtebauliche Entwicklung von Nürnberg von 1806 - 1914*, Diss. Ing. München 1969, S. 57 ff. wurden hier in der Zeit des Kaiserreichs rund doppelt so viele Häuser jährlich aufgestockt oder umgebaut als neu errichtet. Für die sog. Entartung des rheinischen Dreifensterhauses vgl. Rudolf Eberstadt, *Rheinische Wohnverhältnisse*, Jena 1903, S. 11 ff.; Lenz, S. 7 ff.; für Wien Bobek/Lichtenberger, S. 69 ff. u. ö.; für Berlin Günter Liebchen, *Zu den Lebensbedingungen der unteren Schichten im Berlin des Vormärz*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg*, Berlin 1971, S. 271 ff., z. B. S. 289; Thienel, S. 160 f. u. ö. Die Erscheinung war international: für London vgl. z. B. M. Dorothy George, *London Life in the Eighteenth Century*, 2. Aufl., Harmondsworth 1966, S. 73 ff. und allg. Fernand Braudel, *Capitalism and Material Life 1400 - 1800*, Glasgow 1974, S. 199 ff.

155 Nämlich überall dort, wo sich der Ansatz zum Ausbau der Eigenhäuser eines relativ breit gestreuten Mittelstandes (wie in den Hansestädten oder im Rheinland) in größerem Umfang erhalten hat. Zwar ist die in großen Teilen der Literatur zu findende baugeschichtliche Ableitung der Mietskaserne aus dem Ausbau von Hinterhöfen, Eigenhäusern etc. ideengeschichtlich zutreffend; die Durchsetzung der Mietskaserne setzt aber eine ganz andere, anonyme und vom Eigenbedarf abgelöste Organisation des Bau- und Kapitalmarkts voraus.

Der Stadterweiterungsprozeß verlief im wesentlichen durch eine Erschließung des Weichbildes der bis zum Ende des 18. Jahrhunderts befestigten Altstädte und in einer späteren Phase durch die Eingemeindung umliegender Orte. Nur in wenigen Fällen wie Nürnberg¹⁵⁶ blieb ein Teil dieser Anlage erhalten. In der Mehrzahl der Fälle wurden die Befestigungen geschleift und das durch sie gewonnene Terrain zum Hebel der städtebaulichen Entwicklung gemacht¹⁵⁷. Die Hauptvarianten waren die Einführung der Eisenbahnlinie in die Innenstadt, die Schaffung von Grünanlagen und die Erschließung durch Boulevards (Ringstraßen) und die Anlage von Repräsentationsvierteln bzw. Villenbebauung. Im Zuge der Entfestigung der Altstädte verloren diese schrittweise ihre Funktion als bürgerlicher Wohnplatz; das Bürgertum siedelte sich am Boulevard oder in Villenkolonien an¹⁵⁸; ebenso wurden häufig größere Gewerbebetriebe, die sich in der Altstadt nicht erweitern konnten, ins Weichbild verlagert¹⁵⁹. Der Trend dieser Verlagerungsprozesse bestand in einer Umdefinition der Funktion der Altstadt: Einmal wurden dort größere Wohngebäude in kleinere Wohneinheiten zerlegt und an jene Teile der arbeitenden Bevölkerung vermietet, die wegen wechselnder Arbeitsverhältnisse auf einen zentralen, wenn auch häufig hygienisch unzureichenden und engen Wohnplatz angewiesen waren¹⁶⁰. Auf der anderen Seite wurden Teile der Innenstadt »saniert«, indem sie kommerzieller Nutzung zugeführt wurden, z. T. indem ganze Straßenzüge abgerissen und durch Geschäftshäuser im Stil der Zeit ersetzt wurden. Kommerzialisierung und destruktive Sanierung verkürzten wiederum den Wohnraum der sich vermehrenden proletarischen Bevölkerung und verstärkten den Trend zur Verslumung¹⁶¹. Wer eine stabilere Arbeitsbeziehung erreichen oder Verkehrsmittel bezahlen konnte, versuchte deshalb ebenfalls, in die Vorstädte zu übersiedeln, wo die in den Handels- und Gewerbestädten breiteren Mittelschichten häufiger mittelgroße Mehrfamilienhäuser, in denen der Besitzer jedoch auch selbst wohnte, errichtet hatten¹⁶². Zwar hat es in den hier besprochenen Städten in den letzten Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg auch erhebliche, Mietskasernen ähnliche Quartierbebauungen gegeben, aber die größere Resistenz des kleinkapitalistischen Gewerbes und sein unmittelbarer Einfluß auf die städtebauliche Entwicklung tendierten zu einem größeren Anteil an Mischbebauung, geringerer Verdichtung, niedrigeren Bau- und Mietpreisen und damit einem günstigeren Verhältnis von Zimmerzahl und Belegung auch in den proletarischen Kleinwohnungen. Das qualitative Wohnproblem hängt hier meist mit der Verslumung der Altstädte zusammen (mit Indikatoren wie hoher Anteil an Kellerwohnungen, geringe Raumgröße, baulicher Verfall, Mangel an

156 *Von Wurmb*, S. 40 ff. Der Erhalt der Stadtmauer ist dem verzögernden Eingriff des Königs zu verdanken; Rat und Industrielle der Stadt wollten sie abreißen.

157 Vgl. die schematische Zusammenstellung der Entfestigung der mitteleuropäischen Städte bei *Peter Grobe*, Die Entfestigung Münchens, Diss. Ing. (MS) München 1969, 3 Bde., Bd. 1, S. 47 ff.

158 Stilbildend wirkte die Ringstraßenbebauung in Wien. Vgl. *Bobek/Lichtenberger*, S. 68 ff.; *Rudolf Wurzer*, Die Gestaltung der deutschen Stadt im 19. Jhd., in: L. Grote (Hrsg.), S. 9 ff.

159 Für das Beispiel Borsigs vgl. *Thienel*, S. 193 ff.

160 Vgl. z. B. *Arnecke*, Die Arbeiterwohnungsfrage in Dortmund, in: SVSP 31, 1886, S. 172: »In der inneren Stadt giebt es noch eine ziemliche Anzahl alter notdürftig erhaltener Häuser mit niedrigen Stockwerken, kleinen Zimmern, mangelhaften Aufgängen, kleinen winkligen Höfen und zum Wohnen nicht besonders geeigneten Neben- und Hinterhäusern, welche den Arbeitern als Wohnstätte dienen«.

161 Für London beispielhaft untersucht bei *G. S. Jones*, S. 159 ff. und den dort zit. Beiträgen von *H. J. Dyos* zum Eisenbahnbau und zur Straßenneuführung. Zum Teil wurden die Bewohner von Sanierungsgebieten auch in Barackenlager oder Nissenhütten vor den Toren der Stadt abgedrängt. Vgl. z. B. StA Bremen, 3-B. 2, Nr. 179 a.

162 Vgl. die zit. Studien von *Eberstadt* (Rheinische Wohnverhältnisse), *Rossié* (Krefeld), *Lenz* (Köln); ähnliches ließe sich etwa auch für die Hansestädte oder Frankfurt zeigen.

Hygiene)¹⁶³, der die bürgerlichen Stadtverwaltungen durch destruktive Sanierungsmaßnahmen (Wohnungsinspektion, Baupolizei, Abbruch und Neubebauung bei kommerzieller Nutzung) beizukommen versuchten, was hier die Belegungsdichte vor allem bei den Tagelöhnern und den kleinen Handwerkern, die den zentralen Standort nicht verlassen konnten, erhöhte.

Das dritte Modell, das hier kurz besprochen werden soll, ist die Urbanisierung weitgehend ohne infrastrukturelle Voraussetzung als Folge standortgebundener Industrialisierung. Von den Industriestädten im engeren Sinne ist mit Recht gesagt worden¹⁶⁴, sie seien Häuseranhäufungen ohne Zentralfunktion, mithin eine Art Verdichtung von Hinterland. Die Entwicklung der Industriedörfer¹⁶⁵ und der industriellen Stadtagglomerationen (außer Ruhr, Saar und Oberschlesien auch das Mansfelder Revier und Südsachsen) ist durch eine späte und im Verhältnis zum Bedarf unzureichende Entwicklung eines Wohnungsmarkts gekennzeichnet. Soweit in der Frühphase die benötigten Arbeitskräfte vor allem aus Anässigen und Nahwanderern bestanden, ist ein relativ hoher Anteil von Arbeitern zu veranschlagen, der in eigenen Katen oder in familieneigenen Bauernhäusern wohnte. Dies gilt insbesondere für die sehr kleinen Betriebsformen des frühen Bergbaus und der Hammerwerke, weniger für die Ablösung der ländlichen Hausindustrie durch städtische Fabrikarbeit in der Textilbranche. Mit der Erschließung der Tiefbauzechen um 1840 – um das Beispiel des Ruhrgebiets herauszugreifen – und dem sich in den nächsten Jahrzehnten entwickelnden Montanverbund entstanden in einer sehr schnellen Dynamik Großbetriebe in Dörfern oder auf dem grünen Feld, wo alle Einrichtungen für eine betriebsnahe Unterbringung der Arbeitskräfte fehlten¹⁶⁶. Soweit sich stark expandierende Betriebe an kleinere und mittlere Bürgerstädte – wie Krupp an Essen – angliederten, wurden diese von zuwandernder Arbeiterbevölkerung überschwemmt. Die Städte waren selbst aber weder willens noch in der Lage, den Wohnungsmarkt im entsprechenden Umfang zu entwickeln und die hierfür notwendigen infrastrukturellen Vorleistungen (insbesondere Schulkosten) zu erbringen. Um überhaupt Arbeitskräfte im erwünschten Umfang anzulocken und anzusiedeln, mußten deshalb die Unternehmen selbst für die Unterbringung eines Teiles ihrer Arbeiter sorgen, was ihnen gleichzeitig Kontrolle über das Leben und das politische Verhalten der Arbeiter über den Betrieb hinaus gab¹⁶⁷.

Schon diese Motive deuten darauf hin, daß die sozialpolitische Verklärung des Arbeit-

163 Nach *Eberstadt*, Handbuch, S. 138, lag der Anteil z. B. von Kellerwohnungen im Vergleich mit zahlreichen anderen Städten in Posen, Altona und Kiel am höchsten. Für eine qualitative Beschreibung: Bremisches Statistisches Amt, *Untersuchung der Wohnungen der minderbemittelten Klassen in Bremen*, Bremen 1905.

164 *Hans Bobek*, Über einige funktionelle Stadttypen und ihre Beziehungen zum Lande, in: *Peter Schöller* (Hrsg.), *Allgemeine Stadtgeographie*, Darmstadt 1969, S. 279.

165 Wie Anm. 32.

166 Vgl. die zit. Studien von *Weisser*, a. a. O., *Schäfer* und *Heinrich* sowie die Analyse von *Klaus Tenfelde*, Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, in diesem Band, 1 – 59.

167 So berichtet z. B. der Essener Stadtbaumeister *Wiebe* (Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Essen a. d. Ruhr, in: SVSP 31, 1886, S. 192 f.): »Gegen die Wohnungsnoth welche bei dem außerordentlichen Wachsthum der Stadt Essen in den sechziger Jahren und besonders in der zweiten Hälfte derselben sich geltend machte, ist weder vom Staate, noch von der Gemeinde, noch von den gemeinnützigen Vereinen etwas geschehen. Es lag für diese auch keine Veranlassung vor, weil die Wohnungsnoth lediglich als eine Folge des Emporblühens der Industrie und des damit verbundenen Zuzugs zahlreicher Arbeiter damals eintrat und es daher in erster Linie Sache der Besitzer der sich so glücklich entwickelnden industriellen Werke war, für ein gutes Unterkommen der für sie notwendigen Arbeitermassen Sorge zu tragen«. Erst diese Haltung der Stadt gab Krupp die Notwendigkeit, Werkswohnungsbau in größerem Stil

geberwohnungsbaus eine seit den 90er Jahren überhandnehmende Ideologisierung eines konkreten arbeitsmarktpolitischen Interesses darstellte. Dies dürfte auch für die überwiegende Morphologie dieser Ansiedlungen in zusammenhängenden, fabriknahen Kolonien aus Kleinhäusern gelten, die häufig mit Gärten verbunden waren, aber nur teilweise¹⁶⁸ und überwiegend spät in einem agrarromantischen Stil erbaut wurden¹⁶⁹. Ganz abgesehen davon, daß in den Bergbaugebieten die Errichtung großer Häuser mit einem erheblichen Bergschadenrisiko verbunden war, sollten die Kolonien einerseits ländliche Bevölkerung der Industriearbeit zuführen, andererseits hatten Nutzgärten den Vorteil, bei geringem Lohn, vor allem in Krisenzeiten, einen Teil des Familienbudgets zu bestreiten und die Arbeiter dem Einfluß des Wirtshauses und der Politik zu entziehen. Allgemein bewirkten die Kolonien, obwohl in der Expansionsphase ihre Belegung durch Familien und Schlafgänger z. T. extrem hoch war¹⁷⁰, eine Beruhigung der Mobilität im Sinne der Heranbildung einer kleinen Stamarbeiterschaft¹⁷¹. Verstärkt finden sich solche Versuche, durch Privilegierung Loyalität zu gewinnen, in der Bereitstellung besser ausgestatteter Häuser an Werkmeister und Angestellte.

Die ländliche Industrialisierung, die sich später teilweise zu den Industrieagglomerationen verdichtete, war städtebaulich durch ihr planloses Wachstum und die innige Durchdringung der Flächennutzung mit Industrie, Verkehrsanlagen, Wohnungen und landwirtschaftlichen Flächen geprägt. Öffentliche Planung fand nicht oder in zu kleinräumigem Maßstab statt: Die politische Selbstverwaltung war in den Landgemeinden schwach, da sie von der staatlichen Verwaltung, der überständigen Schicht der landbesitzenden Bauern im Gemeinderat¹⁷² oder den steuerträchtigen Unternehmern¹⁷³ abhing oder zwischen allen dreien nur einen geringen Spielraum gewann¹⁷⁴. Durch die hohe Mobilität in diesen Gebieten und den starken Einfluß der Unternehmer auf den stabileren Kern der Arbeiterschaft hatte die Arbeiterbewegung hier sehr ungünstige Organisationsvoraussetzungen, so daß ihr Einfluß weit unter ihrer institutionellen Verankerung in den süddeutschen Städten oder ihrer politischen Präsenz in den preußischen blieb. Ohne Stadttradition und politisches Drucksystem trat in den Agglomerationen an die Stelle städtebaulicher Planung oder Erweiterung eine Art zersiedelnder Wucherung¹⁷⁵, zu der die vom Werkwohnungsbaue angelegten Inseln

zu praktizieren. Vgl. Roland Günter, Krupp und Essen, in: Martin Warnke (Hrsg.), *Das Kunstwerk zwischen Wissenschaft und Weltanschauung*, Gütersloh 1970, S. 128 ff.; Joachim Schlandt, Die Kruppsiedlungen. Siedlungsbau im Interesse eines Industriekonzerns, in: *Helms/Janssen*, S. 95 ff.

168 Z. B. die Siedlung Cronenberg bei Krupp.

169 Z. B. Siedlungen wie Dahlhauser Heide oder Heimaterde (vor bzw. im Ersten Weltkrieg).

170 Schäfer, S. 52.

171 Wie Anm. 63.

172 In rheinischen Gemeinden waren die größeren Grundbesitzer (meist Bauern und Bauunternehmer) als sog. Meistbeerbte geborene Mitglieder des Gemeinderats, so daß die über das Dreiklassenwahlrecht gewählten Vertreter z. T. nur eine Minderheit darstellten; auch sie mußten in jeder Klasse mehrheitlich Grundbesitzer sein.

173 In Westfalen waren auch juristische Personen nach der Maßgabe ihrer Steuerkraft wahlberechtigt zum Gemeinderat. Das konnte z. B. dazu führen, daß ein Fabrikbesitzer einfach ein Drittel der Gemeinderäte ernennen konnte, wenn sein Betrieb der einzige Wahlberechtigte in der ersten Klasse war.

174 Wie Anm. 32. Vgl. vor allem Helmuth Croon, Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechts in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1960; ders., Bürgertum und Verwaltung in den Städten des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert, in: *Tradition* 9, 1964, S. 23 - 41.

175 Folgen dieser Entwicklung zeigen sich im Ruhrgebiet durch immer neue und bis heute andauernde Schübe von Versuchen, städtische Zentralität durch Kommunalreformdekrete herzu-

privater Planung – die in ihrer Größe kleineren Stadtteilen vergleichbaren Kolonien – einerseits in einem merkwürdigen Gegensatz standen, andererseits aber auch selbst beitrugen. Der Wohnwert des langsamer nachwachsenden und gering verdichteten Wohnungsbaus in den Industriedörfern wie auch in den Kolonien blieb ambivalent: Auf der einen Seite war der Verdichtungsgrad insgesamt wesentlich geringer als in den älteren Städten, der Zugang zu landwirtschaftlichem Nebenerwerb verhältnismäßig häufig und für einen Teil der Arbeiter das Verkehrsproblem durch die enge Zuordnung von Fabrik und Kolonie reduziert. Auf der anderen Seite litten die hierin zugewanderten Arbeiter unter einer weitgehenden kulturellen Deprivation – soweit sie nicht auf das kirchliche Angebot zurückgriffen¹⁷⁶ –, der unzureichenden Verkehrserschließung und vor allem der überdurchschnittlichen ökologischen Belastung und Zerstörung¹⁷⁷. Zwar dürfte ihr Lebensstandard, gemessen an der Wohndichte, teilweise höher als in den Städten gewesen sein, ihre Lebensqualität war jedoch durch den Mangel an sozialen und kulturellen Investitionen und die erhöhte betriebliche Disziplinierung dürftig. Es gehört zu den kollektiven Leistungen der Arbeiterklasse, sich gegenüber diesen Schwierigkeiten behauptet, die Kolonien den Absichten ihrer Erbauer entfremdet und durch die Ausbildung einer kommunikativen Subkultur zu Inseln der Solidarität statt zu Brutstätten der Hörigkeit entwickelt zu haben¹⁷⁸.

4. WOHNEN ALS PROLETARISCHE ERFAHRUNG

Die quantitativen und strukturellen Untersuchungen müssen abstrakt bleiben, wenn sie nicht durch die Dimension der Erfahrung der Arbeiter ergänzt werden. Wie wurde von den Wohnungen Gebrauch gemacht, was hieß es, mit mehreren in einem Zimmer zu wohnen oder immer wieder umziehen zu müssen? Eine Antwort auf solche Fragen zu geben, ist schwierig; jeder Anlauf kann nur zu vorläufigen, weitgehend hypothetischen Aussagen führen, für die häufig nur ihre Plausibilität spricht, denn es gibt kaum Material hierzu. Eine Hauptquelle bilden autobiographische Schriften. Auch in ihnen werden Wohnverhältnisse nur selten thematisiert, oft in dem Bestreben, zur politischen Betätigung als dem eigentlich Wichtigen zu kommen. Das ist nicht verwunderlich, denn die meisten Biographien wurden von politisch besonders aktiven Arbeitern geschrieben. Sie geben Auskunft über Fragen wie Partei, Organisation der Streiks etc., jedoch kaum über Aspekte des täglichen Lebens¹⁷⁹. Die informativsten Darstellungen sind Lebensläufe, deren Erstellung an-

stellen. Der wichtigste Versuch zur Selbstorganisation der Planung war die Schaffung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk nach dem ersten Weltkrieg. Für die Wucherung vgl. Plan VII/1 im Atlas *Regionalplanung* des SVR (Essen 1960).

176 Vgl. Wachowiak, a. a. O.; Oskar Mückeley, Die Masuren im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Gelsenkirchen 1910, und die Wiederdrucke in: *Kirche und Religion im Revier*, H. 4, Essen 1967 (hrsg. von Egon Golomb).

177 Noch heute ist die Versorgung mit Dienstleistungen in allen Bundesländern besser als im Ruhrgebiet, immerhin dem stärksturbanisierten Gebiet in Deutschland. W. Lamberts u. a., *Wirtschaftliche Entwicklung im Ruhrgebiet*, Essen 1974, S. 24 f.

178 Vgl. auch Weisser, a. a. O., S. 51 ff. Die Arbeitersiedlungen sind nach beiden Weltkriegen wie auch im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein besonderer Rückhalt bei der Selbstorganisation von Arbeitern gewesen.

179 Als Beispiel: Willi Münzenberg, *Die dritte Front. Autobiographische Aufzeichnungen*, Berlin 1931, Neuaufll. Frankfurt 1972. Einen guten Überblick gibt Wolfgang Emmerich, *Proletarische Lebensläufe*, 2 Bde., Reinbek bei Hamburg 1974/75. Die Ausschnitte aus Arbeiterbiographien bei Emmerich gehen kaum auf unsere Fragestellung ein, er beschränkt sich weitgehend auf politische Aspekte, was sich aus seinen Anforderungen an eine proletarische Autobiographie erklärt: Sie

geregt wurde, die also nicht einem Mitteilungsbedürfnis besonders aktiver Arbeiter entsprangen – so die von P. Göhre herausgegebene Reihe, deren Autoren auffallend nüchtern und sachlich ein Bild ihrer Lebensbedingungen zeichnen¹⁸⁰. Aus sich selbst heraus haben Arbeiter Bereiche ihres täglichen Lebens kaum thematisiert, weil ihnen das Besondere ihrer Situation – was mehr heißt als Feststellung armseliger Verhältnisse – kaum bewußt war. Wie sie lebten, erschien ihnen normal, somit uninteressant, nicht der Rede wert. Als P. Göhre für die Zeit seines Fabrikaufenthaltes eine Bleibe suchte, wollte er »für sich« wohnen. Darunter wurde im allgemeinen der Wunsch verstanden, ein Bett ohne Mitschläfer zu haben: Göhre wollte aber ein Zimmer für sich¹⁸¹. In der Befragung älterer Arbeiter bietet sich eine Möglichkeit, neuartige Quellen zu erschließen. Deren Auskünfte über das tägliche Leben in ihrer Kindheit und Jugend sind sehr verlässlich¹⁸². Man kann so Bereiche thematisieren, die von den bekannten Quellen kaum und selbst von den Autobiographien nur wenig erfaßt werden. Zudem kann man dadurch Erfahrungen der großen Masse der Arbeiter greifen, die weder politisch noch gewerkschaftlich aktiv waren und besonders wenig Spuren hinterließen¹⁸³. Mit dem derzeit noch sehr begrenzten Material aus mündlicher Überlieferung lassen sich jedoch nur allgemeine Tendenzen in den Lebensbedingungen und Verhaltensmustern beschreiben, denen gegenüber die im vorangegangenen Abschnitt hervor gehobenen Differenzierungen zurücktreten müssen.

4.1 In Bewegung

Der wohl wichtigste Faktor, der das Wohnen beeinflusste, war die extrem hohe Mobilität. Diese beinhaltete häufiges Umziehen in den Städten, eine Wanderung in andere Städte und – selten – eine Rückwanderung in die Heimat (vgl. 2.3). Der Zug in die Stadt war nicht ein Tausch stabiler Verhältnisse gegen einen erhofften höheren Lohn; die schlechten Ver-

müsse die persönlichen Ereignisse in Zusammenhang mit den geschichtlichen Ereignissen stellen. Schafft sie es nicht, verliert sie offensichtlich an Wert: So bemängelt er bei *Karl Retzlaw*, Spartakus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, Frankfurt 1971 einen »umwegreichen, sicherlich angreifbaren politischen Lernprozeß« (Bd. 2, S. 30).

Die Auskünfte über das »Privatleben« der Arbeiter in ihren Biographien sind z. T. auch gesammelt, aber in ein zu einfaches Bezugsfeld zwischen Familie und Wirtshaus eingeordnet bei *Siegfried Reck*, Bedingungen und Strukturen des Privatlebens deutscher Arbeiter, phil. Diss. Marburg 1969, S. 121 ff.

180 Von P. Göhre wurden herausgegeben: *Moritz Bromme*, Lebensgeschichte eines modernen Fabrikarbeiters, Leipzig/Jena 1905, Neuaufl., hrsg. von B. Neumann, Frankfurt 1971; *Carl Fischer*, Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, Leipzig/Jena 1904; *Franz Rehbain*, Das Leben eines Landarbeiters, Leipzig/Jena 1911, Neuaufl. Darmstadt/Neuwied 1973; *Wenzel Holek*, Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters, Jena 1909.

181 *Paul Göhre*, Drei Monate Fabrikarbeiter, Leipzig 1891, S. 23.

182 Sowohl in England als auch in den USA hat sich »Oral History« etabliert. Für England vgl. u. a. *Paul Thompson*, The Edwardians, London 1975. Dieses Buch fußt weitgehend auf Material, das durch Befragungen gewonnen wurde. Diese wurden durchgeführt im Rahmen der »Interview survey of Family Life and Work Experience before 1918« (500 Interviews). Für einen Überblick: »Oral History« herausgegeben durch die Oral History Society, Department of Sociology, University of Essex, Colchester, Essex; zur Methode vor allem: Oral History I 4. Für Amerika das Projekt von *Tamara K. Hareven*, The Labourers of Manchester, New Hampshire, 1880 – 1940. The Role of Family and Ethnicity in Adjustment to Urban Industrial Life, das u. a. auf 100 Interviews aufbaut. Einen Überblick über die laufenden Arbeiten in den USA gibt *Paul Thompson*, Oral History in North America, in: Oral History 3, I, S. 26 – 40.

183 An der GHS Essen wird im Augenblick der Versuch gemacht, über Befragungen die Lebensbedingungen in einer Stadt des Ruhrgebietes für die Periode 1900.–1930 zu rekonstruieren. Gerade der subjektive Erfahrungsbereich läßt sich mit Befragungen thematisieren. Einige der Interviews werden im folgenden als Beleg verwendet (unter Gebrauch von Abkürzungen, da allen Befragten Anonymität versichert wurde).

dienstmöglichkeiten auf dem Lande hatten auch dort viele gezwungen, ihren Heimatort immer wieder bei der Suche nach Arbeit zu verlassen, wie es von einem Marktflecken im Lipperland 1888 heißt: »Die Einwohner des Heimatortes lebten nicht leicht. Im Frühjahr zogen die schulentlassene Jugend und viele Familienväter, auch noch welche mit grauen Haaren, mit einem großen weißgrauen Sack auf dem Rücken los. Sie mußten außerhalb der Heimat ihr Brot auf Ziegeleien erwerben. Die zurückgebliebenen Frauen mußten dann den mageren steinigen Boden bestellen. Die fetten Äcker gehörten den großen Bauern im Tal«¹⁸⁴. Die Arbeiter, die nur die Woche über weg waren und spät am Samstag nach Hause kamen, um am Sonntagnachmittag oder in der Nacht zum Montag zurück in die Stadt zu laufen, hatten es da schon besser. Die Knechte und Mägde in der Landwirtschaft waren bei einem Bauern im Gesindezimmer untergebracht. Bereits die Schulentlassenen verließen das Haus ihrer Eltern, und es war offenbar nicht außergewöhnlich, daß sie in diesem Alter in weit entfernten Gegenden ihr Glück versuchten. Mit 14 ging F. Rehbein aus seiner hinterpommerschen Heimat als Ochsenjunge in eine Zuckerfabrik nach Schleswig-Holstein. Die Mutter hatte einige Bedenken, doch es bot sich keine andere Möglichkeit. »Schon seit Jahren kannte man es dort gar nicht anders, als daß die Kinder armer Leute, sobald sie schulfrei¹⁸⁵ waren, für sich selbst sorgen mußten: der Wind mochte sie hinwehen, wohin er wollte. Und merkwürdig oder nicht, den allermeisten gefällt es draußen in der Fremde besser als in der Heimat«¹⁸⁶. Er blieb im norddeutschen Raum, wo er von einem Bauern zum anderen wechselte, aber immer auf sich gestellt blieb. Den letzten Anstoß, das Land zu verlassen, gab häufig das Militär. »Schon beim Kommiß hatte ich häufig darüber nachgedacht, ob es für mein späteres Fortkommen nicht vielleicht besser sei, mein Heil als Industriearbeiter zu versuchen. Mehrere meiner Kameraden, die auch Ackerknechte gewesen waren, wollten es jetzt einmal mit der Stadt probieren«¹⁸⁷.

Vor allem, wenn die Mutter alleine stand, wurden Familien früh auseinandergerissen. »Meine Mutter mietete sich eine kleine Stube. Darin lebten wir den Winter über. Im Sommer ging sie als Rübenmädchen auf die Rittergüter außerhalb des Ländchens. Ich wurde dann bei der Tante untergebracht, die selber viele Kinder hatte. Das kostete meine Mutter täglich 30 Pfennig«¹⁸⁸. Konnten die Eltern nicht genug verdienen, gab es die Möglichkeit, das Kind zu einem Bauern zu geben. Dort mußte es zwar arbeiten, hatte aber das Essen sicher. »Als achtjähriger Junge mußte ich schon das Elternhaus verlassen. Am 1. April 1897 mußte ich bei einem Bauern in der Nähe in Dienst. Bis zu Martini mußte ich das Vieh hüten. Als Lohn bekam ich nur 11 Mark, dazu Schlafstelle und Essen«¹⁸⁹.

Der Entschluß, in die Stadt zu ziehen, war kein abrupter Bruch mit bisherigen Lebensgewohnheiten; hier hoffte man auf die Chance, mehr Geld zu verdienen, bessere Arbeits-

184 *Fritz Pauk*, Jugendjahre eines Tabakarbeiters, Jena 1930, S. 7. »Die bei weitem größte Zahl der deutschen Ziegler, welche nur die Wintermonate und im Anfang des Frühlings zu Hause verweilen, stellt das Fürstentum Lippe, ca. 12 000«. (*Johannes Tack*, Die Hollandsgänger in Hannover und Oldenburg, Leipzig 1902). Die Hollandgängerei war im Ruhrgebiet noch in den 20er Jahren vor allem bei jungen Mädchen verbreitet, die anders keine Beschäftigung fanden.

185 Hier ist gemeint: nach Beendigung der Schulzeit. Es war jedoch auch üblich, daß Schulkinder arbeiteten, vor allem während der Erntezeit.

186 *Rehbein*, S. 60.

187 *Ebda.*, S. 210. Zu den Gründen, die zum Zug in die Stadt führten, vgl. u. a. *Oskar Mulert*, Vierundzwanzig ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien, Jena 1908.

188 *Pauk*, S. 7.

189 *Ebda.*, S. 8. Die Mutter hatte inzwischen geheiratet.

verhältnisse zu finden und endlich sein eigener Herr zu sein¹⁹⁰. Das jedoch erwies sich als äußerst schwierig. Die meisten Zuwanderer vom Lande brachten »keine besonderen, also auch keine besonders zu entlohnenden Fähigkeiten« mit¹⁹¹ außer der Bereitschaft, Arbeitsmöglichkeiten nachzuziehen und immer wieder ihr Glück zu versuchen. Von 1895 bis 1907 nahm die Zahl der gelernten Arbeiter von 3,8 auf 4,9 Mio. um 28 % zu; die der angelernten von 2,0 auf 3,6 Mio. um 71 %¹⁹². Viele der gelernten Arbeiter, wie der Zigarrendreher Pauk, übten dabei ein Handwerk aus, das es immer schwerer hatte, gegen die Industrialisierung anzukommen¹⁹³. Andere waren nur angelernt, wie M. Bromme, der in einer Knopffabrik die zur Bedienung der Maschine notwendigen Fertigkeiten gezeigt bekam und auch im weiteren Verlauf seines Lebens immer wieder als Angelernter arbeitete¹⁹⁴. Einige der neuen Industrien arbeiteten überwiegend mit Angelernten (Maschinenbau, Bergbau), die die nötigen Fertigkeiten gezeigt bekamen und sich so beim Arbeiten qualifizieren konnten. Solche Berufsgruppen und einige traditionelle Wandergesellen wie die Maurer und Zimmerer waren besonders mobil. »Gemildert wird die unsichere Lage der un- und angelernten Arbeiter dadurch, daß sie wegen ihrer geringen Qualifikation sehr anpassungsfähig sind, daß sie heute in diesem und morgen in jenem Betrieb arbeiten können«¹⁹⁵. Daneben gab es Facharbeiter – vor allem in der Metallindustrie –, die zunächst kaum ihre Arbeitsstelle wechselten, höchstens um ihre gute Stelle gegen eine bessere einzutauschen¹⁹⁶, denn: »Durch die Spezialisierung der Arbeit im Großbetrieb wird auch den gelernten, hochqualifizierten Arbeitern der Übergang von der einen Industrie zur anderen erleichtert«¹⁹⁷. Wurde die Arbeit gewechselt, mußte auch häufig die Wohnung gewechselt werden. Mit Verkehrsmitteln zur Arbeitsstätte zu kommen, scheiterte an der schlechten Erschließung und an den hohen Fahrpreisen. 1895 kostete in Berlin eine Arbeiterwochenkarte für die Eisenbahn über 19 km 2,30 M oder 115 M im Jahr. Für eine Wohnung mit einem heizbaren Zimmer zahlte man 230 M im Jahr¹⁹⁸. Umziehen war häufig billiger, dann konnte man zu Fuß gehen. Selbst wenn ein je zweistündiger Weg von und zur Arbeitsstelle – bei einem 10-Stunden-Tag – in Kauf genommen wurde, legte man kaum mehr als 10 km zurück. Auf schlechten, bei Regen grundlosen Straßen, mit unzureichendem, schweren Schuhwerk, z. B. Holzschuhen. »Wenn die Arbeiter auch durchweg abgehärteter als die übrigen Klassen der Bevölkerung sind, so gibt es doch keinen Menschen, der sich dem schlechten Eindruck eines Regengusses, eines Schneegestöbers entziehen kann. Häufig ungenügendes Fußzeug läßt sie bereits mit halb oder ganz nassen Füßen die Arbeit beginnen [...] und unendlich viele haben kaum einen ordentlichen Rock, um ihre Arbeitskleider vor der Nässe zu schützen«¹⁹⁹.

190 *Mulert*, S. 107 – 112. Zu den Erwartungen und der folgenden Enttäuschung: *Hans Marchwitza*, *Meine Jugend*, Berlin/Weimar 1964.

191 *Richard Ehrenberg*, *Krupp Studien*. III. Die Frühzeit der Krupp'schen Arbeiterschaft, in: *Thünen Archiv III*, 1911, S. 46.

192 *Statistik des Deutschen Reiches für 1915*, S. 19.

193 *Pauk*, *passim*.

194 *Moritz Bromme*, *passim*. Zur Differenzierung von gelernten, an- und ungelerten Arbeitern vgl. *Peter N. Stearns*, *The Unskilled and Industrialization. A Transformation of Consciousness*, in diesem Band, S. 249 – 282.

195 *Clemens Heiß*, *Auslese und Anpassung der Arbeiter in der Berliner Feinmechanik*, *SVSP* 134, II, 1910, S. III – 235, S. 139.

196 Vgl. *Göhre*, S. 69 f.

197 *Cl. Heiß*, *Auslese*, a. a. O., S. 139 f.

198 *Clemens Heiß*, *Wohnungsreform und Lokalverkehr*, Göttingen 1903, S. 58 f. Für viele wird eine Wochenkarte angesichts der kurzen Beschäftigungsdauer nicht in Frage gekommen sein.

199 *J. H. Heidmann*, *Hamburg's Verkehrsmittel und Wohnungsverhältnisse*, Hamburg 1891, S. 10; *Hirsch*, S. 20 f.

Da war es vorteilhafter, zentral zu wohnen, selbst wenn dort alles überfüllt war und Wohnungen außerhalb größer und billiger waren. Den weiten Heimweg nach des Tages Mühen und Lasten sahen nur die Reformer als das geringere Übel: »ein Stück Weges kommen ihm Frau und Kind gesund und frisch, gestärkt durch herrliche Natur entgegen und geleiten ihn in sein wohnliches Daheim«²⁰⁰. Die Arbeiter dachten anders. Sie mußten so wohnen, daß sie selbst, ihre Frau und ihre heranwachsenden Kinder Arbeit finden konnten. Viele Arbeitsmöglichkeiten ergaben sich erst kurzfristig, und man mußte immer sprungbereit sein, um solche Gelegenheiten zu erfassen: Es konnte sein, daß auf Baustellen vorübergehend zusätzliche Arbeitskräfte eingesetzt wurden oder Handlanger in einem Betrieb (vgl. Tabelle 19). Besonders auffällig ist die große Zahl der Beschäftigten, die nur bis zu 12 Tagen, also

Tabelle 19

Beschäftigungsdauer ausgewählter Berufsgruppen

Tage*	Zimmereiarbeiter 1897 (in %)		Mauereibetriebe 1898 (in %)				Malereibetriebe 1898 (in %)	
	Ge- sell en	Ar- bei- ter	Maurer	Putzer	Stein- träger	Arbeiter	Gehilfen	An- streicher
1- 3	4,9	15,0	5,5	14,5	5,3	19,4	5,0	6,8
4- 6	8,7	11,2	9,1	8,2	12,9	13,1	8,1	12,1
7-12	13,7	18,2	13,0	16,3	17,0	18,4	13,0	17,1
13-50	39,1	32,6	42,9	60,3	47,0	39,7	34,9	32,1
	66,4	77,0	70,5	99,3	82,2	90,6	61,0	68,1
N	8 103	652	5 610	1 495	1 361	3 989	8 857	1 662

* Der Anteil der nur kurze Zeit Beschäftigten wird höher gewesen sein, da sicher nicht alle gemeldet wurden, die nur wenige Tage arbeiteten.

Quelle: *Statistisches Jahrbuch Berlin 1898*, S. 266; *1897*, S. 257.

zwei Wochen, arbeiteten. Möglichkeiten zu kurzfristiger Beschäftigung boten sich auch besonders im Transportgewerbe, das fast ausschließlich auf menschliche Arbeitskraft angewiesen war: In den deutschen Häfen beispielsweise wurde in den 90er Jahren die Mindestdauer eines Arbeitskontraktes auf einen halben Tag festgesetzt; vorher dauerten sie teilweise nur eine halbe Stunde²⁰¹. Diese Stellen, die durch die hohe Wechselhäufigkeit immer wieder frei wurden, konnte nur der erhalten, der früh genug da war, also in der Nähe wohnte. Gerade diese Arbeiter hatten kein Geld für die Verkehrsmittel, legten die Wege zu Fuß zurück und drängten sich im Zentrum. Die Außenbezirke und Vororte konn-

200 *Ernst Hasse*, Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Leipzig, SVSP 31, 1886, S. 289 - 388, S. 378; er referiert den Vorschlag eines ungenannten Reformers.

201 *Paul de Roussiers*, Hamburg et l'Allemagne contemporaine, Paris 1902, S. 249 ff. Als neuere Untersuchung hierzu: *Peter N. Stearns*, Lives of Labour, London 1975, S. 85 ff. Zu einer besonderen Gruppe unter den nur kurzfristig Beschäftigten, den Wanderarmen, finden sich Angaben bei: *Adelheid v. Saldern*, Vom Einwohner zum Bürger. Zur Emanzipation der städtischen Unterschicht Göttingens 1890 - 1920, Berlin 1973, S. 218 f.; für sie waren Wanderarbeitsstätten und festgelegte Wanderstraßen eingerichtet; wer davon abwich, wurde wegen Bettelns und Landstreicherei verhaftet; die Entfernung zwischen den Arbeitsstätten konnte in einem strammen nachmittäglichen Marsch überwunden werden. »Die Devise lautete also: morgens arbeiten, nachmittags wandern« (S. 218). Die Arbeitsstätte in Göttingen nahm 1912/13 3700 Personen auf (bei etwa 38 000 Einwohnern), die eigens als Wanderarme lizenziert sein mußten.

ten mit ihnen nicht erschlossen werden, solange ihre Arbeitsverhältnisse zu schwankend und ihre Löhne zu niedrig waren. Das galt besonders für ungelernte Arbeiter; aber auch Facharbeiter mußten mit Arbeitslosigkeit und Arbeitsstellenwechsel rechnen²⁰². Die Beschäftigungsdauer war so ungewiß, daß z. B. in Frankfurt viele Mietverträge nur über die Dauer eines Monats abgeschlossen wurden. Wie sollte der Hausbesitzer bei einem Arbeitslosen an Geld kommen? Er warf ihn lieber hinaus und nahm einen neuen Mieter²⁰³. Wer häufig umzog, wohnte teurer. Die Armen zahlten »für schlechte Löcher unverhältnismäßig hohe Mieten. Die Miete scheint in manchen Häusern darauf berechnet zu sein, überhaupt nur einmal im Monat [gemeint ist: für einen Monat] bezahlt zu werden. Den nächsten Monat wohnt der Mieter dann zunächst noch ohne Bezahlung weiter, bis er exmittiert wird. Wer sich nun aber bemüht, regelmäßig die Miete aufzubringen, zahlt entschieden zu viel«²⁰⁴.

»Größe und Lage der bewohnten Räume stehen im umgekehrten Verhältnis zum Preis«²⁰⁵. Die Arbeiter, die schlechter verdienten und häufiger umzogen, mußten ihre schlechten Wohnungen noch verhältnismäßig teurer bezahlen (vgl. 2.2). Für unnötige Ausgaben blieb kein Geld; unnötig war, mehr als ein Zimmer – und das war in der Regel die Küche – zu heizen. Möbel waren kaum finanzierbar²⁰⁶.

»In der Küche, die gleichzeitig Hauptwohnraum war, gab es zu jener Zeit nur den Tisch, die Stühle und den Schrank. In der Ecke stand der unentbehrliche Kohlenherd. Für jeden einen Teller, eine Tasse und einige Töpfe und Schüsseln, damit ist die Liste bald erschöpft. Es gab weder eine Wasserleitung noch Gas noch elektrisches Licht, es gab weder Bad noch Toilette im Haus. Die Fußböden wurden wöchentlich mit Seifenwasser geschrubt. Teppiche waren unbekannt, es hingen auch keine oder nur wenige Bilder an den weißgetünchten Wänden. Also viele der Ausstattungsgegenstände von heute gab es nicht. Das gleiche gilt für die Stube und die Schlafkammer«²⁰⁷.

Die Einrichtung mag dürftig gewesen sein, war aber auf besondere Weise funktional. Wenn »die wenigen Möbel, die infolge des ewigen Umziehens ohnehin nicht mehr neu aussahen [...] den Rest« bekamen, gingen keine großen Werte kaputt. Sie konnten bei einem Umzug schon mal längere Zeit draußen stehen bleiben. Man brauchte »nicht bange zu sein, denn sie waren das Stehlen nicht wert«. Die Umzugskosten, die im Schnitt 10–15 % der Jahresmiete betrug, reduzierten sich bei den Besitzern kleiner Wohnungen, denn da machte es der Gemüsekarren des Händlers oder der Lumpensammler²⁰⁸.

4.2 Zusammenrücken

Kam eine Familie in die Stadt, versuchte sie, in den überfüllten und teilweise verslumten Arbeiterquartieren eine Wohnung zu finden. Einige konnten selbst hier nicht unterkommen, wurden in Asyle und ähnliche öffentliche Anstalten eingewiesen oder kampierten

202 In der Berliner Maschinenindustrie waren um die Jahrhundertwende länger als 14 Tage im Laufe eines Jahres arbeitslos: 36,3 % der gelernten, 37,2 % der angelernten und 41,4 % der ungelerten Arbeitskräfte; in: Landé, a. a. O., S. 434. Die Zahlen gelten für 1905, ein besonders gutes Jahr. Vgl. hierzu 4.4 dieses Aufsatzes.

203 Flesch, Die Wohnungsverhältnisse in Frankfurt/M., SVSP 30, 1886, S. 58 – 91, S. 78.

204 Hasse, a. a. O., S. 304.

205 Ebda.

206 Zum Verhältnis Miete / Einkommen vgl. 2.2 dieses Aufsatzes.

207 Wilhelm Kaisen, Meine Arbeit, mein Leben, München 1967, S. 11 f.

208 Hermann Enters, Die kleine mühselige Welt des Hermann Enters, Wuppertal 1971, S. 40. Wiedfeldt, Das Aftermietwesen in der Stadt Essen, nach der Aufnahme vom 1. 12. 1900, in: Beiträge zur Statistik der Stadt Essen, H. 7, Essen 1902, S. 53.

auf freiem Feld: »Die Leute lagerten mit ihren Möbeln und ihrem Hausrat unter freiem Himmel und führten ein vom Berliner Witz und Humor gewürztes Zigeunerleben«²⁰⁹. Sie selbst fanden es sicher nicht so lustig. Einzelpersonen versuchten erst gar nicht, eine Wohnung zu bekommen, da dies für Arbeiter und selbst für das Kleinbürgertum zu teuer war²¹⁰. Sie wurden Untermieter, sei es als Zimmermieter oder als Schlafgänger.

Zuverlässige Zahlen über Schlafgänger und Zimmermieter zu finden, fällt besonders schwer, da die Polizei und die Wohnungsinspektoren auf diese ihr besonderes Augenmerk richteten. Um ihren Argwohn erst gar nicht zu erregen, meldete man viele Schlafgänger nicht an oder gab sie als Zimmermieter aus, so daß es zwischen den beiden statistischen Gruppen häufig kaum einen Unterschied gegeben hat. Schlafgänger hatten nur Anspruch auf ein Bett bzw. einen Teil eines Bettes. Ein Zimmermieter verfügte normalerweise über einen eigenen Raum, den er aber häufig mit anderen teilte. Es konnte jedoch sein, daß das Zimmer tagsüber von der Familie mitbenutzt und erst spät abends geräumt wurde; ferner konnte damit die zu einer Wohnung gehörende Bodenkammer gemeint sein, die separat lag und z. T. als eigenes Zimmer vermietet wurde²¹¹. In der Regel jedoch werden sowohl die Mieter, zu denen u. a. Studenten gehörten, als auch die Vermieter von Zimmern besser gestellt gewesen sein²¹². Die Fehlerquellen waren auch den Statistikern bekannt; die Stadtverwaltung von Bielefeld gab auf eine Anfrage nur Schätzwerte an, so wenig traute man den eigenen Zahlen²¹³. Andere Ämter änderten ihre Definition abrupt: 1890 hatte Altona 5167 Schlafgänger, zehn Jahre später nur noch 27. Man hatte kurzerhand die Schlafgänger zu Zimmermietern ernannt, deren Zahl so von 1289 auf 7211 stieg²¹⁴. Es empfiehlt sich, beide Gruppen zusammenzufassen; zusätzlich sollte man die Angaben in Tabelle 20 um einige Prozent heraufsetzen, um den nicht angemeldeten Schlafgängern Rechnung zu tragen. Um die Jahrhundertwende hatten zwischen $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{4}$ der städtischen Haushalte Untermieter.

Welche Familien nahmen Schlafgänger auf? Oben wurde gezeigt, wie gering der finanzielle Spielraum der Arbeiter, vor allem der Ungelernten, war (vgl. 2.2). Mußten sie für Kinder sorgen, wuchsen die Schwierigkeiten, da die Einnahmen der Frau fortan entfielen. Zu Hilfsarbeiten wie Putzen, Nähen etc. gab es wenig Möglichkeiten, da die Nachbarn selbst kaum Geld hatten. »Geht man von einer am Existenzminimum orientierten Konsumnorm für den Arbeiterhaushalt aus, so reichte das Einkommen des ungelernten Fabrikarbeiters im allgemeinen nicht aus, die Familie, besonders wenn Kinder vorhanden waren, zu unterhalten«²¹⁵. Wie sollte man die zusätzlichen Ausgaben für die Kinder bezahlen? Nahrung

209 G. Berthold, Die Wohnverhältnisse in Berlin, insbesondere die der ärmeren Klassen, SVSP 31, II, 1886, S. 199 – 235, S. 201.

210 Das Statistische Jahrbuch deutscher Städte XVI zeigt für 27 größere Städte einen Anteil von 1,1 bis 3,67 % einzeln lebender Personen; S. 467.

211 Vgl. Göhre, S. 25; Wiedfeldt, a. a. O., S. 56.

212 In Essen hatten Haushalte mit Schlafgängern in der Regel 3 Räume, solche mit Zimmermietern 4 – 6 Räume. Von den Zimmermietern wohnten 51 % alleine in einem Zimmer. Bei den Schlafgängern wohnten nur 31 % als Einzelne in einem Haushalt – was immer schon teilen hieß –, 59 % wohnten mit 2 – 5 Schlafgängern zusammen; siehe Wiedfeldt, a. a. O., S. 24 – 32.

213 Eine Reihe der befragten Behörden erklärte, »eine strenge Kontrolle der bzgl. Verhältnisse sei schwer durchführbar und die Zahlen seien eher zu niedrig als zu hoch. Das erscheint erklärlich, denn bei Anmeldung von 2, 3 und mehr Schlafgängern für eine zweiräumige Wohnung würde doch wahrscheinlich ein polizeiliches Eingreifen zu erwarten sein. In dieser Befürchtung werden die Schlafgänger eben vielfach überhaupt nicht angemeldet, oder es werden eben weniger angemeldet, als tatsächlich gehalten werden«. In: Ergebnisse der Wohnungsaufnahme in westfälischen Städten vom 1. Dezember 1905, T. II, S. 17.

214 Evert, a. a. O., S. 174. Ähnliche Verschiebungen finden sich auch bei anderen Städten.

215 Lothar Schneider, Der Arbeiterhaushalt im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin 1967, S. 99.

Tabelle 20

Haushalte mit Zimmermietern und Schlafgängern

		Von allen Haushalten hatten	
		Schlafgänger (in %)	Schlafgänger und Zimmermieter (in %)
Berlin	1880	15,3	—
	1890	15,1	23,1
	1900	12,7	19,75
	1905	11,6	19,6
Breslau	1880	—	25
	1890	12,5	17,8
	1900	8,6	15,3
	1905	8,4	15,1
Frankfurt/Main	1890	6,22	24,6
	1900	14,63	24,6
Halle a. d. S.	1890	7,47	16,2
	1900	5,59	11,7

Aus: Evert, S. 174/75; Berthold, S. 205; Honigmann, S. 272.

und Kleidung waren bisher schon nicht üppig ausgefallen, und Einschränkungen waren nur in geringem Umfang möglich. Als großer Faktor blieben die Wohnungsausgaben, denn wie ein Nationalökonom formulierte: »Das Wohnungsbedürfnis besitzt unter allen menschlichen Bedürfnissen die größte Elastizität«²¹⁶. Häufig blieb nur, in eine kleinere Wohnung zu ziehen, wenn man Kinder bekam – und in eine noch kleinere, wenn noch mehr Kinder kamen. Die Wohnungen waren »nicht zu groß zum Wohnen, wohl aber zum Bezahlen«²¹⁷. Gleichzeitig bestand auch der Zwang, zur jeweils bestbezahlten Arbeit zu ziehen, um ein möglichst hohes Einkommen zu erzielen. Die Gründung einer Familie war nicht der Beginn eines neuen, ruhigeren Lebensabschnittes nach stürmischer Jugendzeit – sie brachte neue Unruhe²¹⁸. »Tadellose Wohnverhältnisse gab es nur [...] wenn kinderlose oder auch ältere

216 L. Pohle, Bd. I, S. 6.

217 Ludwig Turek, Ein Prolet erzählt, Frankfurt 1975, S. 11 f.

218 Umzugsrate für Familienvorstände und Alleinstehende (Zahl von Wegziehenden pro 1000 Hinzuziehende derselben Kategorie) in Bochum nach Crew, S. 63.

Jahr	Verheiratete	Alleinstehende
1875	577	401
1876	807	502
1877	733	629
1878	631	581
1879	772	602
1880	568	478
1905	961	842
1906	863	799
1907	819	887
1908	890	880
1909	1 121	954
1910	1 095	898

Ehepaare, deren Kinder bereits erwachsen und versorgt waren, leidliches oder gar gutes Einkommen hatten«²¹⁹. Kinderreich waren fast alle Familien, besonders die der Armen²²⁰. Zwar fehlte es nicht an der Bereitschaft, sich in engen Wohnungen zusammenzudrängen, es fehlten aber kleine Wohnungen, und die vorhandenen waren teuer und nicht sauber zu halten.

Immer wieder wurde von den Reformern geklagt, wie dreckig die Wohnungen der Armen waren. Der vereinzelte Sozialarbeiter, der behauptete, die Armen seien ebenso reinlich wie die Reichen, stieß auf Unglauben²²¹. Die meisten Ärmern standen bei ihren Bemühungen, die Wohnungen sauber zu halten, vor unüberwindlichen Hindernissen: Die Zimmer waren feucht, fließendes Wasser gab es hauptsächlich an den Wänden herab. Aus Geldmangel wurde nur ein Raum beheizt, in dem sich alle aufhielten und der so nicht als Schmuckkästchen hergerichtet werden konnte. Geld für komplette Garnituren Wäsche gab es nicht, die Abwässersysteme steckten in den Anfängen, und die Anfänge waren in den besseren Gegenden²²². So verwundert es nicht, daß die hygienischen Zustände schlecht waren (vgl. 2.5). Als eine Wohnungsinspektorin eine Erzwingungsstrafe verhängte, weil sie in die Wohnung einer Näherin in Gottesberg nicht eingelassen worden war, schrieb diese an die Königliche Amtshauptmannschaft in Auerbach im Vogtland:

»Wie die Frau damals in meiner Wohnung war das war Vormittag 1/2 10 Uhr da hatten wir gerade notwendige Arbeit nach Eibenstock wenn manns nicht fertig hatt bekommt man kein Lohn dafür. Da hatten wir noch nicht aufgeräumt und wenn so viel Kinder sein und eine so kleine Stube es war erst Vormittag die größeren Kinder haben immer zu Lernen in der Schule wie Ich meine notwendige Arbeit fertig hatte da habe Ich auch meine Sachen in Ordnung gemacht Ich kenne schon die Ordnung wir scheuern der Woche zweimal Ich wasche meine Wäsche und scheure auch die Stube. Das können Sie sich wohl denken eine solche kleine Stube und weiter keine kleine Kammer und garnichts weiter wenn Ich zwei Stuben hätte könnte Ich auch eine schön halten das wir mehr Platz hätten und wenn so vil Leute sein wird auch viel gebraucht zur Nahrungsmittel und auch zur Kleidung wenn man da nicht mit was verdient nicht auskommt In Gottesberg was die armen Leute sind da ist es bei einen wie bei anderen da langt es immer nicht zu in Gottesberg giebt es keine Beschäftigung wenn wir nichts zu nähen haben giebt es nichts für die Weibsen zu thun Wir waschen jetzt alle zwei Tage weil wir nichts zu tun haben Ich verwehre der Frau Wohnungsinspektor keinen Zutritt die kann kommen wenn sie will. Ich will Sie freundlich aufnehmen in meiner Wohnung. Das war blos damals wie Sie da waren das war am Freitag Vormittag früh wie Ich notwendige Arbeit hatten. Ich wasche und mache meine Sachen in Ordnung wie jede andre Frau. Ich habe schon vier Kinder groß gezogen und habe auch noch kleine wird mir Gott auch noch durch helfen das Ich Sie gar groß Ziehe Ich will mich gerne plagen will für Sie sorgen Wenn Strafe bezahlen soll ich habe doch keine Thüre zugesperrt da weiß Ich nichts davon und die Fenster da ging der Wind rein weil Ich krank war. Es ist nur mein Mann krank die Tochter arbeiten blos in der Fabrik nur halbe Tage und Ich habe auch

219 Göhre, S. 21 f.

220 »Im Verlauf des Industrialismus ging zwar auch der Arbeiter dazu über, seine Familiengröße rational zu bestimmen, doch wurde in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kinderzahl als noch nicht rational bestimmt betrachtet«. Schneider, S. 99 f.; Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960, S. 70 – 78.

221 Hase, a. a. O., S. 349.

222 Kurt Koszyk, Dortmunder Kommunalpolitik während der Gründerjahre, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark S. 72 ff., S. 91 ff.

nichts zu thun jetzt habe ich kein Geld wen ich Geld habe will Ich es bezahlen aber Ich kann doch nicht dafür«²²³.

Tabelle 21

Haushalte mit Kindern, Zimmermietern und Schlafgängern

		Von den Haushalten mit Kindern hatten		Von den Haushalten mit Schlafgängern hatten
		Schlafgänger	Schlafgänger und Zimmermieter	Kinder
		(in ‰)	(in ‰)	(in ‰)
Berlin	1890	16,2	23,8	71,6
	1900	13,2	19,3	67,4
Charlottenburg	1900	10,2	19,8	71,0
Essen	1900	10,5	16,2	73,2
Frankfurt/M.	1900	17,2	26,1	85,8

Aus: *Evert*, S. 174.

Wo es nicht möglich war, in kleinere und billigere Wohnungen zu ziehen, blieb als Ausweg, einen Untermieter aufzunehmen und einen Teil der Mietkosten auf diesen abzuwälzen. Tabelle 21 zeigt den Anteil der Haushalte mit Kindern, die Schlafgänger aufnehmen mußten. Die übergroße Mehrheit der Schlafgänger wohnte in einer Familie mit Kindern. Die meisten haben zudem nicht gleich beim ersten Kind einen Untermieter genommen. Viele Familien nahmen Schlafgänger nur vorübergehend auf. Für einige war es eine Möglichkeit, Krisen zu überstehen, bis sich die Verdienstmöglichkeiten gebessert hatten. Andere überbrückten damit eine Erkrankung des Ernährers²²⁴. Schlafgänger wurden aufgenommen, solange es nötig war. Wenn die ältesten Kinder verdienten, konnte deren Einkommen mit-helfen, die jüngeren Geschwister zu unterhalten, und die Schlafgänger wurden überflüssig²²⁵. Diese Möglichkeit bot sich zunehmend gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Wenn das Elternhaus in der Nähe der Arbeitsstätte lag, blieben die Kinder dort wohnen und konnten früh relativ viel Geld verdienen. Gerade in der modernen Industrie, wie z. B. dem Maschinenbau, arbeiteten häufig angelernte Kräfte, die bald einen ziemlich hohen Verdienst erreichten, vor allem wenn sie jung waren²²⁶.

Eine andere Gruppe von Familien mit Kindern nahm zunächst keine Schlafgänger auf, da sie in so engen Wohnungen lebten, daß kein Platz mehr freigemacht werden konnte. Solche Familien versuchten, eine größere Wohnung zu mieten und durch Schlafgänger einen Teil

223 *W. F. Poetzsch*, Wohnungsaufsicht und Wohnungsverhältnisse im Bereich der Königl. Amtshauptstadt Auerbach i. V., Dresden o. J., S. 14.

224 »Um ihre soziale Notlage aufzufangen, nahmen die Tuberkulösen meist noch Schlafburschen in ihre Wohnung auf«; *Blasius*, a. a. O.

225 *Richard Ehrenberg*, Durchschnittsverdienste und Verdienstklassen der Arbeiterschaft von Friedrich Krupp in Essen 1845 – 1906, in: *Thünen Archiv II*, 1909, S. 220 – 27, Tabellen VIIa und VIIb.

226 *Ebda.*, S. 204 – 227.

der Kosten tragen zu lassen. Wieder andere konnten aufgrund ihrer extrem hohen Mobilität keine Untermieter aufnehmen. Es gab also Familien, die in so beengten und ärmlichen Verhältnissen lebten, daß sie nicht einmal einen Teil der Kosten auf Untermieter abwälzen konnten. Platz für einen Schlafgänger wurde häufig gemacht, indem die Kinder in ein Bett zusammenrückten oder bei den Eltern schliefen, das jüngste meist im Bett der Mutter, die älteren beim Vater²²⁷. In einigen Fällen teilten sie auch mit dem Schlafgänger das Bett. Hatte dieser die Kinder des Vermieters nicht in seinem Bett, konnte das ein fragwürdiger Erfolg sein: Oft hieß es dann, das Bett mit einem weiteren Schlafgänger zu teilen. Gerade hier sind die Zahlen nicht verlässlich, denn die Mehrfachbelegung der Betten erregte besondere Ängste bei den Behörden, die immer wieder Verbote erließen, sie aber nicht durchsetzen konnten. Essen z. B. hatte erst für 1903 vor, eine Verordnung zu erlassen, nach der für jeden Schlafgänger ein Bett vorhanden sein müsse²²⁸. Die Industrialisierung brachte in diesem Fall jedoch nicht nur das Problem, sie brachte auch eine Lösungsmöglichkeit: die Schichtarbeit. Man mußte nur Mieter mit verschiedenen Schichten finden und konnte das Bett reihum vermieten²²⁹.

Schlafgänger fanden sich überwiegend in kleinen Wohnungen, und in einer Wohnung gab es durchschnittlich mehr als einen Schlafgänger²³⁰. Angaben über den Beruf der Vermieter und Schlafgänger lassen sich nicht machen²³¹. Auffällig ist der große Anteil von Haushalten mit einer Frau als Vorstand. Sie waren alleinstehend und auf die Einnahmen angewiesen, da es keine ausreichende Beschäftigungsmöglichkeit oder Unterstützung gab. Ein großer Teil von ihnen hatte Kinder, d. h. ihr Mann hatte sie verlassen oder war verstorben²³². Die Entwicklung des Schlafgängerwesens geht aus Tabelle 22 hervor²³³. Sie zeigt nach der Jahrhundertwende einen ziemlich rasch abnehmenden Trend, der sich erklären läßt durch stabilere Arbeitsverhältnisse und höhere Einkommen – vor allem, wenn die Kinder mit verdienen.

Wie die Zahlen zeigen, war es nichts Ungewöhnliches, Schlafgänger zu sein. Für viele war es eine eigene, wenn auch vorübergehende Art zu leben. K., Sohn eines Fabrikarbeiters, ging nach einem Streit mit seiner Stiefmutter mit 14 Jahren von zu Hause weg; in einem Nachbarort fand er ohne Schwierigkeiten Arbeit und eine Schlafstelle. Als sein Vater ihm nachreiste, fuhr er zu seinem Onkel nach Hamburg und anschließend zwei Jahre mit diesem auf einem Schiff für eine französische Bergwerksgesellschaft; anschließend arbeitete er für diese in Frankreich und wäre da geblieben, wäre der 1. Weltkrieg nicht ausgebrochen. Nach dem Krieg wohnte er in B., wo er Betriebsratsvorsitzender wurde und nach dem 2. Weltkrieg Gewerkschaftssekretär²³⁴. Sein Werdegang war etwas abenteuerlich, zeigt aber, daß

227 Auch in Familien, die keinen Schlafgänger hatten, war die Regel, daß mehrere Kinder in einem Bett schliefen.

228 Wiedfeldt, a. a. O., S. 49.

229 Vgl. u. a.: Ernst Tremöhlen, Wohnungsfürsorge für Industriearbeiter in der Provinz Westfalen unter besonderer Berücksichtigung des Kleinwohnungsbaues, Jena 1911, S. 6 ff.; Wiedfeldt, a. a. O., S. 72.

230 J. Altenrath, Das Schlafgängerwesen und seine Reform, Berlin 1919, S. 40.

231 Bei Altenrath, S. 32 f., findet sich eine Tabelle, die Angaben über die Berufsgruppe des Vermieters macht. Sie bezieht sich jedoch auf Klein- und Mittelstädte mit eher traditioneller Struktur und unterscheidet zudem nicht zwischen Zimmermietern und Schlafgängern.

232 Die Mutter von Bromme konnte so die Zeit überbrücken, die ihr Mann wegen Betätigung für die SPD im Gefängnis verbrachte; Bromme, S. 66 ff.

233 Für die Zeit vor der Jahrhundertwende liegen nur vereinzelt Zahlen vor. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß vor 1890 die Prozentzahlen höher lagen.

234 Interview R.

Tabelle 22

Anteil der Schlafgänger an der Haushaltsbevölkerung

	1890	1900	1905	1910
Berlin	6,23	5,38	5,28	4,43
Breslau	4,46	3,48	3,28	2,41
Charlottenburg	—	2,88	3,50	2,67
Chemnitz	—	3,94	3,12	2,60
Cöln a. R.	—	2,21	2,66	1,43
Dortmund	—	4,60	4,07	2,13
Dresden	—	3,00	2,81	2,09
Elberfeld	—	2,04	1,50	1,03
Freiburg i. B.	—	0,89	3,78	1,87
Lübeck	—	1,91	1,47	0,97
Posen	—	2,53	2,28	1,44

Aus: *Altenrath*, S. 16 – 19.

ein Schlafgänger nicht zu einer Randgruppe gehörte, die nur schwer den Übergang zu stabilen Verhältnissen fand. Auch das Verlassen des Elternhauses fiel den meisten nicht schwer, denn eine Privatsphäre mit exklusiven Bindungen an die Eltern hatten sie nicht erfahren (vgl. 4.3). Sie waren von zu Hause gewöhnt, in engen Wohnungen zu schlafen und mit den Geschwistern das Bett zu teilen. Wenn sie vom Lande kamen, waren sie leichter zufriedenzustellen. Bei einigen reichte es, wenn »schönes, frisches [. . .] Stroh zu einer Lagerstatt« vorhanden war, selbst wenn der Raum unter dem Dach einer Scheune lag, nur mit der Leiter zu erreichen war und eine Pferddecke zum Zudecken diente²³⁵. Es war nicht schwer, wegzuziehen und sich wieder zurechtzufinden, da man sich nicht auf etwas Ungewisses einließ. Dieselben oder ähnliche Verhältnisse gab es in allen Städten. So wollte F. mit einem Arbeitskollegen von Düsseldorf nach Dortmund, ohne genauere Vorstellungen zu haben, was ihn dort erwartete – aber auch mit der Sicherheit, daß er sich dort zurechtfinden werde. Auf dem Bahnsteig schloß der Kollege sich einer anderen Gruppe an, was F. nicht zaudern ließ, alleine weiterzufahren. Er fand sich gut zurecht in Dortmund und wechselte seine Arbeits- und Wohnstätten noch häufiger²³⁶. Für die meisten, die vom Lande kamen, lag darin ihre einzige Chance, vor allem für die Anfangszeit. Ungewohnter war für viele der Zwang der industriellen Arbeitsdisziplin²³⁷; lange Arbeitsstunden waren sie vom Lande und vom Handwerk gewohnt. »Infolge der beim Landbau und der gewerblichen Handarbeit angenommenen Formen erscheint die Fabrikarbeit den Leuten zunächst lang-

235 *Fischer*, S. 211.

236 Interview R. Wer eine Schlafstelle hatte, mußte zumindest nicht befürchten, als Vagabund von der Polizei verhaftet zu werden; *M. Freudenthal*, *Gestaltwandel der städtischen bürgerlichen und proletarischen Hauswirtschaft*, T. I, 1760 – 1910, Würzburg 1934, S. 79.

237 Vgl. *E. P. Thompson*, *Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus*, in: *Rudolf Braun u. a.* (Hrsg.), *Gesellschaft in der industriellen Revolution*, Köln 1973, S. 81 – 112. Die Anpassungsleistung beschränkte sich somit nicht nur auf Familienmitglieder. *Peter N. Stearns*, *Adaption to Industrialization. German Workers as a Test Case*, in: *Central European History* 1970, S. 303 – 331, geht allerdings kaum auf die Familienstruktur ein.

weilig und eintönig«²³⁸. Unbekannt aber war der Drill einer Uhr und des Akkordsystems. Die große Zahl der Stellenwechsel und vor allem der Kündigungen auf eigenen Wunsch findet teilweise ihre Erklärung in dem Unwillen gerade junger Leute, sich dieser Disziplin zu unterwerfen²³⁹.

Mädchen bildeten unter den Schlafgängern eine Minderheit, vor allem in den Industriezentren an der Ruhr. Häufig waren sie nur in den Textildistrikten anzutreffen²⁴⁰. Der erste Beruf der meisten Mädchen, die vom Land in die Stadt kamen, war der des Dienstmädchens. Von den 15 397 zuwandernden weiblichen Einzelpersonen, die 1877–85 nach Breslau kamen, waren es 66 0/0. Nach Berlin kamen zwischen 1897 und 1900 jedes Jahr mehr als 44 000, sehr zur Freude der Berliner Bürger, die mit Schrecken erkannt hatten: »Die Großstädterin dient nicht, die Provinzen müssen es schaffen«²⁴¹. In Frankfurt betrug damals der Anteil der ortsansässig Geborenen unter den Dienstmädchen nur 2,3 0/0, in Berlin 6,9 0/0, in Leipzig 6,8 0/0²⁴². Über sie findet sich kaum Reformliteratur, wußte man sie doch in guten Händen. Sie teilten mit respektablen Bürgern das Haus, nicht selten auch das Bett. Mancher Jüngling suchte beim Küchenpersonal zu erfahren, was in seinem bürgerlichen Elternhaus Tabu war, während sein Vater bei den Dienstmädchen zu einem Schlafgänger eigener Art wurde. Trotz dieser persönlichen Anstrengungen gelang die Integration der Dienstmädchen nicht besonders gut: Einmal in die Stadt gekommen, wechselten sie die Dienststellen häufig. So kamen 1891 in Hamburg 55 129 Wechsel auf 27 000 Dienstmädchen, 1900 50 659 auf 29 577²⁴³. Nach einer Untersuchung wechselten in Berlin 43 0/0 aller Dienstmädchen vor Ablauf eines Jahres, und noch einmal 41 0/0, bevor ein weiteres vorbei war. Unter den »Mädchen für alles« betrogen die Zahlen 52 bzw. 33 0/0²⁴⁴.

Die Mädchen aus der Provinz waren weitgehend rechtlos und konnten ungestraft gezüchtigt werden²⁴⁵. Vielen wurde zu Beginn der Sommersaison gekündigt, wenn die Familie wegfuhr und die Stadtwohnung leerstand, sie also nicht mehr unbedingt benötigt wurden. Ihre Wohnverhältnisse waren besser als die der Schlafgänger. Wenn es nur ein Dienstmädchen im Haushalt gab, hatten viele eine eigene Kammer, die manchmal recht klein war. Andere mußten auf dem Hängeboden schlafen, einer Art Zwischendecke, die im Flur eingezogen sein konnte. Dort war es z. T. so eng, daß man sich nur kniend bewegen konnte. Im Som-

238 T. C. Banfield, *Industry of the Rhine*, o. O. 1846, S. 228, 234 ff. Die hier für die 1840er Jahre geschilderten Schwierigkeiten galten bei vielen, die von der Landwirtschaft in die Industrie wechselten.

239 Vgl. *Ehrenberg*, Schwäche und Stärke, a. a. O., S. 401 – 558. Nach seinen Angaben waren mehr als 60 0/0 der Abgänge bei Krupp zwischen 1900 und 1909 Kündigungen auf eigenen Wunsch. *Ebda.*, S. 457 ff.

240 Vgl. *J. Altenrath*, S. 70 – 134, 177 – 192. Um die Jahrhundertwende wohnten in Mönchengladbach nur 0,8 0/0 der jugendlichen männlichen Arbeiter nicht bei den Eltern, jedoch 9,3 0/0 der weiblichen; siehe: *Marie Bernaýs*, Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie, SVSP 133, I, 1910, S. 207; *Heberle*, S. 21 – 36 zu Alter und Geschlecht der Wandernden.

241 *Oscar Stillich*, Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin, Berlin/Bern 1902, S. 99 f. Er hat für seine Untersuchung Dienstmädchen und deren Herrschaften befragt; das ist eine der erhaltenen Antworten. *Rolf Engelsing*, Das häusliche Personal in der Epoche der Industrialisierung, in: *ders.*, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973, S. 225 – 261.

242 *R. Kuczynski*, Der Zug nach der Stadt, Stuttgart 1897, S. 46 f.

243 *O. Stillich*, a. a. O., S. 265.

244 *Ebda.*, S. 268.

245 *Ebda.*, S. 239. Streng genommen gab es kein Züchtigungsrecht, es gab nur keine Möglichkeit für die Dienstmädchen, gegen »geringe Tötlichkeiten« der Herrschaften durch Einschaltung der Polizei oder Gerichte vorzugehen.

mer war es stickig heiß, im Winter kalt, wenn nicht die Wärme von der Küche durch die Wand kam. Die von Stillich befragten Herrschaften fanden das alles in Ordnung: »am Tage hält sich das Mädchen in der Küche auf«, und wolle es abends schlafen gehen, sei »durch eine Trittleiter mit Oesen zum Aufhängen [...] der Boden resp. die Kammer sicher zu erreichen«²⁴⁶. Auch abgesehen von den Launen und außerdienstlichen Ansprüchen der Herrschaften wundert es deshalb nicht, daß die meisten Dienstmädchen nach einiger Zeit versuchten, andere Arbeit zu finden. Von 80 000 Dienstmädchen in Berlin waren 68,4 % nicht länger als 5 Jahre in der Stadt, nur 11 % länger als 10 Jahre. Die meisten heirateten, ein Teil fand Arbeit in der Industrie²⁴⁷. Das sonst gern als Erziehungsmittel für die »kulturlosen Proleten« empfohlene Konzept sozial gemischten Wohnens hat hier nicht weit geführt: $\frac{3}{5}$ der polizeilich bekannten Prostituierten waren ehemalige Dienstmädchen²⁴⁸. »Ganz zweifellos geht aus der [...] großen Anzahl von ehemaligen Dienstmädchen unter den Prostituierten eines hervor, nämlich, daß der sittliche Einfluß des Herrschaftshauses auf die Dienstboten sehr gering ist, bei weitem geringer als der Halt, welcher den Fabrikarbeiterinnen durch ihre Kameradinnen geboten wird«²⁴⁹.

4.3 Halboffene Familienstruktur

Eine große Zahl von Familien, die mit ihren Kindern in engen Wohnungen lebten, mußte zusätzlich noch Schlafgänger aufnehmen. Wie kamen sie miteinander aus? Lebten sie aneinander vorbei, oder waren die Verhältnisse so unerträglich, daß es kaum auszuhalten war? Für P. Göhre war es eine Tatsache, daß infolge dieser Zustände in weiten Kreisen der großstädtischen Industriebevölkerung die »überlieferte Form« der Familie nicht mehr vorhanden war und einem in der »Zusammensetzung seiner Glieder durch Zufälligkeiten gebildeten Kreis von Blutsverwandten und Fremden Platz gemacht« hatte, wo die »verwandtschaftlichen Neigungen vor den wirtschaftlichen Verpflichtungen«²⁵⁰ zurückgetreten waren. Was bei den Arbeitern die »überlieferte Form« der Familie war – von der P. Göhre so selbstverständlich ausging und dabei die bürgerliche Familie des späten 19. Jahrhunderts meinte –, ist in der historischen Forschung nicht geklärt. Der Nachweis der Verbreitung der Kleinfamilie schon vor der Industriellen Revolution ist zwar erbracht, jedoch fällt es immer noch schwer, den Charakter des sozialen Zusammenlebens in den Familien zu bestimmen. Die vereinzelt klassen- bzw. schichtspezifischen Untersuchungen geben noch kein einheitliches Bild. M. Anderson hat gezeigt, daß die Arbeiterfamilie während der Industrialisierung die wichtigste Bezugsgruppe blieb und eine Anpassung an die neuen Bedingungen erleichterte²⁵¹. Damit war freilich die Binnenstruktur der Arbeiterfamilie noch nicht bestimmt. Die Beziehungen zwischen den Generationen änderten sich. Medick hat betont, welche geringe Autorität Heimarbeitereltern über ihre Kinder bereits in der Protoindustrialisierung ausübten, wie die Entlastung vom bäuerlichen Druckmittel Erbe die Familienbeziehung mehr auf Funktion und Sympathie gründete, die Stellung der Frau stärkte und

246 *Ebda.*, S. 206 f. Das sind Auskünfte der befragten Herrschaften.

247 R. Kuczynski, *Der Zug*, S. 46. Es wurde immer wieder betont, daß ehemalige Dienstmädchen bessere Hausfrauen seien – wofür wenig spricht – und daß sie bessere Heiratschancen hätten – was widerlegt wurde; zu letzterem *ebda.*, S. 46 ff.

248 O. Stillich, a. a. O., S. 250.

249 Karl Noetzel, *Classenmoral und Dienstbotenfrage*, in: *Die Gegenwart*, Jg. 30, Nr. 31/2.

250 P. Göhre, S. 37 f.

251 Michael Anderson, *Family Structure in Nineteenth-Century Lancashire*, Cambridge 1971.

eine ungehinderte Sexualität begünstigte²⁵². Im folgenden soll versucht werden, einige der Folgen der hohen Mobilität und der Wohnungsverhältnisse für Arbeiterfamilien im Kaiserreich herauszuarbeiten²⁵³.

Befürchtungen um den Bestand der Familie finden sich bei fast allen Reformern; mit besonderer Sorge jedoch wurde die Verwahrlosung sittlicher Zustände registriert, schlieften doch die Schlafgänger in demselben Zimmer wie die Familienmitglieder, also mit heranwachsenden und – schlimmer noch – erwachsenen Töchtern in demselben Raum. Die meisten Reformer beschränkten sich nur auf Andeutungen ihrer Befürchtungen. Der Bürgermeister von Bochum aber nahm dieses heiße Eisen in den Mund: Danach ging die Frau mit dem Schlafgänger ins Bett, die Töchter folgten nach, wurden dann verkuppelt, und der Vater fing vor Scham an zu trinken²⁵⁴. Diesem abzuhelpen, ließ der Bürgermeister in Bochum einen Park errichten, damit sich »die arbeitende Klasse zu jeder Tageszeit nach des Tages Last und Mühe erholen kann«. Dadurch, daß sich die verschiedenartigsten Stände in diesem öffentlichen Park aufhalten und bewegen könnten, werde der »Verrohung und Verwilderung moralisch verkommener Personen ein entsprechender Damm« gesetzt²⁵⁵. Wo die »sittlich bewahrende und erziehende Wirkung« eines eigenen kleinen Raumes fehlte, befürchteten die Reformer, würden alle »häusliche[n] Tugenden im Keim« ertötet²⁵⁶. Solche Urteile reflektieren eher das bürgerliche als das proletarische Sexualproblem. Was dort bis ins reifere Alter und in das elterliche Schlafzimmer verdrängt wurde, drängte sich hier schon den Jüngsten auf und verwirrte sie. »Das Bett in der Küche, in dem jetzt der Vater mit der Frau schlief, und gewisse Dinge regten mich auf und verwirrten mich. Ich wickelte mir nachts den Kopf ein, aber ich mußte doch wider Willen hinlauschen. Es war keine Tür zwischen Küche und Kammer, nur ein Kattunvorhang«²⁵⁷. Dies war keine individuelle Irrita-

252 *Hans Medick*, Zur strukturellen Funktion von Haushalt und Familie im Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zum industriellen Kapitalismus. Die protoindustrielle Familienwirtschaft, (MS) Göttingen 1976, engl. demnächst in *Social History* 1, 1976. *Rudolf Braun*, Industrialisierung und Volksleben, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1960.

253 Zum neuen Stand der Familienforschung vgl. die Beiträge von *Karin Hausen*, *Heidi Rosenbaum* und *Tamara K. Hareven* in: *Geschichte und Gesellschaft* I, 1975, H. 2/3. Die Beiträge zeigen, wie sehr gerade im deutschen Sprachraum die Familienforschung vernachlässigt worden ist. So kann auch dieser Beitrag nur einzelne Aspekte herausarbeiten und nicht »die« Arbeiterfamilie untersuchen.

254 *Lange*, Die Wohnungsverhältnisse der ärmeren Volksklassen in Bochum, *SVSP* 30, II, 1886, S. 73 – 105, S. 92.

255 *Ebda.*, S. 99. Vielleicht nahm er an, daß die Ausgaben für den Stadtpark sich auf lange Sicht bezahlt machen; denn er befürchtete, daß die geschilderte typische Arbeiterfamilie »sich durch das ehebrecherische Leben [...] der Frau möglicherweise noch vermehrt hat«, so daß alle »der öffentlichen Fürsorge anheimfallen«. *Ebda.*, S. 92; an solchen Vorschlägen wird klar, wie wenig Verständnis Verwaltungen für die Situation der Arbeiterfamilien hatten. So ist zu verstehen, daß sie ihre destruktive Sanierungspolitik als Erfolg feierten, was auch deshalb leicht fiel, weil Schlafgänger und deren Familien in vielen Schilderungen im kriminellen Milieu angesiedelt wurden: »Ehefrau S. deren Mann wegen Diebstahl in Haft ist, wird unterstützt. Dieselbe hat 3 kleine Kinder, keine Kostgänger, ist jedoch ein sittlich schlechtes Frauenzimmer und wird von fast sämtlichen Kostgängern, die im Hause wohnen, nachts besucht. Dritte Familie [...] der Mann gibt sich mit einer anderen Frau im Hause, die Frau mit den Kostgängern ab; ein Kostgänger findet im Bette der Frau einen Strumpf mit 80 Thlr., er nimmt das Geld, und versäuft es und wird mit einem halben Jahre Gefängnis bestraft«; Verhandlungen der Ersten wirtschaftlichen Konferenz des Regierungsbezirks Düsseldorf am 2. Juli 1887, Staatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf 24 781. Alle Angaben bezogen sich auf ein Haus; auch sozialdemokratische Schriften waren davon geprägt; so zitiert *Hirsch*, S. 40 – 45 *Lange* zustimmend.

256 *Gnauck/Kühne*, Die Not des vierten Standes, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* XX, S. 410.

257 *Marchwitza*, S. 75 f.

tion, sondern eine klassenspezifische Erfahrung. »Solches allnächtliches Zusammenschlafen einmal der Eltern und dann von Geschwistern, auch schon größeren, und dann auch von Bruder und Schwester in einem Bette war übrigens nach meinen Erfahrungen weitaus die Regel: nur bei zwei kinderlosen Ehepaaren fand ich es auch in diesem Punkt anders und besser«²⁵⁸. Die erste Begegnung mit der Sexualität war – wie bei Marchwitza – häufig bedrückend, weil das Problem in der Schule und Kirche nicht gelöst, sondern unterdrückt, verdammt und damit verschärft wurde. »Am Tage konnte ich dann die Frau nicht ansehen, und ich wich auch abends den Augen des Vaters aus, weil ich es ihm nicht sagen konnte«²⁵⁹. Spätestens in der Pubertät reifte ein Problem heran, »mit dem nicht alle sogleich fertig wurden; das war das Sexualproblem. Fast ohne jede ordentliche Aufklärung quälten wir uns damit herum. Ich erinnere mich noch deutlich des riesigen Schreckens, den ich bekam, als ich den ersten Samenerguß erlebte«²⁶⁰.

Die Aufklärung, die stattfand, war nicht immer empfindsam. K. ging mit seinem Onkel in New York an Land. »Da ging er mit mir in so ein Museum und da waren alle die Geschlechtskrankheiten ausgestellt. Schauderhafte Dinger, die hat er mir alle vorgeführt. Schau, das kriegst Du auch. Da sag ich, wieso denn? Ja, wenn Du hinter den Weibern herrennst, [. . .] Ich hatte nachher Angst vor den Weibern, jahrelang habe ich keine mehr angeguckt«²⁶¹. Nach der ersten Eroberung jedoch war die Angst vor dem bisher Unerklärlichen verschwunden. Die in den engen Wohnungen gemachte allnächtliche Erfahrung setzte sich schnell in alltägliche Unbefangenheit um. »Am 14. April machte ich die erste Eroberung. In demselben Sommer bis zum Winter hatte ich schon fünf Verhältnisse angefangen und beendet«²⁶². Für manche waren sie das einzige, was noch Freude machte. »Der Lehrling war mit seinen 17 Jahren vollständig am Ende seiner Kraft, [. . .] alles Mißlingen bei der Arbeit schob man ihm in die Schuhe. Kein Wunder, daß er die einzig mögliche Zerstreuung bei den Mädeln suchte«²⁶³. Der geschlechtliche Verkehr begann früh, weit vor der Ehe, für die man kein Geld hatte. Bei den mangelhaften Kenntnissen über Empfängnisverhütung waren Kinder vor der Ehe häufig. »Doch diese werden fast allgemein später legitimiert«²⁶⁴. Die Normalität und – gemessen an den Reformern – größere Unbefangenheit zeigten sich auch in der Sprache. Was für jene ›Abschaum‹ war, nannten die Bergleute ›volle Kost voll‹. ›Halbe Kost‹ hieß eine Schlafstelle, die Mittagessen und Morgenkaffee einschloß; ›volle Kost‹ umfaßte alle Mahlzeiten, und bei ›voller Kost voll‹ war die Kostmutter inbegriffen²⁶⁵. Die weite Verbreitung von ›voller Kost voll‹ gehört jedoch zum Bereich des Mythos. Eine Aufnahme in den Schoß der Familie schloß nur selten die Aufnahme in den Schoß der Frau

258 *Göhre*, S. 22.

259 *Marchwitza*, S. 76.

260 *Turek*, S. 60 f.

261 Interview R.

262 *Turek*, S. 62.

263 *Ebda.*, S. 37.

264 *M. Morgenstern*, Auslese und Anpassung in der industriellen Arbeiterschaft betrachtet bei den Offenbacher Lederwarenarbeitern, SVSP 135, III, 1912, S. 1 – 79, S. 69. »Ich halte [. . .] Behauptungen von der freien Liebe der Männer, der notwendigen Treue der Frauen, für unrichtig [. . .] Fast überall [. . .] bleiben sich Mann und Frau beide in der Ehe treu oder ein jeder geht seine Wege [. . .] Die Frauen bringen häufig ein uneheliches Kind mit in die Ehe, oft auch zwei; fast immer aber sind es Kinder desjenigen, den sie heiraten [. . .] diese Leute [halten . . .] den geschlechtlichen freien Verkehr aus Liebe nicht für unsittlich, sondern für natürlich [. . .] für Befriedigung eines Naturtriebes«. *Wittstein-Adelt*, 3 1/2 Monate Fabrikarbeiterin, o. O. 1893, S. 24 ff. Die Autorin spricht sich hier gegen die Ansichten *Göhres* aus; vgl. auch *Stearns*, *Lives*, S. 273; *Köllmann*, *Sozialgeschichte*, S. 148.

265 *Georg Werner*, *Ein Kumpel erzählt*, Berlin 1929, S. 69.

mit ein, sicher zum Leidwesen manches Schlafgängers, der bei dem chronischen Frauenmangel – vor allem in den Gebieten der Schwerindustrie²⁶⁶ – auf Bordellbesuche angewiesen war. Manche Witwe lebte mit einem Schlafgänger zusammen, wofür es sicherlich durchaus gute Gründe gab. Häufiger war, daß ein Schlafgänger die Tochter des Vermieters heiratete²⁶⁷. Nicht bei allen ging die Aufnahme in die Familie so weit. Für viele Schlafgänger jedoch waren die Familien, bei denen sie unterkamen, ihre wichtigste Bezugsgruppe in der neuen Stadt. Dort hatten sie »den vertraulichsten, gemeinsamen Umgang [. . .], den man sonst nur mit den eigenen Familienangehörigen zu pflegen gewohnt war«²⁶⁸. Die Untermieter brachten »fremde Sitten und Gewohnheiten [. . .] die sie auch ungeniert wie daheim äußern und zur Geltung bringen wollen. Man bedenke, daß diese fremden Gäste zugleich mit dem eigenen Manne und den eigenen erwachsenen Kindern das Haus verlassen, daß sie zu derselben Zeit wie diese zurückkehren und meist bis zum Schlafengehen am selben Tisch wie diese miteinander sitzen, lesen, rauchen, sich unterhalten, Karten spielen«²⁶⁹. Was für Göhre ein Zerfall alter Familien war, war für die Schlafgänger eine große Erleichterung. Beschreibungen einiger Reformers zeichnen ein anderes Bild. Danach durften Schlafgänger erst abends nach Hause kommen, wurden in aller Frühe wieder ausgeschlossen, hatten sonn- und feiertags keine Bleibe, waren der Laune der Vermieter ausgeliefert und mußten sich, gerade erst der Hast des Betriebes entronnen, im Tingeltangel oder auf der Straße aufhalten²⁷⁰. Die wenigen verfügbaren Autobiographien widersprechen dem. Schlafgänger verbrachten häufig die Abende bei ihrer Familie²⁷¹, vor allem, wenn sie nicht genug verdienten, um ausgehen zu können. »Von den anderen Burschen ist ›Hammerfriede‹ zu nennen, ein etwas beschränkter, kurzsichtiger Mensch, der sehr wenig verdiente und schon deshalb gezwungen war, niemals auszugehen. Wir haben deshalb viel mit ihm gespielt«²⁷². Die

266

Geschlechtsproportion (1907)

auf 100 Männer kamen . . . Frauen	Duisburg	Essen	Bochum	Dortmund	Gelsenkirchen
Gesamtbevölkerung	89	93	90	90	91
Eingesessene	103	112	101	103	103
Zuwanderer	77	79	84	83	84
Nordostdeutsche	56	62	83	73	82
Ostpreußen	75	68	104	83	89
Westpreußen	59	60	66	77	78
Posener	40	35	57	59	58

Köllmann, Bevölkerung, S. 173.

267 Nach den Angaben von *Nicolaus Joniak*, *Das Arbeiter-Wohnungselend im rheinisch-westfälischen Industriebezirk*, Frankfurt 1908, waren »fast zwei Drittel der Aufgebotenen als in ein und demselben Hause wohnend verzeichnet«, – nicht nur in ein und demselben Haus, sondern in ein und derselben Wohnung, S. 3. Diese Zahlen sind wohl – legt man sonstige Aussagen des Autors zugrunde – übertrieben hoch, die Beobachtung jedoch stimmt. Genaue Zahlen werden erst mit der Arbeit von *Jackson* vorliegen.

268 Göhre, S. 38.

269 *Ebda.*, S. 39.

270 *Gnauck/Kühne*, a. a. O., S. 410.

271 Die folgenden Ausführungen sind weitgehend als Ergebnis der in den Interviews erhaltenen Informationen entstanden. Um eine Nachprüfbarkeit zu ermöglichen, wird jedoch mit Autobiographien argumentiert. Vgl. *J. K. Modell/T. K. Hareven*, *Urbanization and the Malleable Household. An Examination of Boarding and Lodging in American Families*, in: *JMF* 35, 1973, S. 467 – 79.

272 *Bromme*, S. 64. Nicht nur ›Hammerfriede‹ hatte zu wenig Geld, um in Wirtschaften zu gehen, das traf mit Sicherheit für die große Mehrheit der Familienväter zu; die Schlafgänger hatten keine familiären Verpflichtungen, so daß für einige diese Phase ihres Lebens besonders angenehm war.

Aftermieter luden auch schon einmal ihre Kollegen ein. »Eines Sonntagsnachmittags waren einmal eine ganze Menge Pantinenmacher bei uns versammelt, wohl an die 12 Mann. Bei uns waren 4 im Quartier. Wir hatten unsere rechte Parterrestube für sie eingerichtet. Sie trieben an diesem Tage allerhand Allotria, hatten sich Pappinstrumente schicken lassen, und führten damit eine Höllenmusik auf. Selbstverständlich wurde dabei auch dem Glase gehörig zugesprochen. Bier und Schnaps wurde in großer Menge vertilgt und die ganze Gesellschaft wurde betrunken«²⁷³. Der allgemeine Aufenthaltsort war die Küche bzw. Wohnstube, »die vom frühen Morgen bis nach 10 Uhr abends, das heißt für diese Leute bis tief in die Nacht und in die Schlafenszeit hinein, von sämtlichen schwatzenden, essenden, rauchenden Haushaltmitgliedern frequentiert wurde. Denn die beiden Maurer mußten schon früh um 1/2 5 Uhr weg und vorher noch ihren in eben dieser Stube gekochten Kaffee getrunken haben, und der Pferdekutscher kam erst abends 1/2 10 Uhr von seinem schweren Dienst zurück und wollte dann noch Abendbrot essen«²⁷⁴. Ein weiterer Vorteil für die Schlafgänger war, daß die Frauen kleine Arbeiten wie Stopfen, Waschen und Besorgungen übernahmen, wofür den Schlafgängern bei der Länge des Arbeitstages kaum Zeit blieb²⁷⁵. Die Betonung der gegenseitigen Anpassungsfähigkeit soll freilich nicht das Bild einer ungetrübten Idylle vorgaukeln. Bei der Enge der Wohnungen und der hohen Mobilität, die immer neue unbekannte Schlafgänger brachte, konnten Schwierigkeiten nicht ausbleiben. »Dann wurden unsere Aftermieter wieder einmal verstärkt [...] lauter ungeschlachte, großmäulige, eingebilddete Burschen, mit denen meine Mutter nichts wie Ärger gehabt hat. Nichts konnte ihnen recht gemacht werden. Ob des fortwährenden Haderns machte meine Mutter indes nicht viel Federlesens mit den aufdringlichen Burschen, sondern wies ihnen kaum drei Wochen später die Türe«²⁷⁶. Besonders zu leiden hatte sie unter solchen Schlafgängern einige Zeit später, als ihr Mann wegen Betätigung für die SPD im Gefängnis saß und sie auf jeden Pfennig angewiesen war; als alleinstehende Frau konnte sie sich nicht so gut durchsetzen. Das war wohl der Grund, weshalb weibliche Vermieter Schlafgängerinnen bevorzugten²⁷⁷. Es kam vor, daß Schlafgänger die Unterkunft nicht bezahlten oder gar den Vermieter bestahlen²⁷⁸. Auf der anderen Seite nutzten Vermieter die Unerfahrenheit von Neuankömmlingen aus und vermieteten verwahrloste Behausungen²⁷⁹. Wie Ehefrauen die Hereinnahme von Schlafgängern ansahen, ist nicht bekannt; sie waren am längsten in der Wohnung, hatten damit die meiste Arbeit und als erste Grund zur Klage²⁸⁰. Zwischen ihnen und den Schlafgängern wird es am ehesten Auseinandersetzungen gegeben haben. Bei den engen Wohnverhältnissen konnten diese auch innerhalb der Familie nicht ausbleiben; das führte – glaubt man den Schriften zu dieser Frage – u. a. zu einem hohen Alkoholkonsum²⁸¹. Sicherlich wurde am Zahltag ein Teil des Lohnes in Bier umgesetzt; wie verbreitet dies jedoch war, läßt sich nicht feststellen. Ebenso wenig wird es möglich sein, aus dem Zusammenwirken von schlechtem Lohn, harter Arbeit, hoher Mobilität, engen Wohnungen etc. den bestimmenden Faktor zu isolieren. Eine Folge der kleinen Wohnungen

273 Bromme, S. 71.

274 Göhre, S. 24.

275 Wiedfeldt, a. a. O., S. 67 ff.

276 Bromme, S. 41.

277 Wiedfeldt, a. a. O., S. 34 ff.

278 Göhre, S. 26, vgl. Anm. 255.

279 Marchwitza, S. 199 ff.

280 Die Quellenlage ist bezüglich der Frauen besonders schlecht, da nur sehr wenige Autobiographien vorliegen und es bisher auch sehr schwierig war, Frauen zu befragen.

281 Als Beispiel: *Joniak*, passim.

jedoch läßt sich angeben: Alkoholismus, wo er bei Arbeitern vorkam, war öffentlich und konnte nicht hinter den Mauern der Respektabilität verborgen bleiben.

In der Regel jedoch arrangierten sich Vermieter und Schlafgänger. Besonders wenn diese jung waren, wurden sie gut integriert und setzten sich dementsprechend auch für die Familie ein. »Während des Ausräumens unserer alten Wohnung erschien plötzlich der neugebackene Hauswirt und hob uns die Stubentüre aus. Es ging ihm zu langsam, bis er uns hinausbekam. Da stürzte sich der 16jährige Paul Bauer auf den Hauswirt los, packte ihn beim Barte und verlangte die Herausgabe der Türe: ›Oder ich reiße Dir Deine scheinheiligen Haare heraus‹, setzte der aufgebrachte Bursche, der schon das Gardemaß hatte, hinzu. Mit dem Hünen konnte es der 40jährige Meyer nicht aufnehmen. Er gab die Türe wieder heraus«²⁸². Zu einem guten Verhältnis wird auch der Auswahlmechanismus der Schlafgänger beigetragen haben. Kamen sie neu in eine Stadt, konnte keine besondere Auswahl stattfinden, es sei denn, sie hatten dort Bekannte oder Verwandte wohnen, zu denen sie zogen oder die ihnen etwas vermitteln konnten. Spätestens nach einigen Tagen Arbeit fanden sie jedoch einen Kollegen, mit dem sie sich verstanden und zu dem sie zogen, falls sie sich in ihrer Familie nicht wohlfühlten²⁸³.

Die Hereinnahme von Arbeitskollegen in die ohnehin halboffene Familienstruktur hatte also Elemente sowohl einer Tauschbeziehung als auch der Klassensolidarität und wurde in der Regel durch persönliches Vertrauen erleichtert. Da sich ein großer Teil der Arbeitskollegen und genug Familien in derselben Situation befanden, spielten sich Mechanismen ein, die der Mobilität und den Wohnverhältnissen angepaßt waren. Kindheit und Jugend in engen Wohnungen bereiteten darauf vor, auf Subsistenzniveau miteinander auszukommen. Die Familien hatten eine halboffene Struktur, die die Aufnahme von Fremden erleichterte, aber auch eine Folge dieser Aufnahmen war. Eine besondere Vertrautheit wird sich dabei kaum eingestellt haben; sie hätte den Wechsel erschwert. Auch innerhalb der Familie gab es keine solch intimen Beziehungen zwischen den Generationen, die eine Lösung vom Elternhaus verhindert hätten. Das ist jedoch keineswegs ein Indiz für das Fehlen enger familiärer Beziehungen, wie das Göhre mißverstand. »Aus der Mutter wird der Haushaltungsvorstand, der von dem eigenen Manne, den erwachsenen Kindern und den Fremden eine fest bestimmte Summe erhält und dafür verpflichtet ist, die Ausgaben für Wohnungsmiete, Nahrung, Wäsche und ähnliches zu bestreiten, während für die Kleidung ein jeder für sich zu sorgen pflegt«²⁸⁴. Die nüchterne Aufgabenteilung schloß nicht aus, daß die Kinder gerade an der Mutter hingen, die ein Kontinuitätsfaktor in der allgemeinen Fluk-

282 Bromme, S. 80.

283 Dies hat vor allem im Bergbau gegolten, in dem im ›Gedinge‹, d. h. in Kleingruppen, gearbeitet und entlohnt wurde. Die schnelle Integration sowohl in die Wohn- als auch in die Arbeitsverhältnisse über solch persönliche Beziehungen mag erklären, weshalb die Bergleute im Ruhrgebiet – trotz eines sehr geringen Organisationsgrades – vor 1914 dreimal sehr diszipliniert und mit einer Beteiligung von bis zu 90 % streikten, was selbst die Gewerkschaften überraschte. Dem bleibt eine weitverbreitete These äußerlich, die die Streikbereitschaft mit mangelnder Integration erklärt; zuletzt: Hans Mommsen, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918 – 1933, in: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*, hrsg. von Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974, S. 275 – 314, S. 276 ff. Crew, S. 269 ff. hat richtig darauf hingewiesen, daß die Metallarbeiter in Bochum genausowenig integriert, aber politisch überwiegend passiv waren. Auch er vermutet, daß die Gründe eher in besonderen Solidarisierungsmöglichkeiten im Produktions- und Reproduktionsbereich lagen. »The collective strength which the worker drew from their familialities and cultures at times provided a substitute for industrial unions«: Tamara K. Hareven, *The Laborers of Manchester*, New Hampshire, 1912 – 22. The Role of Family and Ethnicity in Adjustment to Industrial Life, in: *Labour History* 16, II, 1975, S. 249 ff., S. 262.

284 Göhre, S. 38.

tuation der sonstigen Beziehungen und bei der geringen Anwesenheit des Vaters war. Der Grund für K., mit 15 von zu Haus wegzulaufen, war, daß er seine Stiefmutter nicht ›Mutter‹ nennen wollte. »Jetzt bin ich aber euere Mutter. Nein, sag ich, Du bist nicht meine Mutter. Da wollte sie mich gleich verträmmeln, da habe ich mich natürlich gewehrt; ich hatte schon ordentliche Fäuste als Junge. Aber Du bist doch nicht meine Mutter [...] Da war ich resolut drin. Da gab es nichts, denn meine Mutter, das war mein alles«²⁸⁵. Während es fraglich ist, ob es die von P. Göhre als verloren beklagte stabile und abgeschlossene Familie für die Ärmere je gegeben hat²⁸⁶, steht fest, daß sie mit ihren Lebensverhältnissen vor dem 1. Weltkrieg nicht zu vereinbaren war. Sie mußten mobil sein, früh selbständig, bereit, mit Fremden ihre Wohnung zu teilen bzw. zu Fremden zu ziehen. Und sie mußten Mechanismen entwickeln, unter diesen Bedingungen erträglich zu leben. Das war nur möglich in einer halboffenen Familie.

4.4 Stabilisierung von oben

Gerade im Wohnbereich läßt sich die Instabilität des Arbeiterlebens im Kaiserreich greifen. Unserer Argumentation könnten die Statistiken über das ansteigende Reallohniveau²⁸⁷ entgegengehalten werden, um die Betonung der Mobilität und des kurzzeitigen Wohnverhaltens, die zum »Schöner Wohnen« weder Zeit noch Geld ließen, als weit überzogen darzustellen. Aber die Reallohnermittlung bezieht die Unterbrechungen der Beschäftigungsverhältnisse nicht ein; zudem sind die Mieten, die zumindest in den Städten im Verhältnis zu den akkulturierten Bedürfnissen²⁸⁸ den Löhnen davonliefen, ihr schwächster Punkt.

Gleichwohl kann kein Zweifel bestehen, daß insbesondere seit den 90er Jahren stabilisierende Faktoren und damit auch ein wachsendes Niveau und eine verbesserte Qualität im Reproduktionsbereich, wenn auch nur begrenzt, wirksam wurden. Die Quellen über die Erfahrungen der Arbeiter aber schweigen sich darüber aus²⁸⁹. Das muß kein Gegenbeweis sein; viel wahrscheinlicher ist, daß die Normalisierung schweigend verbucht wurde und daß die Abnahme des Elends keine Reformer und Sozialanthropologen aktivierte. Zudem kamen die Verfasser von Erinnerungen nach wie vor überwiegend aus dem mobilen Teil der Arbeiterklasse. Die stabilisierenden Faktoren können deshalb nur abschließend argumentativ entwickelt werden, ohne daß es derzeit möglich wäre, die Erfahrungsdimension wachsender Seßhaftigkeit und familialer Abschließung eines Teils der Arbeitskraft für die Zeit zu beschreiben, in der diese Trends erst ansetzten und nur für schmale Schichten das Wohnen nachhaltig zu verändern begannen.

Die zugezogenen, weitgehend ungelerten Arbeitskräfte fanden in den Städten überwiegend schwankende Beschäftigungen. Einem Teil von ihnen bot sich jedoch die Möglichkeit – gerade in den großen Industriezweigen (Maschinenbau, Eisen und Stahl, Kohle) –, angelernte Arbeiter zu werden. Einige Firmen bevorzugten ungelerte Kräfte, die bei der entwickelten Mechanisierung und Arbeitsteilung von Facharbeitern in wenigen Tagen an-

285 Interview R.

286 Möglicherweise hat sich der Typ der intimen Kleinfamilie im 17./18. Jahrhundert zuerst bei Pfarrern, Beamten und Intellektuellen herausgebildet; vgl. *Hausen*, a. a. O., S. 201; *Göhre* war angehender Pfarrer.

287 Vgl. *Aschok U. Desai*, *Real Wages in Germany 1871 – 1913*, Oxford 1968; *Gerhard Bry*, *Wages in Germany 1871 – 1945*, Princeton, N. Y., 1960.

288 Einen dynamischen Bedürfnisbegriff hat ja schon *Marx* stark betont, vgl. z. B. *Kapital*, Bd. I; MEW 23, S. 185; vgl. *J. B. Müller*, S. 19 ff.

289 Zur Entwicklung der Mobilität vgl. *Heberle*, S. 115 – 142.

gelernt werden konnten²⁹⁰. Das schloß einen Wechsel der Arbeitsstätte nicht aus; der jedoch konnte auch als Teil einer Ausbildung begriffen werden, die weitgehend auf Arbeits- und Produktionserfahrung beruhte. Für den Betrieb war das billiger, aber auch für die Arbeiter vorteilhaft, die zu einem besseren Einkommen kommen konnten, vor allem wenn sie längere Zeit blieben und sich hocharbeiteten. Mit der größeren Sicherheit regelmäßiger Lohnzahlungen²⁹¹ konnten sie die überfüllten zentralen Gebiete verlassen und in den Vororten wohnen, zumal diese ab der Jahrhundertwende zügig vom öffentlichen Verkehrssystem erschlossen wurden²⁹². Nun gab es auch neue Fabriken, die ihre Arbeiter als Pendler aus den umliegenden Dörfern rekrutierten. Ein Beispiel bieten die Daimlerwerke in Untertürkheim. Die meisten Arbeiter kamen aus der näheren Umgebung. Der Durchschnittsarbeiter war 32 Jahre alt und seit 4 Jahren bei der Firma. Die Facharbeiter waren jünger – 29 Jahre alt –, jedoch gleich lange bei der Firma. Die Arbeiter waren auffallend bodenständig, kaum einer verließ Württemberg. »Für die Begleiterscheinungen des Klassenkampfes zeigt er weniger Verständnis als sein Kollege außerhalb Württembergs. Im Gegensatz zum Industriearbeiter etwa Berlins oder des Rheinlands macht er weniger den Eindruck des ›Proletariers‹, vielmehr den des kleinen Handwerkers. Sein Gesamthabitus ist kleinbürgerlich«²⁹³. Der Prozeß der Arbeitsteilung und der Mechanisierung bedeutete aber auch eine Dequalifizierung von Facharbeitern und vor allem eine Verschärfung des Arbeitstempos, die alle Arbeitsgruppen traf. »Eine Abnahme der Verdienstmöglichkeit mit zunehmendem Alter steht fest. Die Höhe des Alters und die des Verdienstes stehen im umgekehrten Verhältnis. Die höchste Leistungsfähigkeit ist mit etwa 35 Jahren erreicht. Bereits vom 45. Jahre an findet der Arbeiter nicht mehr leicht Beschäftigung«²⁹⁴. Der Anteil der Älteren unter den Facharbeitern sank²⁹⁵. Viele wurden zu Angelernten mit geringerem Einkommen, das sie mit Überstunden aufbessern mußten²⁹⁶. Diese Arbeiter wechselten kaum noch, da »ein Arbeiter von mehr als 40 Jahren nur schwer eine neue Beschäftigung«²⁹⁷ fand. In der deutschen Metallindustrie bestand die Mehrheit der »ungelernten Arbeitskräfte aus Arbeitern von mehr als 36 Jahren, die ihre ursprüngliche Qualifikation verloren und alle Hoffnung auf Besserung aufgegeben hatten; sie bildeten ein außergewöhnlich stabiles Element, da ihr berufliches Überleben ungewiß war«²⁹⁸. Die Stabilität, die eine Beschäftigung in der Industrie mit sich bringen konnte, war also häufig nur vorübergehend und zwang viele, »die Ansprüche an die Lebensführung ganz bedeutend herabzusetzen«²⁹⁹, wenn sie keine Unterstützung von den Kindern erhielten.

290 Vgl. P. Stearns, *Lives*, S. 19 ff.; *ders.*, *The Unskilled*, a. a. O.; R. Ehrenberg, *Frühzeit*, S. 47 ff. und *ders.*, *Schwäche und Stärke*, S. 443 ff., zeigt, daß vor allem Krupp ungelernete Kräfte bevorzugte, weil sie billiger waren.

291 Zur Sicherheit vgl. Anm. 202; Tabellen 10 und 19 dieser Arbeit.

292 Vgl. Cl. Heiß, *Wohnungsreform*, S. 89 – 110.

293 Schumann, *Die Arbeiter der Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim*, in: SVSP 135, I, 1911, S. 146.

294 *Ebda.*, S. 146 f.

295 »Als Typus eines solchen Betriebes erschien mir der [...] Aktienbetrieb II mit 976 Arbeitern, wo die 8stündige Arbeitszeit schon seit 10 Jahren eingeführt ist. Hier sind nun augenblicklich über die Hälfte aller Leute 20 bis 30 Jahre alt und die 50- und mehrjährigen sind auf 1,8 % zusammenschmolzen«. Landé, a. a. O., S. 413.

296 *Ebda.*, S. 426: Im Durchschnitt machten 88,2 % der Ungelernten je 354,6 Überstunden und 61,9 % der Gelernten je 137,9.

297 Heiß, *Auslese*, a. a. O., S. 231.

298 Stearns, *Lives*, S. 63.

299 Landé, a. a. O., S. 402.

Diese mußten das Elternhaus nicht mehr verlassen, da sie in der Regel in dessen Nähe eine Arbeitsstelle finden konnten, die sie z. T. im Betrieb des Vaters durch dessen Fürsprache erhalten hatten. Da sie jung und leistungsfähig waren, profitierten sie vom Übergang zur intensiveren Arbeitsweise und konnten früh das Einkommen ihrer Väter erreichen³⁰⁰. Familien mit mehreren arbeitenden Kindern konnten ihren Lebensstandard sprunghaft verbessern – bis diese mit der Hochzeit außer Hause gingen³⁰¹. Den Söhnen gelang, was die Väter kaum schafften: Sie wuchsen in die Industrie hinein, bekamen eine bessere Ausbildung und konnten ein höheres Lebensniveau finanzieren. »Der Zugang zu den dynamischen Berufen war zunehmend auf die beschränkt, die in der Stadt geboren waren, und schloß die Masse der ländlichen Bewerber aus«³⁰². Die Chance, höher zu steigen als die Väter, bot sich vor allem in Firmen mit einer Stammebelegschaft, wie Untersuchungen über Krupp und Daimler zeigen³⁰³. Solche Betriebe waren jedoch eine Ausnahme; andere Großbetriebe reduzierten bei sinkender Konjunktur ihren Arbeiterstamm³⁰⁴ und bildeten kaum Nachwuchs aus. »Ein Betrieb der elektrischen Industrie, dessen Arbeiterzahl 5000 übersteigt, bildet jährlich etwa 50, ein optischer Großbetrieb mit 800–1100 Arbeitern noch nicht 10 Lehrlinge aus«³⁰⁵. Vom Arbeitsmarkt gingen somit allmählich Stabilisierungstendenzen aus, die jedoch in sich widersprüchlich und weitgehend auf bestimmte Altersgruppen konzentriert waren.

Neben den langfristig wichtigeren Stabilisierungsmomenten, die von der zweiten städtisch-industriellen Generation und ihrem erhöhten Qualifikations- und Lohnniveau ausgingen, veränderten sich für eine Zwischenschicht zwischen Kleinbürgertum und Facharbeitern auch die Rahmenbedingungen des Wohnungsmarkts vor allem durch eine zunehmende sozialpolitisch motivierte Intervention seit den 90er Jahren. Soweit sie von der öffentlichen Hand ausging, beschränkte sie sich vor dem 1. Weltkrieg – mit wenigen Ausnahmen³⁰⁶ – jedoch auf indirekte Maßnahmen³⁰⁷. Bis 1890 waren die allermeisten Versuche, der Wohnungsfrage durch genossenschaftliche Selbsthilfe der Arbeiter beizukommen, an deren Unfähigkeit gescheitert, neben ihren Lebenshaltungskosten noch eine lange Ansparzeit für künftigen Wohnungs- oder Hausbesitz durchzuhalten, um die Aufnahme teurer Privatkredite am Hypothekenmarkt möglichst gering zu halten³⁰⁸. Die Wohnungsgenossenschaften waren im

300 Vgl. R. Ehrenberg, Durchschnittsverdienste, a. a. O., S. 204 ff.

301 *Ebda.*, S. 220 ff.

302 Stearns, Lives, S. 51.

303 Richard Ehrenberg / Hugo Racine, Krupp'sche Arbeiterfamilien, Jena 1912; Schumann, a. a. O., S. 72 ff.

304 »Die Mittelbetriebe suchen im allgemeinen ihren Arbeiterstamm festzuhalten, während die Großbetriebe bei sinkender Konjunktur zu starken Reduzierungen ihres Arbeiterstammes gezwungen sind. So ist z. B. in der letzten Krise der Arbeiterstand unseres Riesenbetriebes der elektrischen Industrie von 4000 männlichen auf 2000 zurückgegangen, während sich gleichzeitig die Zahl der weiblichen Arbeiter von noch nicht ganz 600 auf 800 bis 1000 vermehrt hat. Sie hat zum Ersatz schwer ersetzbarer hochqualifizierter Arbeiter durch jederzeit auswechselbare angelernte Arbeiter und insbesondere durch Frauen geführt«. Heiß, Auslese, a. a. O., S. 233.

305 *Ebda.*, S. 192.

306 Vgl. Anm. 319. Lokalstudien über eine Pioniergemeinde der umstrittenen direkten, wenn auch subsidiären Intervention sind Berlepsch-Valendàs, Bodenpolitik und gemeindliche Wohnungsfürsorge der Stadt Ulm, München 1910; Friedrich Eychmüller, Grundstücksmarkt und städtische Bodenpolitik in Ulm v. 1870 – 1910, Berlin u. a. 1915.

307 Zusammenfassend am besten M. Rusch, Die Förderung der Kleinwohnungsproduktion durch Reich, Staat und Gemeinden, in: C. J. Fuchs (Hrsg.), S. 312 ff. (vgl. Anm. 15).

308 Vgl. Spörhase, Wohnungsunternehmungen, S. 53 ff.; Dorothea Jacobi, Die gemeinnützige Bau-tätigkeit in Deutschland, München/Leipzig 1913, S. 20 ff.

wesentlichen bürgerliche Veranstaltungen, deren – wo immer sie nicht der Eigenfinanzierung von Villenkolonien dienten – philanthropischer Gestus nach dem Bau einer Häuserzeile abbröckelte³⁰⁹. Seit der Einführung der Rentenversicherung liehen jedoch die Landesversicherungsanstalten einen beträchtlichen Teil ihrer Kapitalien, d. h. der angesammelten Beiträge der Arbeiter, zu Niedrigzinssätzen und auch als zweitstellige Hypotheken an Wohnungsgenossenschaften aus, die gleichzeitig durch Verleihung der beschränkten Haftung im Genossenschaftsgesetz eine wesentlich funktionsfähigere Rechtsstellung erhalten hatten. Dadurch wurde die Ansparzeit so weit verkürzt, daß sie für Angestellte und Facharbeiter in stabileren Arbeitsverhältnissen tragbar wurde. Bis zum 1. Weltkrieg wurden auf diese Weise ca. 500 Mio. Mark zur Verfügung gestellt, und zwar konzentrierten sich ca. zwei Drittel dieses Betrags auf ein Drittel des Reiches, nämlich seine am weitesten industriell entwickelten Teile³¹⁰. Bis zu dieser Zeit stammten nur etwa 2–3 % des Wohnbaubestandes von den Baugenossenschaften, an den Neubauten in den Jahren 1900–14 jedoch waren sie in 10 bis 12 deutschen Großstädten mit $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$, im Königreich Sachsen sogar mit 30–40 % beteiligt³¹¹.

Zu einem geringeren Teil aus diesen Fonds finanzierte sich auch der Werkswohnungsbau, der zunehmend über werksseitig initiierte Baugenossenschaften, d. h. unter Beteiligung der Geldmittel und Arbeitskraft der Beschäftigten, betrieben wurde³¹². Neben dem bereits erwähnten Bergbau hatten Werkswohnungen größere Bedeutung auch für die Stabilisierung eines Werkmeister- und Facharbeiterstamms in der eisenschaffenden und in der chemischen Industrie³¹³. Die Verhältnisse in diesen Wohnungen waren im Durchschnitt günstiger als auf dem freien Wohnungsmarkt, aber von einer vermehrten betrieblichen Disziplinierung begleitet. Diese ambivalente Privilegierung, von den Gewerkschaften als Versklavung abgelehnt³¹⁴, verlängerte bei einer mehr oder minder großen Stammebelegschaft die Werkszugehörigkeit, so daß bei Krupp ca. 20 % dem Betrieb seit über 15 Jahren angehörten³¹⁵. Insgesamt ist in dieser Phase eine Umfunktionierung des Werkswohnungsbaus aus einem

309 *Spörhase*, Bau-Verein, S. 85 ff. berichtete z. B. von einer philanthropischen Genossenschaft, die eine Reihe von Häusern als ›Gartenstadt‹ errichtete und dabei sogar noch einen – allerdings anderen gemeinnützigen Zwecken zugeführten – Gewinn herauswirtschaftete. Sie konnte jedoch die neuen Hausbesitzer nicht davon abhalten, sich mit ihren Häusern an der Grundbesitzspekulation zu beteiligen; im übrigen erschienen die Häuser schon bald als zu klein und veraltet, so daß die Genossenschaft dem Senat den Abbruch und die Ersetzung durch Mehrfamilienmiethäuser vorschlug.

310 *C. Schmidt*, Die Aufgaben und die Tätigkeit der deutschen Invalidenversicherungsanstalten in der Arbeiterwohnungsfrage, Köln 1905; *A. Bosse*, Die Förderung des Arbeiterwohnungswesens durch die Landesversicherungsanstalten, Jena 1907; *Rusch*, Förderung, a. a. O., S. 313; *Tremöhlen*, S. 11 ff. Vgl. allg. *Jacobi*, S. 35 ff.; *W. Voßberg*, Die deutsche Baugenossenschaftsbewegung, Jena 1906; *Karl Eichhorn*, Die sächsischen Baugenossenschaften, phil. Diss. Leipzig 1929; *H. Albrecht*, Die gemeinnützige Produktion, in: C. J. Fuchs (Hrsg.), S. 278 ff.

311 *M. Rusch*, Die private Bautätigkeit, in: C. J. Fuchs (Hrsg.), S. 245 ff., bes. S. 260.

312 *Rusch*, Förderung, a. a. O., S. 313; *Schmöhl*, Die Arbeitgeber, in: C. J. Fuchs (Hrsg.), S. 274 ff.

313 *H. Albrecht*, Bau von kleinen Wohnungen durch Arbeitgeber . . ., in: SVSP 96, 1901, S. 1 ff.; auch Art.: Werkwohnungen, in: HdW, S. 754 ff.

314 *Calwer*, S. 109 klagte den Werkswohnungsbau als Neuaufgabe des Truksystems an.

315 Nach *Ehrenberg*, Schwäche und Stärkung, a. a. O., S. 464 waren dies 1896: 23,7 %, 1903: 23,3 %, 1906: 19,7 %. Wegen des komplexen Charakters von Wohnungsqualität gibt es keine präzisen Vergleiche. Als Indikator dürfte sich jedoch eignen, daß trotz der mit den Werkswohnungen verbundenen Beschränkungen die Nachfrage nach ihnen nie abgebrochen zu sein scheint, während der ›freie‹ Baumarkt durchaus in Konjunkturerinbrüchen auch bei Kleinwohnungen substantielle Leerwohnungsziffern kannte. Auf der anderen Seite bestanden viele Werkswohnungen auch aus Ledigenkasernen oder fernab gelegenen Häusern, so daß sich die Frage einer Alternative bzw. eines Vergleichs gar nicht stellte.

Instrument der Arbeiterrekrutierung zu einem Medium betrieblicher Sozialpolitik vorherrschend. Qualifizierte zu halten, wurde nun wichtiger, als Ungelernte anzuziehen. Entsprechend wurde hier mit quasi-ländlichen Siedlungsformen, Teilbesitz und auch formalen Stilmitteln experimentiert³¹⁶, um die Stamarbeiterschaft ansässig zu machen und zu depolitisieren. Solche Ansätze, bei denen häufig den Ratschlägen von Wohnungsreformern gefolgt wurde³¹⁷, blieben jedoch immer auf eine kleine Minderheit der Arbeiterschaft beschränkt³¹⁸.

Die dritte große Gruppe, die partiell aus dem freien Wohnungsmarkt herausgelöst wurde, waren die Staatsbediensteten, darunter etwa in Verkehrsbetrieben oder fiskalischen Bergwerken (an der Saar) auch zahlreiche Arbeiter³¹⁹. Verschiedene Länder und seit 1903 auch das Reich warfen jährlich größere Summen zum direkten Bau von Dienstwohnungen, insbesondere aber auch zur Finanzierung von Baugenossenschaften öffentlich Bediensteter oder sonstiger gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, aus³²⁰. Da die öffentlichen Arbeiter ohnehin durch stabilere Arbeitsbedingungen begünstigt waren, brachte dieses starke Engagement der öffentlichen Hand als Arbeitgeber im Wohnungssektor eine Heraushebung der Sonderstellung der Beamten und uniformierten Arbeiter, die nicht so sehr die Höhe ihrer Einkommen, wohl aber die Stabilität ihrer Lebensbedingungen insgesamt betraf.

In allen drei Fällen kamen allgemeine Wohnungsbauförderungsmaßnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden hinzu, wie die Stellung billigen Baulands, die Reduktion von Steuern und Sporteln etc.³²¹ Auf der anderen Seite waren gemeinnützige Subventionen an Auflagen gebunden, so daß diese Wohnungsproduktion in besonderer Weise in der Wohnungsgröße, im baulichen Verdichtungsgrad und in hygienischer Hinsicht Vorstellungen der Wohnungsreform realisierte; außerdem bewirkte sie durch die Ausschaltung des spekulativen Elements eine Senkung der Mieten³²². Insofern war es verständlich, daß die privaten Haus- und Grundbesitzer gegen alle diese Formen flankierender Intervention in den Wohnungsmarkt Sturm liefen³²³, da ihr Angebot zumindest bei einer wichtigen Zwischenschicht – nämlich gerade dem marktfähig gewordenen Teil der unteren Einkommensklassen – nun den Vergleich mit den Verhältnissen und Mieten in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft aushalten mußte. Zugleich nahm deren Anteil an den Neubauten zu, führte zu einer Entspannung am Wohnungsmarkt und ermöglichte damit auch den Un- und Angelernten schrittweise ein Aufrücken in größere Kleinwohnungen. Zweifel-

316 Neben den in Anm. 23 zit. Studien vgl. *H. Albrecht*, Bericht über die Ausstellung von Plänen von Arbeiterwohnungen, in: *Die Verbesserung der Wohnungen*, S. 177 ff.; *J. Post/H. Albrecht*, Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäftsangehörigen, Bd. 2, Berlin 1893, S. 215 ff.; *Kurt Seidl*, Das Arbeiterwohnungswesen in der oberschlesischen Montanindustrie, Kattowitz 1913.

317 In Westfalen wurden etwa $\frac{2}{5}$ der Werkwohnungen als Kleinhäuser errichtet, weshalb diese Provinz in besonderem Maß von den Reformern als Musterbeispiel zitiert wurde, ähnlich Krupp. Vgl. z. B. *Hermann Muthesius*, Kleinhaus und Kleinsiedlung, München 1918.

318 Eine statistische Gesamterfassung existiert nicht. Zur quantitativen Einschätzung vgl. o. S. 73 – 78.

319 *Hugo Lindemann*, Die öffentliche Produktion, in: C. J. Fuchs (Hrsg.), S. 297 ff.

320 Reichsamt des Innern, *Die Wohnungsfürsorge im Reich und in den Bundesstaaten* (Denkschrift, 2 Bde.), Berlin 1904; vgl. *Rusch*, Förderung, a. a. O., S. 315 ff.

321 *Wohnungsfürsorge in deutschen Städten* (= Beiträge zur Arbeiterstatistik, Bd. 11), Berlin 1910; *René Kuczynski*, Das Wohnungswesen und die Gemeinden in Preußen, T. 2, Breslau 1916 (= Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, H. 4).

322 Bedingungen, die an die Hergabe niedrigverzinslicher Kredite der Landesversicherungsanstalten hinsichtlich Miete, Größe etc. der Wohnung z. B. geknüpft wurden, sind mehrfach abgedruckt bei *Bosse*, S. 20 u. ö.

323 *Rönitz*, S. 61, 68, 76 ff.

los waren dies aber nur kleine Fortschritte. Einen Durchbruch und damit eine wesentliche Veränderung auch der Lebensweise der großen Masse der Arbeiter brachte erst der soziale Wohnungsbau, mit dem die Republik begann³²⁴.

5. SUBSISTENZ UND SUBKULTUR

Der Blick auf den Wilhelminischen Baubestand allein lehrt wenig über das Wohnen der Arbeiter im Kaiserreich, weil der moderne Betrachter leicht in ihn seinen Begriff von Wohnen – Dauer, Privatheit, Einrichtung – hineinträgt. Tatsächlich war das Wohnen jedoch ein halböffentliches und häufig wechselndes Geschehen, das auf Mobilität, Unsicherheit und Armut gründete und ständig zu dichten, ja hautnahen Kontakten zwang. Die Mehrheit der Arbeiter wohnte so kurz mit so vielen Personen in so engen Ein-, Zwei- und allenfalls Dreizimmerwohnungen, daß gefühlsmäßige Umweltbindungen (Heimat, Identität, Stil) weder verfangen noch entstehen konnten. Wichtiger waren die Bezüge zwischen Arbeit und Wohnung, die über deren Dauer, Lage und Kosten entschieden, die Rückwirkungen von Miete, Wohndichte und -hygiene auf die Lebenshaltung insgesamt und der Wechsel zwischen mobiler Selbständigkeit und familiärem Druck. In diesen Zusammenhängen spielte der Reproduktionsbereich die Rolle eines bestätigenden Faktors: Wer arm war und eine kinderreiche Familie hatte, mußte auf dem Wohnungsmarkt mit Bedingungen fertig werden, die ihn immer wieder auf seine Ausgangsposition bei der Wanderung vom Land in die Städte und Industrieagglomerationen zurückwarfen. Hatte er indessen bessere Voraussetzungen – eine Lehre in einem Beruf, der nicht der industriellen Rationalisierung anheimfiel, längere Betriebszugehörigkeit, oder war er bereits unter industriellen Bedingungen aufgewachsen –, dann war die Chance groß, daß er nicht nur mehr und dauerhafter verdiente, sondern auch günstigere Wohnmöglichkeiten fand. Sie gaben seiner Familie einen Dispositionsspielraum, der sich schrittweise erweitern ließ. Wer aber neu kam oder durch die industrielle Entwicklung erneut in die Schicht der mobilen ›Ungelernten‹ abstürzte, konnte nicht auf Dauer und Billigkeit hoffen. Und dies war der größere, wenn auch abnehmende Teil der Arbeiterschaft. Die eigentliche Leistung einer Arbeiterfamilie bestand darin, aus dem Zirkel zwischen der Ausbeutung in der Produktion und im Reproduktionsbereich auszubrechen und seßhaft zu werden³²⁵. Meist brauchte das mehr als eine Generation und führte langfristig zu einer neuen indirekteren Inpflichtnahme in den Kreislauf der Warenproduktion: einer auf vorgegebene, vermarktbar befriedigenden gerichteten Konsumarbeit, in der sich eine Frage erhob, die sich am Rande des Existenzminimums nicht gestellt hatte – Selbstbestimmung in der Entwicklung der eigenen Bedürfnisse.

Zahlreiche Elemente des Umsetzungsprozesses ländlicher und städtischer Armut in die Industriearbeit erinnern an jene Lebensbedingungen, in denen Armut und Aussichtslosigkeit sich selbst reproduzieren und die Oskar Lewis am Beispiel mittel- und nordamerika-

324 Vgl. die Beiträge von Hans-Günther Pergande bzw. Ulrich Blumenroth in: *Festschrift Deutsche Bau- und Bodenbank AG 1923 – 1973*, o. O. u. J. (Frankfurt 1973), S. 58 ff. bzw. 280 ff.

325 »To find sufficiently stable employment to maintain a settled residence was itself success of a kind«. Stephen Thernstrom, *Poverty and Progress, Social Mobility in a 19th Century City*, Cambridge, Mass., 1974, S. 90; vgl. auch ders., *Urbanisation, Migration, and Social Mobility in late 19th Century America*, in: A. B. Callow Jr. (Hrsg.), *American Urban History*, 2. Aufl., New York 1973, S. 399 ff.

nischer Slums als »culture of poverty« beschrieben hat³²⁶. Die Abweichungen liegen wohl vor allem im höheren Organisationsniveau der Arbeit wie auch der Wilhelminischen Gesellschaft im ganzen. Zwar hat der »organisierte Kapitalismus« – schon weil das Wohnbedürfnis der Mobilen sich nicht organisieren ließ – keineswegs aus sich heraus eine hinreichende Staatsintervention am Wohnungsmarkt zuwege gebracht, die mehr als obere Randschichten des Proletariats ergriffen hätte. Aber er wirkte über die Erfahrung der industriell organisierten Arbeit auf die Verhaltensweisen außerhalb der Arbeit zurück und provozierte die Arbeiter zu einer soziokulturellen Organisationsleistung: der halboffenen Familienstruktur. Zahlreiche Probleme des täglichen Lebens wurden selbständig und solidarisch gelöst und darin Selbstorganisation als eine in der Phase der Wanderung erlernte Grunddisposition ausgewiesen. Politische oder gewerkschaftliche Organisation hingegen war in diesem Milieu selten oder kurzzeitig³²⁷, da die Mobilität eine von unten getragene organisatorische Kontinuität verweigerte und nur punktuelles, aber dann nüchternes Engagement und entschiedenes Drängen auf praktische Veränderung der selbsterfahrenen Subsistenzprobleme erlaubte³²⁸. Auch ein Mieterkampf war unter diesen Bedingungen der Übernachfrage und Unstetigkeit weitgehend ausgeschlossen³²⁹. Vor diesem Hintergrund erscheint die starke Stellung der Apparate in der deutschen Arbeiterbewegung nicht verwunderlich, denn nur sie konnten Kontinuität im Kampf für die Bedürfnisse eines aktivierbaren, aber unorganisierten Potentials verbürgen.

Im Wohnbereich bestand ein großer Unterschied zwischen den Mobilen, insbesondere den Neuzugewanderten, die zwischen Subsistenz und industrieller Disziplinierung lavierten, und den »Arrivierten« unter den Arbeitern, die in Vorstadtsiedlungen einen Schrebergarten bebauen, die Eisenbahn zu einem qualifizierten Arbeitsplatz von relativer Dauer benutzen und im Ortsverein ihrer Organisation tätig werden konnten. Im Rhythmus und Zuschnitt ihres Lebens und in der abgeschlossenen Struktur ihrer Familie und Kindheit waren sie den niederen Beamten und Angestellten und auch einem Teil des Kleinbürgertums ähnlicher. Da diese sich in der Wilhelminischen Ära verbreiternde Minderheit der Arbeiter in allen Zweigen der Arbeiterbewegung die tragende Schicht war, könnte hier ein erklärendes Moment gesucht werden, weshalb das Ziel einer Änderung der Produktionsverhältnisse in der Praxis zunehmend von Sozialpolitik und Bündnisfragen verdrängt wurde. Die Resistenz der mobilen Subkultur der Un- und Entqualifizierten vor dem 1. Weltkrieg deutet jedoch auf ein eigenständiges, aber unorganisiertes Handlungspotential, das mehr brauchte als kleine Schritte.

326 Am besten zusammengefaßt in *Oscar Lewis, The Culture of Poverty*, in: *Scientific American* 215, 1966, H. 4, S. 19 – 25; *ders., La vida*, Düsseldorf/Wien 1971, S. 45 ff.

327 Zu den Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und ihrem sehr geringen Anteil in den »modernen« Branchen vgl. *Gerhard A. Ritter / Klaus Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts*, in: *Heinz Oskar Vetter* (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, Köln 1975, S. 61 – 120, die Zusammenstellung nach S. 120. Im Deutschen Metallarbeiterverband wurde jährlich bis zur Hälfte der Mitgliedschaft ausgetauscht.

328 Vgl. Anm. 283.

329 Daß Mietstreiks weder verfangen noch praktizierbar waren, ist jedenfalls allgemeine Meinung der Literatur. In England laufende Auswertungen der lokalen Presseüberlieferung lassen jedoch erkennen, daß es zumindest häufiger, als bisher angenommen, Mieteraktionen gegeben hat.